



Plenarprotokoll

84. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 3. April 2003

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes - KAG - des Landes Schleswig-Holstein.....	6313	b) Zur dramatischen Lage auf dem Arbeitsmarkt.....	6314
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/2591 (neu)		Landtagsbeschluss vom 20. Februar 2003 Drucksache 15/2443 Absatz 2 Bericht der Landesregierung	
Holger Astrup [SPD].....	6313	Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/2588	
Heinz Maurus [CDU].....	6314		
Beschluss: Dringlichkeit bejaht und als Punkt 5 a in die Tagesordnung einge-reiht	6314	c) Wirtschaftsbericht 2003.....	6314
		Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2550	
Gemeinsame Beratung.....	6314	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Geschäftsordnung.....	6315
a) Zur dramatischen Lage auf dem Arbeitsmarkt.....	6314	Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	6315
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2443 Absätze 1 und 3		Martin Kayenburg [CDU].....	6318
		Bernd Schröder [SPD]	6320
		Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]	6323
		Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6325, 6336, 6338

Lars Harms [SSW]	6326, 6335, 6338	Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6364
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6329	Anke Spoorendonk [SSW].....	6367
Dr. Heiner Garg [FDP].....	6331	Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss	6369
Wolfgang Baasch [SPD]	6332	Förderung von Existenzgründungen	6369
Werner Kalinka [CDU].....	6334, 6337	Antrag der Fraktion der FDP	
Uwe Eichelberg [CDU].....	6335	Drucksache 15/2565	
Beschluss: 1. Überweisung des Antrages Drucksache 15/2443 Absatz 1 und 3 und des mündlichen Berichts an den Sozialausschuss und den Wirtschaftsausschuss		Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
2. Überweisung des Berichts Drucksache 15/2550 an den Wirtschaftsausschuss.....	6339	Drucksache 15/2590	
Bundesverkehrswegeplan und A 20	6339	Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]	6369
Antrag der Fraktion der FDP		Beschluss: Annahme.....	6371
Drucksache 15/2564		Abschaffung der Mindestparkgebühr im Straßenverkehr	6371
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Antrag der Fraktion der FDP	
Drucksache 15/2589		Drucksache 15/2566	
Bericht der Landesregierung		Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]	6371
Dr. Bernd Rohwer, Minister für		Beschluss: Annahme.....	6371
Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	6340	Liberalisierung des Ladeschlusses	6371
Christel Aschmoneit-Lücke [FDP].....	6341, 6352	Antrag der Fraktion der CDU	
Bernd Schröder [SPD].....	6343	Drucksache 15/2575 (neu)	
Uwe Eichelberg [CDU].....	6344	Roswitha Strauß [CDU]	6372, 6378
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	6346, 6350	Peter Eichstädt [SPD].....	6373
Lars Harms [SSW]	6347	Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]	6374
Joachim Behm [FDP].....	6348	Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	6375
Roswitha Strauß [CDU]	6349	Lars Harms [SSW]	6376
Martin Kayenburg [CDU]	6351	Heide Moser, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz....	6377
Veronika Kolb [FDP].....	6352	Holger Astrup [SPD], zur	
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6353	Geschäftsordnung.....	6379
Beschluss: Annahme des Antrages Drucksache 15/2589	6353	Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss und den Wirtschaftsausschuss .	6379
Hochschulentwicklung in Schleswig-Holstein	6353	Silke Hinrichsen [SSW], zur	
Landtagsbeschluss vom 20. Februar 2003		Geschäftsordnung.....	6379
Drucksache 15/2431		Rücknahme des Erlassentwurfs zu individuellen „Lernplänen“ für alle Schülerinnen und Schüler	6380
Bericht der Landesregierung		Antrag der Fraktion der FDP	
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für		Drucksache 15/2568	
Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	6354	Dr. Ekkehard Klug [FDP]	6380
Dr. Ekkehard Klug [FDP]	6356	Dr. Henning Höppner [SPD].....	6381
Jürgen Weber [SPD]	6359	Sylvia Eisenberg [CDU]	6382
Jost de Jager [CDU]	6362		

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6383
Anke Spoorendonk [SSW].....	6384
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	6385
Beschluss: Ablehnung	6387
Unterrichtsversorgung und Unterrichts- garantie an Grundschulen	6387
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2574	
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/2594	
Sylvia Eisenberg [CDU]	6387
Dr. Henning Höppner [SPD].....	6389
Dr. Ekkehard Klug [FDP]	6390
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6390
Anke Spoorendonk [SSW].....	6392
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	6392
Beschluss: Annahme des Antrages Druck- sache 15/2594	6393

* * * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsi-
dentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und
FamilieUte Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wis-
senschaft, Forschung und Kultur

Klaus Buß, Innenminister

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Naturschutz
und Landwirtschaft

Dr. Ralf Stegner, Minister für Finanzen

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft,
Arbeit und VerkehrHeide Moser, Ministerin für Soziales, Gesundheit
und Verbraucherschutz

* * * *

Beginn: 10:05 Uhr**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die Sitzung und möchte Sie bitten, Ihre Plätze einzunehmen. Erkrankt ist Herr Kollege Lehnert, dem wir von dieser Stelle aus gute Besserung wünschen.

(Beifall)

Ich habe zunächst das Vergnügen, Herrn Abgeordneten Heinz Maurus sehr herzlich zu seinem Geburtstag zu gratulieren. - Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Fraktionen von SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW haben einen Dringlichkeitsantrag eingereicht:

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur
Änderung des Kommunalabgabengesetzes -
KAG - des Landes Schleswig-Holstein**

Gesetzesentwurf der Fraktionen von SPD, CDU, FDP
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeord-
neten des SSW

Drucksache 15/2591 (neu)

Wird das Wort zur Begründung der Dringlichkeit
gewünscht? - Herr Kollege Astrup erhält das Wort.

Holger Astrup [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin gebeten worden, für alle - weil es sich um einen interfraktionellen Antrag handelt; es sei denn, der Kollege Maurus will das auch - die Begründung für die Dringlichkeit abzugeben.

(Zurufe: Lauter!)

- Dann rede ich ein bisschen lauter.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben ein Problem auf den Tisch gelegt bekommen, das wir heute versuchen wollen interfraktionell dadurch zu lösen, dass es eine erste Lesung gibt. Die FDP-Fraktion hat die Anregung zu dieser Entscheidung gegeben. Der Hintergrund ist die Veröffentlichung der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Schleswig vom 22. Januar 2003.

Wir haben - wie Sie wissen - in erster Lesung eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes in der Pipeline. Die Verabschiedung dieses Gesetzes in zweiter Lesung ist aus heutiger Sicht für Juni geplant. In der Zwischenzeit ist uns dieses Urteil insoweit dazwischen gekommen, als derzeit die **Kommunen**

(Holger Astrup)

dabei gehen müssen, im Laufe des Monats März die **Gebührenbescheide** für Straßenreinigung, Regenwasser und Abwasser herauszugeben, und aufgrund des Urteils die Gefahr besteht, dass dort berechnete Widersprüche der Bürgerinnen und Bürger kommen.

Die Kommunen müssten dadurch Abhilfe schaffen, dass sie diese Gebührenbescheide anschließend zurücknehmen müssten. Wir haben hier die Chance, zweierlei zu tun. Indem wir heute in erster Lesung - wie von der FDP angeregt und interfraktionell unterstützt - diesen Punkt in die Pipeline hineingeben in erster Lesung, ohne Aussprache, können wir versuchen, dem Innenminister als Kommunalaufsicht und dem OVG deutlich zu machen, dass im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens eine Änderung geplant ist, was wiederum dazu führt, dass sowohl das OVG als auch der Innenminister von einem Vollzug absehen können und wir dadurch einen erheblichen Verwaltungsaufwand vermeiden.

Wir empfehlen Ihnen gemeinschaftlich, den Innenminister zu bitten, nach einer Entscheidung heute, nach der ersten Lesung, die Kommunen und Zweckverbände entsprechend zu informieren, damit gar nicht erst entsprechende Bescheide herausgehen.

(Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Maurus.

Heinz Maurus [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Anliegen ist dringlich; der Kollege Astrup hat das eben deutlich gemacht. Das möchten auch wir noch einmal ausdrücklich feststellen.

Das Verfahren ist allerdings ungewöhnlich; denn wir befinden uns im Gesetzgebungsverfahren. Das **Kommunalabgabengesetz** ist im Innen- und Rechtsausschuss zur Beratung anhängig. Wir hätten dort mit einem Änderungsantrag diesem Anliegen Rechnung tragen können.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sagen Sie das mal dem Juristen Kubicki!)

- Er ist leider nicht da; aber es wird ihm sicherlich übermittelt werden, Herr Kayenburg.

Dennoch werden wir dem Dringlichkeitsantrag zustimmen.

(Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen zur Begründung sehe ich nicht. Ich lasse über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen. Ich weise darauf hin, dass nach § 51 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung eine Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen hierfür erforderlich ist. Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung des Herrn Abgeordneten Hopp ist das so beschlossen.

Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf als Punkt 5 a in die Tagesordnung einzureihen. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Wir werden diesen Punkt an geeigneter Stelle aufrufen; ich bitte die Fraktionen um entsprechende Nachricht, wann dieser Punkt aufgerufen werden soll. - Ich höre keinen Widerspruch. Wir werden so verfahren.

Ich möchte auf der Tribüne eine Besuchergruppe begrüßen, und zwar von der Meldorfer Gelehrtenschule. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 9, 41 und 36 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Zur dramatischen Lage auf dem Arbeitsmarkt

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2443 Absätze 1 und 3

b) Zur dramatischen Lage auf dem Arbeitsmarkt

Landtagsbeschluss vom 20. Februar 2003
Drucksache 15/2443 Absatz 2

Bericht der Landesregierung

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2588

c) Wirtschaftsbericht 2003

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2550

Wird das Wort zur Begründung des Antrages gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich das Wort zum Bericht der Landesregierung dem Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Herrn Dr. Rohwer.

(Zurufe)

Zunächst einmal soll der Bericht der Landesregierung wie üblich gegeben werden. Wird ein anderes Verfahren gewünscht? – Zur Geschäftsordnung Frau Abgeordnete Heinold!

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 15/2588 ist eine Ergänzung dessen, was berichtet werden soll. Insofern bitten wir, dass erst diesem Antrag zugestimmt wird, weil auf dieser Grundlage unter anderem berichtet werden soll. Das ist ein Berichtsantrag ergänzend zu dem zu gebenden Bericht.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich danke der Frau Abgeordneten Heinold. Dann werden wir so verfahren.

Ich bitte um das Handzeichen, wer diesem Antrag zustimmen will. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Gegenstimme des Herrn Oppositionsführers ist diesem Antrag stattgegeben.

Dann erteile ich jetzt das Wort zum Bericht der Landesregierung dem Herrn Minister Dr. Rohwer.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist richtig, unseren Wirtschaftsbericht und den Bericht zur Lage auf dem Arbeitsmarkt gemeinsam zu beraten. Beides gehört zusammen. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hängt von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Umgekehrt gilt aber auch: Vom Arbeitsmarkt, insbesondere von einem verfügbaren guten Arbeitskräftepotenzial und von hoher Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt, können positive Wirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung ausgehen.

Zunächst zur **wirtschaftlichen Situation!** Danach würde ich dann gerne etwas näher auf die Arbeitsmarktpolitik, auf die Situation auf dem Arbeitsmarkt eingehen. Unser Wirtschaftsbericht macht deutlich, die schleswig-holsteinische Wirtschaft befindet sich in einer schwierigen Situation. Die Konjunktur bremst, der Irak-Krieg bremst, hinzu kommt aber auch die Unsicherheit der Verbraucher und Investoren über die Rahmenbedingungen. Auch deswegen ist es so wichtig, dass die in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder angekündigten Reformen schnellstmöglich umgesetzt werden, dass die Bundesregierung wieder stabile Rahmenbedingungen schafft, dass sie insbesondere die von uns seit langem geforderten Erleichterungen für den **Mittelstand** umsetzt.

Schleswig-Holstein hat sich 2002 noch relativ gut gehalten. Mit 0,7 % lag unser Wachstum immerhin um einen halben Prozentpunkt über dem Bundesdurchschnitt. Dieses Wachstum ist aber viel zu ge-

ring. Es ist insbesondere auch viel zu gering, um auf dem Arbeitsmarkt voranzukommen. Deshalb ist es so wichtig, die Wachstumskräfte weiter zu stärken, auf Bundesebene mit den erwähnten Reformen und auf Landesebene mit einer konsequenten Politik zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein und zur Unterstützung unseres Mittelstandes.

Unser Bericht beschreibt unsere Strategie und die Maßnahmenfelder:

Erstens. Effiziente **Wirtschaftsförderung** der kurzen Wege mit intelligenten Finanzierungsinstrumenten und erfolgreicher Existenzgründungsförderung. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Spitzenplätze bei Neugründungen, Lob der Kunden über unsere Förderinstrumente. Ich höre immer wieder, dass unsere Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen in Schleswig-Holstein von den Unternehmen als gut beurteilt wird und teilweise sogar als besser als in benachbarten Ländern.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Modernisierung in der wirtschaftsnahen Infrastruktur, insbesondere durch das Regionalprogramm. Allein im Jahr 2002 haben wir mit einem öffentlichen Fördervolumen von rund 50 Millionen € ein Investitionsvolumen von rund 100 Millionen € bewegt und dies in den strukturschwächeren Bereichen des Landes von Lübeck-Ostholstein über die K.E.R.N.-Region bis hin nach Flensburg, Schleswig, Westküste: Erfolgreiche Maßnahmen, 100 Millionen € Investitionsvolumen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Drittens. Erfolgreiche und wirksame Förderung neuer Technologien in den Schwerpunktbereichen, wie sie in dem Bericht genannt sind. Wir haben 2002 auch hier wieder neue Arbeitsplätze geschaffen, 800 allein durch die direkte **Technologieförderung**. Unsere Patentverwertung, die wir eingerichtet haben, hat eine gute Zwischenbilanz vorzulegen. Der Schwerpunkt Mikrosystemtechnik in Itzehoe kommt voran mit einer zweiten Chipfabrik, das Stammzellenprojekt in Kiel setzt einen über die Region hinaus erkennbaren Schwerpunkt in einer Zukunftsbranche.

Viertens. Eine Neuausrichtung der Außenwirtschaftsförderung mit stärkerer Fokussierung auf bestimmte Länder und Branchen.

Fünftens. Es kommt hinzu eine erfolgreiche Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Ich komme darauf zurück beim Thema Ausbildungsplätze, denn hier müssen wir noch mehr machen.

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

Sechstens. Zukunftsorientierter Ausbau der **Verkehrsinfrastruktur**. Wir sind hier auch bei einer Bilanz 2002. Es sind viele Meilensteine begonnen worden: Baubeginn A 20 zweiter Abschnitt, Fortsetzung A 1 Oldenburg-Heiligenhafen, Ortsumgehung Gettorf, Ortsumgehung Groß Wittensee und Klein Wittensee, Trave-Querung, Herrentunnel, im SPNV neue Angebote, HVV-Erweiterungen, die Inbetriebnahme der Strecken Neumünster-Segeberg, die Entscheidung über die Holtenau-Flugplatzerweiterung und so weiter, das sind alles Meilensteine zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der SPD)

Siebtens. Nicht zuletzt wird genannt die enge Kooperation mit Hamburg. Wir sind ein gemeinsamer Wirtschaftsraum. Das wird immer deutlicher. Wir haben dies mit konkreten Projekten im Jahre 2002 und jetzt schon 2003 deutlich gemacht. Die Zusammenarbeit wird immer besser und die Wirtschaft profitiert davon.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu dieser Sieben-Säulen-Strategie gibt es keine Alternative. Die hier nur stichwortartig vorgetragene Bilanz zeigt: Es ist viel passiert, um den Standort Schleswig-Holstein attraktiver zu machen.

Im Übrigen ist das Special zu unserem Bericht – wir machen in jedem Jahr einen Sonderteil – dem Unternehmensstandort Schleswig-Holstein gewidmet. Wer sich dies anschaut, wird feststellen, dass unser Standort in vielerlei Hinsicht gute Angebotsfaktoren bietet, von der Qualifikationsstruktur über günstige Gewerbeflächen, Kostenstrukturen, kurze Wege, ein gutes Gründerklima, die Nähe zu den Ostseemärkten, die Stärkung in bestimmten Branchen, all dies sind Dinge, auf die wir positiv aufbauen können.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen kein Schönreden der Situation, wir brauchen aber auch keine Miesmacherei. Wir können mit Selbstbewusstsein unseren Kurs der wirtschaftlichen Modernisierung fortsetzen und wir müssen konsequent auf Bundesebene und auf EU-Ebene für bessere Rahmenbedingungen für mittelständische Unternehmen kämpfen. Nur dann werden wir auch auf dem Arbeitsmarkt die Lage verbessern können.

Im Jahre 2002 waren – und damit bin ich jetzt beim **Arbeitsmarkt** – gut 120.000 Menschen in Schleswig-Holstein arbeitslos, 4,7 % mehr als 2001 – natürlich viel zu viel. Es tröstet nur wenig, dass die Arbeitslosenquote in Schleswig-Holstein immer noch etwas

niedriger liegt als in vielen anderen Ländern. Die März-Daten, die gerade vorgelegt worden sind, trösten uns ja auch nicht. Die haben zwar eine leichte saisonale Aufwärtsbewegung, aber strukturell haben wir ein deutliches Minus gegenüber dem Vorjahr. Das heißt, hier wird deutlich, dass dieses Jahr auf dem Arbeitsmarkt sehr, sehr schwierig wird.

Die Frage ist natürlich: Was können wir neben der beschriebenen konsequenten auf Wachstum und Standortqualität ausgerichteten Wirtschafts- und Verkehrspolitik tun, um gezielt die Arbeitslosigkeit zu verringern? Diese Frage stellt sich vor dem Hintergrund, dass selbst bei allmählicher konjunktureller Erholung im zweiten Halbjahr des Jahres eine konjunkturbedingte Entspannung auf dem Arbeitsmarkt frühestens Ende 2003 oder 2004 zu erwarten ist.

Die Zeit reicht hier nicht aus, um auf alle wichtigen Punkte einzugehen. Ich kann hier in dem heutigen Bericht auch nicht auf alle Punkte eingehen, um deren Klärung gebeten worden ist. Wir werden das im Wirtschaftsausschuss vertiefen müssen. Ich möchte aber einige Essentials herausgreifen, die auch in den Anträgen teilweise genannt worden sind.

Erstens. Wir müssen es schaffen, allen Jugendlichen einen Ausbildungs- und/oder Arbeitsplatz in Schleswig-Holstein anzubieten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie der Abgeordneten Sylvia Eisenberg [CDU])

Das wird in diesem Jahr verdammt schwierig. Für die Betriebe ist es konjunkturbedingt schwierig, neue **Ausbildungsplätze** anzubieten. Teilweise haben sie Schwierigkeiten, auch nur die vorhandenen zu halten. Die Zahl der Bewerber steigt. Und bei aller Unterstützung der Hartz-Reform – durch die Umschichtung der finanziellen Mittel der Bundesanstalt für Arbeit droht ein kräftiger Rückgang sowohl bei der Förderung benachteiligter Jugendlicher als auch bei der Förderung von ABM und SAM und bei den Weiterbildungsmaßnahmen durch das Gutscheinsystem und die 70 %-Quote. Ich habe zu diesen Themen den Bundeswirtschaftsminister angeschrieben. Es gibt noch keine definitive Entscheidung. Ich habe den Eindruck, dass zumindest einige Punkte noch einmal überdacht werden.

Ich begrüße ausdrücklich die Entscheidung von Frau Bulmahn, eine kleine Erleichterung dadurch zu schaffen, dass die Ausbildungseignung der Betriebe einfacher durch eine Prüfung durch die Kammern und nicht mehr über ein öffentliches Prüfungssystem fest-

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

gestellt werden kann. Das stellt gerade für die kleineren Unternehmen eine Erleichterung dar.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir werden aber auch in Schleswig-Holstein - das ist unser Thema hier - weitere Anstrengungen unternehmen müssen, gerade in diesem Jahr. Wir bereiten deshalb zurzeit eine Ausbildungsinitiative vor, indem wir zusätzliche Maßnahmen - teilweise aus ASH und teilweise aus anderen Bereichen finanziert - ergreifen, um zumindest die Effekte, die durch die Arbeitsmarktverwaltung eintreten, teilweise zu kompensieren, um unsere eigenen Ausbildungsleistungen im öffentlichen Bereich zu stabilisieren und um es den Unternehmen durch weitere professionelle Aquisiteure in einer schwierigen Lage zu erleichtern, mehr Ausbildungsplätze anbieten zu können.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zweitens sind wir natürlich dabei, unser ASH-Programm zu überprüfen. Einige Ihrer Fragen, insbesondere in dem Antrag der CDU, zielen auf die Ausgestaltung der **Arbeitsmarktpolitik**. Es ist eine Anpassung des ASH-Programms sowohl wegen der Veränderungen auf Bundesebene als auch aufgrund der Zielsetzung - das ist mein dezidiertes Ziel -, dass wir unsere Arbeitsmarktpolitik auf den ersten Arbeitsmarkt ausrichten wollen, erforderlich.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich habe gesagt, dass ich zu diesem Programm, das in diesem Jahr überprüft werden soll - Herr Garg - und nicht vorher, auch mit Blick auf die EU, im Mai dazu einen Vorschlag unterbreiten werde.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Dieses Arbeitsmarktprogramm ist im Übrigen ein erfolgreiches Arbeitsmarktprogramm, das sich auch im Ländervergleich sehen lassen kann. Eine Überprüfung macht man nicht in Monatsabständen, sondern zu einem sinnvollen Zeitpunkt. Wir können gern im Ausschuss noch einmal über die Frage reden, wann ein solcher Zeitpunkt ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens. Im Niedriglohnbereich kann es im Jahr 2003 - auch das ist eines der Fragenkomplexe - eine Entlastung geben. Ich nenne das Stichwort Minijobs. Hinzu kommt - das ist noch viel wichtiger, wie

ich meine -, dass zurzeit beim Thema Zusammenlegung von **Arbeitslosen- und Sozialhilfe** über die Frage diskutiert wird, welche Anreizsysteme, aber auch welche Sanktionsmöglichkeiten bei dem Übergang von Sozial- und Arbeitslosenhilfe in den Arbeitsmarkt geschaffen werden sollen. Hierzu gibt es Vorschläge - wie ich meine: gute Vorschläge - in der Arbeitsgruppe, die dazu eingerichtet worden ist.

Von den sieben Spiegelstrichen des CDU-Antrages habe ich einige angesprochen. Und damit habe ich - glaube ich - auch einige Punkte des Ergänzungsantrages von Ihnen bereits angesprochen. Weiteres werden wir vertiefen müssen.

Zu den sieben Spiegelstrichen des CDU-Antrages möchte ich noch Folgendes bemerken: Ich stimme einigen dieser Punkte durchaus zu. Ich habe allerdings auch bei einigen dieser Punkte das Gefühl, dass sie mit etwas heißer Nadel genäht worden sind. Appelle an die Finanzinstitute sind schön und gut. Ich meine, das machen wir gemeinsam seit Jahren. Man kann das natürlich in einen Landtagsantrag noch einmal hineinschreiben, das schadet nicht. Aber ob das ein Essential der Arbeitsmarktpolitik ist, lassen wir mal dahingestellt.

Über die Ursachen der Insolvenz in eine tief greifende Analyse einzutreten - ich bin immer für eine Analyse, aber ich denke, wir sind uns darin einig, woran die Insolvenzen zurzeit liegen. Ich habe in meinem Mittelstandspapier und in anderem Zusammenhang auch immer wieder gesagt, wo ich die Probleme sehe. Wir sollten uns nicht mit Analysen aufhalten, sondern wir sollten über Konsequenzen reden.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Minister, ich darf Sie bitten, langsam zum Schluss zu kommen.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Ja, ich komme jetzt zum Schluss, Frau Präsidentin.

Zum Thema Kündigungsschutz muss ich Ihnen nicht sagen, dass sich Schleswig-Holstein hier für eine Öffnung eingesetzt hat.

In Sachen Effizienzprüfung sage ich: Ja. Aber bitte schreiben Sie nicht einfach so locker, wir sollen die BSH auflösen. Die BSH ist keine Landeseinrichtung, sie ist eine privatwirtschaftliche GmbH, die das Land gar nicht auflösen kann. Es besteht ein Vertrag mit der BSH, der muss immer wieder nach einer gewissen Laufzeit überprüft werden. Wenn wir über Effizienz

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

reden, können wir das machen, aber nicht einfach so locker schreiben, was wir gar nicht machen können.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es bleibt dabei: Die Landesregierung wird ihren Reformkurs im Land fortsetzen. Wir werden auf Bundesebene alles dafür tun, damit auch dort die Dinge in unserem Sinne geschehen. Es bleibt insgesamt dabei: Schleswig-Holstein ist und bleibt ein attraktiver Wirtschafts- und Lebensstandort, den wir uns von niemandem zerreden lassen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich möchte zunächst auf der Tribüne unseren ehemaligen Kollegen Herrn Arnold Wilken begrüßen.

(Beifall)

Das Wort hat jetzt der Herr Oppositionsführer.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die wirtschaftliche Lage und damit auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist momentan mehr als bedrohlich. Der Wirtschaftsminister hat uns das eben auch bestätigt.

Zur Behebung des Reformstaus, der wie Mehltau über dem Land liegt, einen Aufschwung in den vergangenen Jahren verhindert hat und auch jetzt noch verhindert, ist eine gemeinsame Kraftanstrengung von Politik und Wirtschaft, vor allem aber aller Bürgerinnen und Bürger erforderlich. Wir haben in der Vergangenheit häufig in der wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Debatte altbekannte Thesen ausgetauscht und sind dabei auch gewissen Ritualen gefolgt. Auch heute erleben wir, dass diese Landesregierung die wirtschaftliche Lage nach wie vor nicht zutreffend darstellt. Ich bin mir aber ebenso sicher, dass wir als Opposition natürlich wieder gescholten werden, wir wollten das Land nur schlecht machen und die Lage kritischer darstellen, als sie tatsächlich sei. Aber die Lage ist leider so schlecht, wie sie ist.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

So sehen das auch das Institut für Weltwirtschaft und das Münchener ifo-Institut. Wenn Sie den Geschäftsklimaindex anschauen, können Sie für Westdeutschland im März einen Rückgang von 88,9 auf 88,1 Punkte feststellen. Die Zuversicht der Unternehmen lässt weiter deutlich nach. Das ist insbesondere des-

halb ein Rückschlag, weil viele Experten noch im letzten Jahr davon ausgegangen waren, dass wir eine stabile Entwicklung des Frühindikators in diesem Jahr haben würden. Besonders betroffen sind Industrie und Großhandel, aber auch der Einzelhandel.

Und ich denke, auch die Wirtschaft hier im Norden steckt nach wie vor in einem Stimmungstief. Die Unternehmensverbände Hamburg und Schleswig-Holstein erwarten für das ganze Jahr 2003 konjunkturelle Schwierigkeiten. Ein wirtschaftlicher Aufschwung ist in Schleswig-Holstein nicht in Sicht. Die Verbände machen dafür vor allem die Vertrauenskrise gegenüber der Bundesregierung verantwortlich, aber auch die kraftlose **Wirtschaftspolitik** dieses Landes.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Und ich will gern zitieren: „Diesem Bundeskanzler traut man einfach nichts mehr zu“ - Zitat Prof. Dr. Driftmann. Ich glaube, dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Minister Rohwer, Projekte sind wichtig - unbestritten -, Sie haben das eben erwähnt. Sie sagen aber überhaupt nichts aus über die gesamtwirtschaftliche Lage hier im Land. Fernab jeglicher politischen Rhetorik sollte auch die Landesregierung endlich erkennen, dass die Firmen ihre Lage deutlich ungünstiger einschätzen als beispielsweise noch vor einem Jahr. Natürlich leiden in einem solchen gesamtwirtschaftlichen Klima die Investitionsbereitschaft und die Bereitschaft, Mitarbeiter einzustellen. Weiterer Personalabbau, da sind sich die Experten leider einig, steht uns unmittelbar bevor.

Diese wirtschaftliche Gesamtlage steht leider im deutlichen Gegensatz zu dem, was die Landesregierung uns mit ihrem Wirtschaftsbericht verkaufen will. Nun ist es durchaus verständlich und richtig, dass die Landesregierung sich auch als Werber für das Land versteht. Das ist auch ihre Aufgabe. Aber eines, Herr Minister, sollten Sie auch nicht vergessen: Unglaubliche Werbung macht misstrauisch.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der Unterschied zwischen dem, was Sie im Bericht anpreisen, und dem, was die Unternehmer, Arbeitnehmer, Konsumenten und nicht zuletzt die viel zu vielen Arbeitslosen empfinden, ist einfach viel zu groß. Man muss schon ein unglaublicher Optimist sein, um den Überschriften, die Sie wählen, noch zu trauen - Zitat -: „Attraktives Gründerland Schleswig-Holstein“, „Schleswig-Holstein: Wachstumsstark in schwieriger Zeit“, „Schleswig-Holstein besser als

(Martin Kayenburg)

Westdeutschland“, „Kapitalversorgung sichergestellt“, „Schleswig-Holstein unterstützt die Werften“

(Beifall bei der SPD)

und zu guter Letzt: „Die A 20 kommt voran“. Nichts von alledem ist wahr. Meine Damen und Herren, da kann ich doch nur lachen. Ich verstehe Ihren Applaus an dieser Stelle überhaupt nicht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Schön wär's! Die eigene Wirtschaftspolitik wird als direkt, schnell, zuverlässig und diskret gelobt. Da erübrigt sich wohl ein Kommentar. Ich glaube, die Eingeweihten wissen es besser.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sehr diskret! - Zuruf von der CDU: Luftblasen!)

Mit Statistiken kann man viel aussagen, aber auch - so meine ich - viel verschleiern. Eine Statistik fehlt im Wirtschaftsbericht, nämlich die Zahl der **Insolvenzen** in Schleswig-Holstein. Hier scheint die Landesregierung schamvoll zu verschweigen, was das Ausmaß der wirtschaftlichen Katastrophe eindrucksvoll deutlich macht. Die Zahlen des statistischen Landesamtes sprechen nämlich eine deutliche Sprache. Im vergangenen Jahr wurden über 3.700 Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt. Fast 1.400 Unternehmen sind im vergangenen Jahr in die Insolvenz gegangen. Das ist eine glatte Verdoppelung. Das ist Kennzeichen der wirtschaftlichen Situation.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Die Insolvenzgerichte gehen von einer geschätzten Summe von mehr als 700 Millionen € an Forderungen bei den Unternehmensinsolvenzen aus. Dies macht meiner Ansicht nach deutlich, wie die Situation ist. Die Landesregierung kann sich auch nicht dahinter verstecken, dass das Insolvenzrecht geändert worden ist. Beschränkt man nämlich die Insolvenzen auf die Personen- und Kapitalgesellschaften - es ist leicht möglich, dies zu differenzieren -, dann zeigt sich ebenfalls ein deutlicher Anstieg.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn wir über die wirtschaftliche Lage sprechen, gehört es zur Ehrlichkeit in diesem Hause, dass die Lage ungeschminkt dargestellt wird; denn das ist der erste Schritt für eine sachgerechte und wirklich wirkungsvolle Politik, die wir gern mitgestalten wollen.

Es ist einfach nicht ehrlich, Herr Minister Rohwer, wenn Sie nach der gerade zu Ende gegangenen INTERNORGA in Hamburg erklären, im Gastgewerbe ginge es wieder bergauf. Bei Umsatzeinbußen von

7 % im vergangenen Jahr und einer weiterhin dramatischen Lage im Hotel- und Gaststättengewerbe nimmt Ihnen das einfach niemand mehr ab.

(Beifall bei der CDU)

Sprechen Sie doch einmal mit den Kreditinstituten. Es wird Ihnen schlecht werden, wenn Sie sehen, was da noch in der Schuldenliste steht und auf uns zu kommt. Gesundbeten hilft da nämlich überhaupt nicht weiter.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [FDP])

Wir dürfen bei all den Statistiken vor allem nicht vergessen, dass sich dahinter Menschen verbergen. Von den Unternehmensinsolvenzen - vielleicht rüttelt das ja die Sozialdemokraten wach - sind beispielsweise mindestens 6.350 Arbeitnehmer im Lande betroffen.

Damit komme ich zur **Arbeitslosenstatistik**. Den vorläufigen Tiefpunkt - das ist unstrittig - haben wir zwar im Februar erreicht. Aber die Zahlen von Ende März sind doch auch nicht besser. Aufgrund der heute von der Bundesanstalt für Arbeit veröffentlichten Zahlen ist festzustellen, dass im Vergleich zum Vorjahr 14,5 % oder 18.000 Menschen in diesem Lande weniger beschäftigt waren. Das sind die wahren Zahlen. Dass wir einen Anstieg der Arbeitslosigkeit haben und dass wir saisonbereinigt überhaupt keinen Erfolg haben, ist die Wahrheit und nicht das, was diese Landesregierung an Zahlen vorgelegt hat.

(Beifall bei CDU und FDP)

Da gibt es auch nichts zu beschönigen, Herr Minister. Es ist einfach nicht richtig, dass wir so gut dastehen. Lediglich Bremen und das viel zu lange rot-grün regierte Niedersachsen

(Unruhe bei der SPD)

stehen von den alten Bundesländern nach neuesten Zahlen schlechter da als Schleswig-Holstein. Deshalb ist es meines Erachtens fehl am Platze, dass sich die Landesregierung im Wirtschaftsbericht mit der Überschrift feiern lässt: „Schleswig-Holstein: Geringste Arbeitslosigkeit in Norddeutschland!“ - Das stimmt, wenn bei Ihnen Norddeutschland diesseits von Hamburg anfängt. Fakt ist also, dass die Kluft zwischen dem Norden und den unionsgeführten Bundesländern im Süden der Bundesrepublik größer geworden ist und dass es überhaupt keinen Hinweis darauf gibt, wie die Landesregierung das in der Zukunft verändern will.

Dabei müssen wir feststellen, dass der Anstieg der Arbeitslosenzahlen in Schleswig-Holstein nicht nur in den witterungs- und saisonabhängigen Bereichen der

(Martin Kayenburg)

Wirtschaft stattfindet; vielmehr haben wir vor allem in den Verwaltungs- und Büroberufen - so auch der Bericht vom März - erneut einen Anstieg an Arbeitslosigkeit. Ich gehe davon aus, dass die Einsicht, dass der Arbeitsmarkt dringend reformiert werden muss - sonst wären alle Ankündigungen von Kanzler Schröder wirklich nur Schall und Rauch -, auch von vielen Sozialdemokraten geteilt wird. Deshalb haben wir einen konkreten Antrag eingebracht, dessen Forderungen ich nochmals unterstreichen will.

Wir brauchen dringend eine Prüfung der Effektivität der Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein. Die Summe der aufgewandten Mittel ist nicht gerade gering, Herr Minister. Die Erfolge der damit verbundenen Arbeitsmarktpolitik waren aber in der Vergangenheit ausgesprochen mäßig. Insbesondere bei den Langzeitarbeitslosen ist überhaupt keine Verbesserung der Situation festzustellen.

Damit verbunden ist auch unsere Forderung, die Beauftragung der **Beratungsgesellschaft für Beschäftigung in Schleswig-Holstein** einzustellen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir wissen da wohl zu unterscheiden. Formal haben Sie ja Recht; es ist eine Privatgesellschaft, die die Regierung nicht stilllegen kann. Aber die Beauftragung hinterfragen, das wird sie ja wohl noch können. Die Dramatik der Situation erfordert es, dass wir ohne Reibungsverluste und ohne unnötigen Verwaltungsaufwand die begrenzten Mittel effektiv einsetzen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Deswegen müssen wir die immerhin 35 Programme von ASH deutlich straffen und es müssen erkennbare Schwerpunkte gesetzt werden. Die Überprüfung, Herr Minister, ist seit drei Jahren überfällig. Schön, dass Sie sie heute wieder einmal ankündigen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir brauchen vor allem eine Umsteuerung bei der kostenintensiven Arbeitsmarktpolitik der Vergangenheit und den Einsatz frei werdender Mittel für Infrastrukturprojekte und Wirtschaftsförderung. Herr Minister, wenn Sie sich die Investitionsquote angucken, dann wissen Sie, warum die Situation im Lande so schlecht ist.

(Beifall bei der FDP)

Darüber hinaus fordern wir Maßnahmen, die in erster Linie von der Bundesregierung geleistet werden müssen. Ich will dabei überhaupt nicht verhehlen, dass wir mit einer Reihe von Punkten mit dem Wirtschaftsminister dieses Landes durchaus einverstanden sind. Wir werden ihn unterstützen, wenn er diese

Forderungen auf Bundesebene platziert. Allerdings fehlt uns der Glaube, dass Schleswig-Holstein überhaupt noch die Anerkennung im Bund genießt, die erforderlich ist, um diese Positionen durchzusetzen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss.

Martin Kayenburg [CDU]:

Gern, Frau Präsidentin. - Zudem verbreiten die Signale aus Berlin zurzeit mehr Konfusion als Perspektive. Aber die CDU-Landtagsfraktion wird mitwirken. Sie hat dies durch Gesetzentwürfe bewiesen - Mittelstandsförderungsgesetz, statistische Berichtspflichten -, die eingebracht worden sind. Wir gehen davon aus, dass wir gemeinsam die Chance haben, Reformvorschläge im Wirtschaftsausschuss zu diskutieren. Wir sind nicht die Bremser. Wir sind dafür, dass wir an der Stelle weitermachen, an der unsere Anträge aufhören, nämlich bei der Umsetzung der Aufträge. Wir wissen, dass wir es besser können. Wir wollen gemeinsam mit Ihnen die schlimme Situation in Schleswig-Holstein verbessern.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erteile ich dem Herrn Abgeordneten Schröder.

Bernd Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der verbundenen Debatte werde ich in meinem Beitrag auf den Wirtschaftsbericht eingehen und der Kollege Baasch wird zum Arbeitsmarkt sprechen.

Lassen Sie mich mit einer grundsätzlichen Bemerkung zur wirtschaftlichen Situation in Schleswig-Holstein beginnen. Die wirtschaftliche Situation im Land ist natürlich nicht zufriedenstellend. Die Lage ist aber auch nicht so schlimm, wie es sich bei dem Gejammer derjenigen anhört, die unsere Wirtschaft - Herr Kayenburg hat das schon angekündigt - gewohnheitsmäßig schlecht reden; zu denen gehören leider auch immer wieder Vertreter der Opposition.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Herr Kayenburg, man kann sich darauf verlassen, dass diese Aussagen kommen. Sie wissen, dass solches Gerede der Wirtschaft in Schleswig-Holstein

(Bernd Schröder)

Schaden zufügt, was Sie aber offensichtlich billigend in Kauf nehmen.

Ebenso falsch wäre es aber auch, wenn man versuchte, die gegenwärtige Wirtschaftslage in Schleswig-Holstein schön zu reden. Es gibt nichts zu beschönigen. Notwendig ist ein Blick auf die Realitäten bei uns im Land. Realität ist, dass nicht Schleswig-Holstein allein von einer anhaltenden **Konjunkturfaute** betroffen ist, sondern Deutschland insgesamt ebenso wie die Länder der EU und die Vereinigten Staaten. Es wäre daher ein Wunder, wenn Schleswig-Holstein davon verschont geblieben wäre. Auch das ist Realität: Die Ursachen für die getrübe Wirtschaftslage im Land liegen nicht in Schleswig-Holstein. Sie liegen auch nicht - wie uns die Opposition immer wieder einreden möchte - in der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Berlin. Ich will gern einräumen, dass ich mir die Reformen, die jetzt von der Bundesregierung auf den Weg gebracht worden sind, schon eher gewünscht hätte.

(Martin Kayenburg [CDU]: Welche denn?)

Die Ursachen für die konjunkturelle Abwärtsbewegung liegen aber nun mal nicht in Kiel oder Berlin, sondern in der stagnierenden weltwirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen zwei Jahre. Diese hat in den USA ihren Anfang genommen und ist durch den verheerenden Terroranschlag verstärkt worden. Die Zusammenbrüche großer amerikanischer Unternehmen tragen - wie Sie alle wissen - nicht gerade dazu bei, dass von dort neues Vertrauen ausgeht. Wer die Wirtschaftsdaten verfolgt, der muss erkennen, dass wir die Stagnation noch nicht überwunden haben, zumal es im Hinblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung eine Reihe von Risiken gibt, die einen Aufschwung gefährden könnten. Ich denke da vor allem an den Krieg im Irak, dessen Dauer ebenso ungewiss ist wie die Auswirkungen, die dieser Krieg im Nahen Osten und damit auf die gesamte weltwirtschaftliche Entwicklung haben wird. Schon jetzt gibt es Anzeichen, die befürchten lassen, dass die Konjunkturlokomotive USA nicht so schnell wieder in Fahrt kommt, wie das für einen stabilen Aufwärtstrend notwendig wäre.

Aber auch das ist Realität: Die Wirtschaft in Schleswig-Holstein ist - bei allem Ernst der Lage - von den konjunkturellen Einbrüchen weniger hart getroffen worden als die Wirtschaft anderer Bundesländer. Mit einem realen Wirtschaftswachstum von 0,7 % lag Schleswig-Holstein im vergangenen Jahr immerhin deutlich über dem Bundesdurchschnitt, der nur 0,2 % betrug.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Und worauf ist das zurückzuführen?)

Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Die Wirtschaft in Schleswig-Holstein hat sich in den vergangenen Jahren gut entwickelt. Wie Sie wissen, ist Schleswig-Holstein eines der führenden Gründerländer in Deutschland. Seit Jahren liegen wir - wie auch im vergangenen Jahr - im Ländervergleich in der Spitzengruppe. Sie alle kennen diese Daten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da ist es gar nicht überraschend, dass in Schleswig-Holstein der Anteil der technologieorientierten Unternehmen ausgesprochen hoch ist. Das gilt vor allem für Zukunftsbranchen wie Biotechnologie, Life Science, Mikroelektronik, Meerestechnik und moderne Informations- und Kommunikationstechniken. Zudem verfügt Schleswig-Holstein über ein großes Know-how auf dem Gebiet der Gesundheitswirtschaft und etabliert sich weiter als erlebenswertes Urlaubsland. Dies belegen gerade die jüngsten Zahlen.

Ich muss das hier nicht im Einzelnen erläutern, denn es ist erstens hinlänglich bekannt und wird zweitens im vorliegenden Wirtschaftsbericht ausführlich dargelegt. Das sind die Fakten, die Schleswig-Holsteins Wirtschaft in den vergangenen Jahren modern und wettbewerbsfähig gemacht haben. Herr Kubicki, ein Beleg für die Stärke der schleswig-holsteinischen Unternehmen auf den internationalen Märkten sind die Exportdaten der vergangenen Jahre. Die Exportquote ist seit 1995 von 26,1 % auf 34,3 % im vergangenen Jahr gestiegen. Das sind die Gründe dafür, weshalb unser Land von der gegenwärtigen konjunkturellen Situation nicht ganz so hart getroffen wird.

Natürlich wird niemand behaupten, die stärkere Position der Wirtschaft in Schleswig-Holstein sei ausschließlich ein Verdienst der Landesregierung. Zutreffend ist dennoch: Die Politik der Landesregierung und der Mehrheitsfraktionen dieses Hauses hat in den vergangenen Jahren dafür die Rahmenbedingungen geschaffen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Dass Sie dabei nicht rot werden!)

- Das ist typisch! Neuer Sitzungssaal - alte Miesmacherei. Wir haben hier in Schleswig-Holstein für günstige Produktions- und Investitionsbedingungen gesorgt. Wir haben in Schleswig-Holstein Forschung und Innovation mobilisiert und gestärkt. Wir haben in den vergangenen Jahren wirksame und zielgerichtete Förderprogramme für Unternehmensgründungen,

(Bernd Schröder)

Technologietransfers und Investitionen initiiert und die verkehrliche Infrastruktur ausgebaut. Herr Kayenburg, zur A 20 und zum Bundesverkehrswegeplan kommen wir anschließend.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Auch so eine Erfolgsgeschichte!)

Weiter haben wir eine Reihe von Projekten in der Metropolregion Hamburg auf Weg gebracht. Auch das wissen Sie.

Gleichwohl ist klar, dass es in der Wirtschaft Schleswig-Holsteins Schwachstellen und Bereiche gibt, die uns Sorgen machen. Das gilt etwa für die Baubranche, die - wie übrigens die gesamte Bauwirtschaft in Deutschland - mit anhaltenden Strukturproblemen zu kämpfen hat. Das bedeutet, dass es bei uns weiter Handlungsbedarf gibt. Wir dürfen in unserem Bemühen, den Standort Schleswig-Holstein weiter zu stärken, nicht nachlassen.

Das bedeutet auch, dass wir unsere Aufmerksamkeit nach wie vor auf den Bereich richten, der gewissermaßen die tragende Säule unserer Wirtschaft ist, nämlich den **Mittelstand**. Dabei sind wir auf einem guten Weg. Wie Sie wissen, ist für viele kleine und mittelständische Unternehmen eine zu dünne Kapitaldecke und die daraus resultierende Versorgung mit Kapital häufig ein ernstes Problem. Mit der Entschärfung von Basel II ist - entsprechend den Forderungen des Mittelstandes - ein erster Schritt gemacht worden. Darüber hinaus wurde der mittelständischen Wirtschaft im vergangenen Jahr durch Landesbürgschaften und durch Förderinstitute ein Kredit- und Beteiligungsvolumen von 218 Millionen € gewährt. Herr Kayenburg, man darf nicht nur die Arbeitslosenzahlen nennen, sondern man muss auch sagen, wie viele Arbeitsplätze gerettet, gesichert und durch diese Maßnahmen entstanden sind, die diese Landesregierung durchgeführt hat.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Eine bessere Kapitalversorgung des Mittelstands wird auch weiter auf der Tagesordnung unserer Politik stehen müssen. Dieser Punkt ist bekanntlich in der Offensive für den Mittelstand enthalten, auf die sich der Wirtschaftsminister im vergangenen Jahr gemeinsam mit Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen verständigt hat. Weitere Forderungen dieses Maßnahmenkatalogs sind Steuererleichterungen für den Mittelstand, die Senkung von Lohnnebenkosten und der Abbau bürokratischer Hemmnisse wie beispielsweise die Reduzierung von Statistikpflichten. Zur Politik für den Mittelstand zählt übrigens auch das Tarifreuegesetz, das wir hier

gegen den Willen der Opposition verabschiedet haben.

(Beifall beim SSW)

Dieses Gesetz hilft vor allem dem von mir zuvor erwähnten Baugewerbe in unserem Land. Sprechen Sie einmal mit den Fachleuten, auf die Sie sonst immer so gern Bezug nehmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das glauben Sie wirklich?)

Schließlich dürfte auch das Mittelstandsförderungsgesetz, an dem wir alle gemeinsam im Wirtschaftsausschuss und demnächst im Plenum arbeiten, den kleinen und mittleren Unternehmen in Schleswig-Holstein zugute kommen. Ich hoffe, dass die gepriesene Gemeinsamkeit dazu führt, dass es uns gelingt, mit dem Mittelstandsförderungsgesetz ein weiteres Gesetz in der Kette von Rahmenbedingungen für den Mittelstand hinzuzufügen. Für Schleswig-Holstein gilt, dass die Wirtschafts- und Strukturpolitik, die wir machen, auf die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen ausgerichtet sein muss. Klar muss aber auch sein, dass nicht die Politik die Jobs schafft, sondern dass es die Unternehmen sind, die Arbeitsplätze schaffen. Die Politik kann und muss die Rahmenbedingungen dafür setzen. Wir sind dabei.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Was nun die notwendigen Rahmenbedingungen betrifft, so können die in Schleswig-Holstein so schlecht nicht sein. Wohl kaum wäre unsere Wirtschaft sonst in der vergleichsweise starken Position, in der sie sich - wie ich erläutert habe - befindet. Auch die Maßnahmen, die notwendig sind, um die Schaffung weiterer Arbeitsplätze zu ermöglichen, habe ich in der gebotenen Kürze erläutert. Konkret ist das die Fortsetzung der Mittelstandspolitik mit dem Maßnahmenkatalog, den Wirtschaftsminister Rohwer vorgelegt hat: Sicherung der Kapitalversorgung, Steuererleichterungen, Senkung der Lohnnebenkosten, flexiblere Arbeitsmärkte und die Abschaffung von bürokratischen Hemmnissen.

Dies ist genau auch die Stoßrichtung der Agenda 2010, die jetzt die Bundesregierung vorgelegt hat und zügig umsetzen wird. Kollege Neugebauer, diese Maßnahmen müssen weiter im Sinne der von mir erwähnten Mittelstandsoffensive ergänzt werden.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr gut!)

Vorausgesetzt die konjunkturellen Rahmenbedingungen stimmen, so bin ich mir sicher, dass dann - mit der zu erwartenden zeitlichen Verzögerung - auch

(Bernd Schröder)

wieder eine Belebung des Arbeitsmarktes in Schleswig-Holstein folgen wird. Ich hoffe, dass wir dies gemeinsam anpacken.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke hat das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landtag hat unter anderem die Aufgabe, die Arbeit der Landesregierung zu kontrollieren. Ich beginne diesbezüglich für Sie möglicherweise mit einem Paukenschlag: Der Wirtschaftsminister hat 400 Millionen € unterschlagen.

(Bernd Schröder [SPD]: Das sagen Sie als Juristin!)

- In seinem Wirtschaftsbericht natürlich. Herr Kollege Hay, nach den Angaben des Statistischen Landesamtes betrug das reale Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins in 2002 62,4 Milliarden €. Der Minister schreibt 62 Milliarden €. Das ergibt ein Minus von 400 Millionen €.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Der ist halt bescheiden!)

Nur gut, dass dies nur im Bericht und dort auch nur in den Anlagen steht. Sonst wäre wohl mindestens der dritte Untersuchungsausschuss fällig gewesen. Hätte der Minister Recht, dann wäre auch unser vergleichsweise hohes Wirtschaftswachstum dahin gewesen. In diesem Fall, Herr Minister, freue ich mich außerordentlich, dass Sie Recht haben und uns der dritte parlamentarische Untersuchungsausschuss auf diese Art und Weise erspart bleibt.

Die besagte Tabelle hat noch einen zweiten Fehler. Der Minister gibt an, das Bruttoinlandsprodukt Westdeutschlands sei einschließlich Berlins berechnet. Er gibt aber die Zahlen ohne Berlin an, wodurch wir im Vergleich der absoluten Werte selbstverständlich marginal besser dastehen. Diese Zahlen lassen sich relativ einfach nachprüfen. Viele andere Zahlen im Bericht sind nicht so leicht zu überprüfen, Zahlen, auf die der Wirtschaftsbericht in seinen Beschreibungen und Bewertungen allerdings aufbaut.

Nun zur **gesamtwirtschaftlichen Lage**. Schleswig-Holsteins Wirtschaft ist schwach, aber überdurchschnittlich gewachsen. Die Beschäftigung sinkt allerdings überdurchschnittlich. Die Arbeitslosigkeit steigt überdurchschnittlich. Die Erwartungen der Menschen

und Unternehmen werden immer schlechter, nicht nur, aber auch wegen des Krieges im Irak.

Hierbei vermischen sich selbstverständlich **konjunkturelle und strukturelle Entwicklungen**. Konjunkturell betrachtet ist Schleswig-Holstein 2002 mit einem blauen Auge davongekommen. Mit einem realen Wirtschaftswachstum von 0,7 % lag unser Land nur knapp unter dem Wachstumstrend seit 1991. Böse Zungen könnten allerdings behaupten, unsere strukturellen Probleme seien so groß, dass selbst konjunkturelle Einbrüche nur noch wenig verschlechtern könnten. Die Daten der Vorjahre würden diese Zungen allerdings widerlegen. Es kann schlimmer kommen. Glaubt man dem Wirtschaftsminister, müsste es sogar noch schlimmer kommen. Denn die schleswig-holsteinische Konjunktur läuft der deutschen bekanntermaßen hinterher. Demnach kommt der größere Einbruch bei uns erst noch. Ich würde mich wieder außerordentlich freuen, wenn der Minister diesmal Unrecht hätte.

Meine Damen und Herren, das alles ändert nichts an den strukturellen Problemen Schleswig-Holsteins. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate seit 1991 liegt bei nur 1,1 %. Was ist daran so schlimm? Die Beschäftigungsschwelle in Deutschland liegt bei knapp 2 %. Erst ab diesem Wert schlägt sich das Wirtschaftswachstum auch in steigender Beschäftigung nieder. Wenn es nicht gelingt, die Rahmenbedingungen so zu verändern, dass unsere Wirtschaft nicht nur im Boom, sondern durchschnittlich um 2 % wächst, wird uns die hohe Arbeitslosigkeit leider noch lange erhalten bleiben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Noch deutlicher wird die Misere, wenn wir die Bevölkerungsentwicklung einbeziehen. Das entscheidende Maß für wirtschaftlichen Wohlstand ist das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, dessen Entwicklung leider auch in diesem Jahr wieder im Bericht fehlt. Ich kann verstehen, warum. Seit 1991 hat sich das durchschnittliche reale Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner jährlich um gerade einmal ein halbes Prozent erhöht, genauer gesagt, um 0,54 %. Mit anderen Worten: Seit 12 Jahren reicht das Wirtschaftswachstum gerade aus, um das Bevölkerungswachstum auszugleichen.

Das ist das Ergebnis von 15 Jahren roter und rotgrüner Regierungsverantwortung: Stagnation. Diese 0,54 % sind gewissermaßen die jährliche Verzinsung der Politik von Rot und Rot-Grün bezüglich des wirtschaftlichen Wohlstands der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner. Ich frage Sie: Wer von

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Ihnen würde sein Geld für 0,54 % Verzinsung anlegen? Wohl kaum jemand.

Aber es kommt noch schlimmer. Betrachten wir den Einfluss der Grünen auf dieses Maß der politischen Leistungsfähigkeit der Landesregierung. Von 1996 bis 2002 betrug das jährliche Wachstum des Wohlstands in Schleswig-Holstein nur noch 0,45 %. Seit die Grünen mitregieren dürfen, ist das durchschnittliche jährliche Wachstum pro Einwohner um 17 % gesunken. Jetzt könnte man fragen: Wen wundert das? Uns wundert es jedenfalls nicht.

(Beifall bei der FDP)

Aber es müsste zumindest die Ministerpräsidentin, ihr Kabinett und die linke Seite des Hauses wundern. Nach Ihren Aussagen ist doch in Schleswig-Holstein unter Ihrer Herrschaft alles viel besser geworden. Glaubte man Ihren Ankündigungen, dann soll alles noch viel schneller und viel besser gehen. Was von dieser Propaganda zu halten ist, belegen die Zahlen: nämlich gar nichts.

Soweit, so schlecht. Das größte Problem, das mit dieser miserablen wirtschaftspolitischen Bilanz einhergeht, ist die hohe **Arbeitslosigkeit** in Schleswig-Holstein. Die Arbeitslosenquote beträgt 10,5 %. Im Februar waren knapp 148.000 Menschen offiziell arbeitslos gemeldet. Es waren 11,7 % mehr als im Februar 2002. Die Zahl der offenen Stellen ist um über 25 % gesunken. Im gleichen Zeitraum nahm die Zahl der Langzeitarbeitslosen um 7,2 % und die der Menschen unter 25 Jahren um 14,4 % zu. 2002 sank die Zahl der Erwerbstätigen um 0,8 %; das ist doppelt so schnell wie in Westdeutschland. Das ist die verheerende Bilanz des rot-grünen Regierungsschwerpunkts „Arbeit für Schleswig-Holstein“.

Herr Minister, Sie haben wiederum angekündigt, **ASH** zu überprüfen. Ich darf vielleicht daran erinnern, dass wir seit über zehn Jahren die Überprüfung dieses Schwerpunktes der schleswig-holsteinischen Regierungspolitik anmahnen und immer wieder darauf hingewiesen haben, dass die Effizienz nicht ausreichend ist. Das Gleiche haben wir zu WSH gesagt.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann man die Einflüsse der konjunkturellen Entwicklung nicht wegdiskutieren. Aber wir haben in Deutschland und Schleswig-Holstein ein ganz großes Problem bei konjunkturell verursachter Arbeitslosigkeit: In schlechten Zeiten steigt die Arbeitslosigkeit stärker, als sie in guten Zeiten sinkt. Es gibt leider keine Anzeichen dafür, dass sich dies geändert hat. Das ist ja eines der

wesentlichen strukturellen Probleme Deutschlands. Viele wissen das schon lange.

Einer, der es jüngst ebenfalls endlich erkannt ist, ist der Bundeskanzler. Am 14. Februar hat er seine Einsicht bekannt gegeben. Nicht nur die schlechte Weltkonjunktur sei an Deutschlands Wachstumsschwäche schuld, sondern auch die strukturelle Krise Deutschlands, auch Westdeutschlands. Davon steht allerdings, meine Damen und Herren, in unserem Wirtschaftsbericht nichts. Schleswig-Holstein steht zwar in allen wesentlichen strukturellen Daten schlechter da als Deutschland, vor allem als Westdeutschland, aber der Wirtschaftsminister konnte sich noch nicht dazu durchringen, von der offensichtlichen strukturellen Krise Schleswig-Holsteins zu sprechen.

Was wäre zu tun? Diesmal kann der Wirtschaftsminister auftrumpfen. Schon auf der ersten Seite des Wirtschaftsberichts hat er die wesentlichen Maßnahmen genannt. Bessere Kreditversorgung des Mittelstands, niedrigere Steuern und Lohnnebenkosten, flexiblere Arbeitsmärkte und weniger Bürokratie nennt und fordert er.

Leider spielt der Minister seine Trümpfe immer nur bei der Aufzählung von Ankündigungen aus und beschränkt sich auf Allgemeinplätze. Jedoch fast jedes Mal, wenn in der Vergangenheit ein entsprechender konkreter Vorschlag auf den Tisch dieses Hauses oder des Bundesrats lag, hat er die Hand gegen Steuer- und Abgabensenkungen, gegen flexiblere Arbeitsmärkte und gegen weniger Bürokratie erhoben. Aber so werden wir weder die schleswig-holsteinische Wachstumsschwäche beenden noch die Arbeitslosigkeit merklich senken.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die vorliegenden Forderungen der Union weisen in die richtige Richtung. Herr Minister Rohwer, hier können Sie zeigen - Sie haben es eben ja angedeutet, dass Sie das auch tun wollen -, wie Sie sich nicht nur für mehr Wachstum, mehr Beschäftigung und gegen Arbeitslosigkeit aussprechen, sondern wie Sie auch handeln werden.

Arbeitslosigkeit bedeutet, dass mehr Menschen Arbeit suchen, als die Unternehmen beschäftigen. Wir werden die Arbeitslosigkeit nur senken, wenn wir die Rahmenbedingungen so ändern, dass die Unternehmen wieder mehr Menschen einstellen wollen, weil sie mithilfe ihrer Leistung mehr Geld verdienen können.

Damit bin ich beim **Mittelstand**. Denn gemessen an der Beschäftigungsgröße sind über 95 % der schleswig-holsteinischen Unternehmen mittelständische

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Unternehmen, so wie in ganz Deutschland. Folglich ist Wirtschaftspolitik per definitionem auch Mittelstandspolitik. Das ist nichts, was besonders zu erwähnen wäre.

Die wirtschaftspolitischen Fehler der Landes- und der Bundesregierung treffen gerade den Mittelstand ins Mark. Die dramatisch wachsenden Insolvenzzahlen belegen das. Daran werden auch noch so viele Wirtschaftsberichte nichts ändern, in denen behauptet wird, die Wirtschaftspolitik diene dem Mittelstand. Denn wäre das so, dann hätten wir die Probleme nicht, die wir heute leider zum wiederholten Mal diskutieren müssen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Wenn man an vierter Stelle redet, ereilt einen das Los, dass schon so viel gesagt ist, dass man seine vorbereiteten Reden meist nicht halten kann, sondern notwendigerweise auf das eingehen muss, was vorher gesagt worden ist.

Wir haben jetzt wieder gehört - auch von Frau Aschmoneit-Lücke habe ich das wieder vernommen -, dass es, seitdem Grün an der Regierung beteiligt ist, bergab geht.

(Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: Richtig!)

Ich stelle fest: Sie haben den Bericht offensichtlich überhaupt nicht zur Kenntnis genommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: Ziemlich genau!)

Voraussetzung ist, dass Sie den Bericht überhaupt zur Kenntnis nehmen. Wenn Sie die Zahlen, die darin enthalten sind, bezweifeln, ist das okay. Darüber kann man sich unterhalten. Das haben Sie aber nicht getan. Sie haben einfach andere Zahlen dargestellt, als sie im Bericht stehen. Dann muss man sich damit auseinander setzen.

Ich greife einige Punkte heraus. Im Bericht wird festgestellt, dass Schleswig-Holstein im letzten Jahr bei den ausländischen Investitionen auf Platz 3 liegt, vor Bayern und Hessen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

In Bezug auf die Existenzgründungen - Herr Kayenburg, das müssen Sie jetzt ertragen -

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

liegt Schleswig-Holstein auf Platz 3, vor Baden-Württemberg und Bayern. In Bezug auf die Selbständigenquote liegt Schleswig-Holstein auf Platz 2,

(Martin Kayenburg [CDU]: Portugal ist noch besser!)

vor Bayern und Hessen. Das sind drei Zahlen, die deutlich machen, wie sich **Schleswig-Holstein** im **bundesweiten Vergleich** positioniert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Zurufe der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Das heißt keineswegs - ich schlage Ihnen vor, Sie hören einmal zu -, dass die Lage ungeheuer gut ist. Wir haben eine Wirtschaftskrise. Wir haben große Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Die Wirtschaftskrise und die Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt dürfen wir nicht wegdiskutieren, sondern wir müssen sehr genau gucken, welches die strukturellen Probleme sind, die wir anpacken müssen, welche Konsequenzen wir speziell in Schleswig-Holstein daraus ziehen.

(Rainer Wiegard [CDU]: Dann fangt mal langsam an zu gucken!)

Zu den **strukturellen Problemen** stelle ich fest: Wir haben in Deutschland eine ausgesprochen schlechte Konsumstimmung. Wir haben keine Situation, in der unsere Wirtschaft nicht konkurrenzfähig ist.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist kein strukturelles Problem! Welchen Unsinn erzählen Sie hier eigentlich?)

- Herr Garg, wir haben im letzten Jahr in Schleswig-Holstein ein Außenhandelswachstum von 15 % gehabt. Im letzten Jahr ist der Anteil des Außenhandels der schleswig-holsteinischen Wirtschaft, des produzierenden Sektors auf über 30 %, um 4 Prozentpunkte, gestiegen. Das ist der größte Zuwachs, den wir seit Jahren gehabt haben.

(Zuruf des Abgeordneten Rainer Wiegard [CDU])

(Karl-Martin Hentschel)

Das bedeutet: Die Wirtschaft ist international durchaus konkurrenzfähig.

Wir haben ein Problem mit der Binnenkonjunktur. Das ist allgemein bekannt. Das ist ein bundesweites Problem, das wir anpacken müssen - da haben Sie völlig Recht - und bei dem wir uns gemeinsam auf Konzepte einigen müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD sowie Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Das Erstaunliche an Ihrer Analyse, Herr Kayenburg - ich habe sehr genau zugehört -, ist Folgendes. Sie haben - das ist natürlich auch Ihre Aufgabe als Oppositionsführer - die augenblickliche Lage und die Politik kritisiert. Als es darum ging, die Wirtschaftspolitik des Landes zu charakterisieren, mussten Sie zugeben - das fand ich ausgesprochen bemerkenswert -, es sei durchaus aner kennenswert, was der Wirtschaftsminister in diesem Lande mache.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Sagt!)

Wir haben nämlich in der Strukturpolitik Schleswig-Holsteins mit unseren Schwerpunkten, nämlich auf Technologie, auf neue Technologien, auf Technologiezentren und so weiter zu setzen, Erfolge gehabt. Der **Strukturwandel** in Schleswig-Holstein wird ganz deutlich beschrieben. Das ist überhaupt nicht bezweifelbar. Ganz viele neue kleine Betriebe - sonst sähe es in Schleswig-Holstein sehr viel schlechter aus - sind in Schleswig-Holstein entstanden, gerade im Softwaresektor, im Bereich der neuen Technologien, im Bereich der Nanotechnologie, bei den Umwelttechnologien und - was ich gerade aus grüner Sicht erwähnen möchte - im Bereich der Windenergie, wo in den letzten Jahren regelmäßig Tausende von Arbeitsplätzen geschaffen wurden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Daneben haben wir die Existenzgründungsinitiative, die ich damals, 1996, mitgefordert habe, die wir eingeleitet haben und die der Minister gerade mit dem Programm vom letzten Jahr hervorragend fortsetzt. Diese Existenzgründungsinitiative war ausgesprochen erfolgreich. Das heißt, der Strukturwandel ist richtig begleitet worden.

Wir haben ein zweites strukturelles Problem in Deutschland, das wir alle vor uns haben und das bisher von keiner Regierung, weder einer Schwarzen noch einer Rot-Grünen in Berlin, so konsequent angepackt worden ist, wie es notwendig gewesen wäre. Das ist das Problem der **Lohnnebenkosten**.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Das ist der eigentliche Grund, aus dem selbst dann, wenn wir Wirtschaftswachstum haben, die Arbeitslosenzahlen nicht gesunken sind. Wir haben zu hohe Lohnnebenkosten.

(Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: Was machen Sie? Was passiert?)

Mit über 40 % Sozialabgaben haben wir eine Situation, in der gerade die Arbeit in den unteren Einkommensbereichen systematisch bestraft wird, weil die 40 % zusätzlich zur Lohnsteuer wie eine Zusatzsteuer wirken.

Ich bin froh, dass der Bundeskanzler in seiner Rede gesagt hat, dass das die zentrale Aufgabe sei, die jetzt angepackt werden müsse. Wir müssen sie alle gemeinsam anpacken. Die Reform der Rentenversicherungssysteme, die Reform der Krankenkassensysteme, der Pflegeversicherung und der Arbeitslosenversicherung ist eine Mammutaufgabe, die wir alle nur gemeinsam bewältigen können. Das wissen wir. Ich fordere dazu auf, an diesem Prozess konstruktiv mitzuwirken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von der CDU)

Wenn wir diese Aufgaben anpacken, dann - davon bin ich überzeugt - werden wir die Wirtschaft herumreißen. Wir sind in einem reichen Land. Wir haben ausgezeichnete technologische Grundbedingungen. Wir haben eine ausgezeichnete, gut ausgebildete Bevölkerung. Wir haben hervorragende Voraussetzungen, um im internationalen Maßstab konkurrenzfähig zu arbeiten.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Wir müssen unsere Hausaufgaben machen, das heißt die Arbeit entlasten, damit es sich wieder lohnt, Leute einzustellen und zu arbeiten. Dann kriegen wir auch dieses Problem gelöst. Davon bin ich überzeugt. Lassen Sie uns gemeinsam an diesem Thema arbeiten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich auch im Namen des SSW für den sehr übersichtlichen und informativen **Wirt-**

(Lars Harms)

schaftsbericht 2003 der Landesregierung bedanken. Auch wenn wir sicherlich nicht mit allen politischen Bewertungen - das gilt für uns alle - des Berichtes einverstanden sind, so gibt er doch einen guten Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung und die Wirtschaftspolitik in Schleswig-Holstein im vergangenen Jahr.

Schon seit Sommer 2002 hat sich der **Abwärtstrend** der schleswig-holsteinischen **Wirtschaft** angekündigt. Obwohl Schleswig-Holstein im Jahresdurchschnitt 2002 mit 0,7 % Wirtschaftswachstum etwas besser als der Bundesdurchschnitt mit 0,2 % abgeschnitten hat, zeigte die rekordverdächtig hohe Anzahl der Insolvenzen in unserem Land, dass sich eine negative wirtschaftliche Entwicklung anbahnt. Auch die Arbeitslosenzahlen stiegen seit dem Herbst sowohl in Schleswig-Holstein als auch bundesweit dramatisch an.

Allerdings war der Export im vergangenen Jahr - hier insbesondere das verarbeitende Gewerbe - weiterhin ein Motor der Entwicklung in Schleswig-Holstein. In Schleswig-Holstein erreichten wir mit circa 34 % Export den höchsten Anteil in unserer Geschichte. Dabei müssen wir immer bedenken: Früher war Schleswig-Holstein kein Exportland. Wir suchen uns neue Märkte. Das ist ein absolut sicheres Zeichen, dass wir den richtigen Weg gehen. Aber die sehr laue Binnenkonjunktur und hier insbesondere der sinkende Privatkonsum unserer Wirtschaft machen uns schwer zu schaffen.

Von dieser negativen Entwicklung waren der Einzelhandel und das Handwerk betroffen, die im vergangenen Jahr stagnierende oder fallende Umsätze und einen Arbeitsplatzabbau zu verzeichnen hatten. Auch die wichtige Tourismusbranche stagnierte in Schleswig-Holstein in 2002 oder hatte sogar einen leichten Rückgang der Zahl der Übernachtungen zu verzeichnen.

Dramatisch ist und war die Lage in der Bauwirtschaft, wo 2002 über 10 % aller Arbeitsplätze verloren gingen. Gerade deshalb war es für diese Branche so wichtig, dass der Landtag im Februar endlich ein Tarifreuegesetz auf den Weg gebracht hat, was von der Branche immer gefordert wurde. Dieses Gesetz sichert fairen Wettbewerb bei öffentlichen Aufträgen und verbessert somit die Wettbewerbssituationen unserer heimischen Unternehmen. Damit haben wir als Landtag eben auch etwas getan.

(Zuruf von der CDU)

Seit Jahresanfang haben wir weitere Hiobsbotschaften auf dem schleswig-holsteinischen **Arbeitsmarkt** zu verzeichnen. Ich möchte hier nur beispielhaft auf die

Probleme beim Druckmaschinenhersteller Heidelberg, bei der HDW oder auf die jetzt angedrohte Schließung der Nordzucker in Schleswig hinweisen. Diese Beispiele sind nur die Spitze des Eisbergs bei den Arbeitsplatzverlusten, die wir jetzt verzeichnen müssen.

Mit der Schließung der Zuckerfabrik in Schleswig wird im Landesteil Schleswig fast keine Veredelung von landwirtschaftlichen Produkten mehr stattfinden. Das ist für eine landländliche Region wie die unsere besonders bitter. Grotesk ist, dass man diese landwirtschaftlichen Produkte, sprich den Zucker, bis nach Mecklenburg-Vorpommern karren muss, um ihn zu verarbeiten. Das ist wirklich etwas, mit dem wir als Schleswig-Holsteiner so nicht zufrieden sein können.

Aus einer Blitzumfrage der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein bei 270 Firmen ergab sich, dass die **Stimmung** der **norddeutschen Wirtschaft** so schlecht wie seit Jahrzehnten nicht mehr ist. Der Wirtschaftsminister macht hauptsächlich die schlechtere internationale Konjunktur für diese Entwicklung verantwortlich. Das ist zum Teil auch sicherlich richtig. Natürlich wird der anhaltende Irak-Krieg, je nachdem, wie lange er dauert, weitere Konjunkturprobleme mit sich bringen. Auch aus wirtschaftlicher Sicht kann man deshalb nur hoffen, dass dieser unsägliche Krieg so schnell wie möglich und mit minimalen menschlichen und materiellen Verlusten beendet wird. Aber die internationale Konjunktur ist eben nur ein Teil der Erklärung für die angespannte wirtschaftliche Situation.

Wenn gerade die **Binnenkonjunktur** das Hauptproblem ist, dann liegt es auf der Hand, dass es sich um hausgemachte Probleme handelt. Ich meine nicht hausgemachte schleswig-holsteinische, sondern deutsche Probleme. Wenn sich die Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürger bei Investitionen und Konsum so zurückhalten, liegt dies insbesondere an der Unsicherheit, wie es mit den Reformen in der Bundesrepublik weitergehen soll.

Daher ist es im Prinzip richtig, dass die Bundesregierung noch in diesem Jahr endlich wegweisende **Reformen unseres Sozialsystems** auf den Weg bringen will. Wir brauchen eine Zukunftssicherung des Sozialstaates und eine Senkung der Lohnnebenkosten als Signal an die Menschen und an die Wirtschaft, dass die Probleme angepackt werden. Bundeskanzler Schröder hat vor Jahren einmal gesagt, es gebe keine linke oder rechte Wirtschaftspolitik, sondern nur eine richtige Wirtschaftspolitik. Leider ist er diesem Anspruch bis heute nicht gerecht geworden.

(Lachen bei der FDP)

(Lars Harms)

Noch schlimmer ist aus Sicht des SSW, dass viele der vorgeschlagenen Reformschritte der Bundesregierung im Grunde nichts weiter als ein Kahlschlag auf Kosten der sozial Schwachen sind. Das gilt insbesondere für die vorgeschlagenen Kürzungen beim Arbeitslosengeld und die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf niedrigstem Niveau. Ich verstehe nicht, wie durch solche Kürzungen in diesem Bereich neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Im Gegenteil wäre dies volkswirtschaftlich kontraproduktiv, da gerade diese Bevölkerungsgruppen eine hohe Konsumquote aufweisen und wir ja nun einmal Probleme mit der Binnenkonjunktur haben.

Der SSW lehnt es also angesichts von 4,7 Millionen Arbeitslosen und nur wenigen hunderttausend offenen Stellen ab, die Bezugsdauer und Höhe des Arbeitslosengeldes oder der Arbeitslosenhilfe massiv zu verringern. Das kommt einer Bestrafung der Arbeitslosen gleich und ist somit inakzeptabel.

Gerade die dahin gehenden Vorschläge des CDU-Antrages können wir somit überhaupt nicht unterstützen. Besonders empört hat uns die Forderung im CDU-Antrag, dass Kommunen verstärkt von der Möglichkeit Gebrauch machen sollten, bei Verweigerung von zumutbaren Arbeiten die Sozialhilfebezüge empfindlich zu kürzen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist doch schon Gesetz! - Anke Spoorendonk [SSW]: Warum schreiben Sie es dann in den Antrag, wenn es schon Gesetz ist?)

Damit unterstellt man, dass die Sozialhilfeempfänger zu faul sind und auch zu viel Geld bekommen.

Natürlich müssen auch Forderungen an die Arbeitslosen gestellt werden. Aber Hauptziel muss es bleiben, diesen Menschen entweder vernünftige Arbeitsplatzangebote zu vermitteln oder ihre Aus-, Fort- und Weiterbildung gezielt zu unterstützen.

(Beifall beim SSW)

Wir sollten nicht bei den Arbeitslosen bestrafend ansetzen, sondern versuchen, diese Menschen zu fördern, damit sie überhaupt Arbeit annehmen können. Das ist der Weg. Bestrafen ist kein Weg.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Gerade deshalb bleiben wir bei unserer Haltung, dass das Hartz-Konzept erst einmal vernünftig umgesetzt werden muss, bevor man weitere Schritte zum Beispiel beim Kündigungsschutz anpeilt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Er weiß wirklich nicht, wovon er redet!)

Der rot-grüne Änderungsantrag zielt genau in diese Richtung. Auch die überfälligen **Reformen der Bundesanstalt für Arbeit** müssen erst einmal vor Ort greifen, und es ist ja noch nicht lange her, dass wir sie beschlossen haben.

(Werner Kalinka [CDU]: Nicht „wir“!)

Den Arbeitsämtern kommt in Zukunft eine Schlüsselrolle zu, wenn zum Beispiel die so genannten Personalserviceagenturen durch ihr Leiharbeiterangebot zur notwendigen Flexibilisierung des Arbeitsmarktes beitragen sollen. Was die Herkulesaufgabe des Umbaus des Sozialstaates angeht, warnen wir davor, nur am System herumzudoktern. Wer die Lohnnebenkosten signifikant und nicht nur um ein halbes oder um ein Prozent senken will, muss endlich einen großen Schritt in Richtung steuerfinanzierte Sozialleistungen gehen,

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die dann zum Beispiel durch die Mehrwertsteuer oder Ökosteuer finanziert werden könnten. Dass dies auch ohne grundlegende Einschnitte in den Sozialstaat funktioniert, konnten wir in der Vergangenheit in den Niederlanden und auch in den skandinavischen Ländern sehen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Nachdem die Strukturen verändert wurden!)

Darüber hinaus plädiert der SSW auch dafür, in dieser schweren wirtschaftlichen Situation die **Maastricht-Kriterien** so anzupassen, dass Bund und Länder mehr Spielräume für die dringend notwendigen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur oder für die öffentlichen Bauaufträge bekommen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Jetzt will er die Maastricht-Kriterien lockern!)

Weiterhin könnte die Erhöhung der Investitionen benutzt werden, um die Landesmittel im Bereich der EU-Förderprogramme, sei es für die Sozialfonds, für die GA-Förderung, für die Regionalprogramme oder für die Werftenhilfe, aufzustocken. Denn gerade in diesen Bereichen hat es in den letzten Jahren einen massiven Einbruch bei den landeseigenen Investitionen gegeben. Alle Erfahrungen zeigen aber, dass diese Direktinvestitionen den größten positiven Arbeitsplatzeffekt vor Ort haben.

Das gilt auch für Investitionen der Kommunen. In diesem Zusammenhang muss man ebenfalls deutlich machen, dass das von der Bundesregierung vorgeschlagene Kreditfinanzierungsprogramm für die Kommunen sehr wahrscheinlich erfolglos bleiben

(Lars Harms)

wird, weil die Kommunen, zumindest in Schleswig-Holstein, schon völlig überschuldet sind und keine weiteren Kredite, auch wenn sie billig sind, aufnehmen wollen. Viele dieser Weichenstellungen können nur auf Bundesebene in Gang gebracht werden.

Im Zusammenhang damit begrüßt es der SSW, dass sich der Wirtschaftsminister zusammen mit seinen Kollegen der anderen Bundesländer auf der Wirtschaftsministerkonferenz im Dezember 2002 auf einen umfassenden Forderungskatalog für die mittelständische Wirtschaft geeinigt hat. Die fünf zentralen Zielsetzungen für den Mittelstand - bessere Kreditversorgung, Steuererleichterungen, Abbau der Lohnnebenkosten, flexibler Arbeitsmarkt und Abbau bürokratischer Hemmnisse - können wir sicherlich alle im Prinzip unterstützen. Nur, bei der Umsetzung im Detail wird es immer Schwierigkeiten geben. Das wurde soeben bereits deutlich.

Wichtig ist mir hierbei aber auch, dass alle Parteien trotz unserer wirtschaftlichen Ansätze gemeinsam für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein werben. Trotz der aktuellen sehr schwierigen Lage und der schlechten Aussichten macht der Wirtschaftsbericht 2003 deutlich, dass sich der **Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein** in den letzten Jahren gewaltig entwickelt und eine grundlegende **Strukturänderung** durchgemacht hat. Dies ist schwer. Das zeigen zum Beispiel, was das Jahr 2002 angeht, die Höhe der ausländischen Direktinvestitionen, die Anzahl der Betriebsneugründungen und die Selbständigenquote für Schleswig-Holstein.

Die Wirtschaftspolitik der Landesregierung mit den vielen Förderprogrammen und Beratungs- und Kreditfinanzierungsinstituten hat diesen Prozess positiv begleitet. Dabei ist die verfolgte Strategie, Schleswig-Holstein als Brücke zwischen Hamburg und dem Ostseeraum zu profilieren, sicherlich richtig. Allerdings bleiben wir dabei, dass man die Förderung der leistungsfähigen Subregionen wie Schleswig, Flensburg oder die Westküste nicht vernachlässigen darf. Der SSW wird die Landesregierung weiterhin an ihre Verantwortung auch für diese strukturschwachen Regionen erinnern.

Ich beantrage hiermit, den Antrag der CDU zur federführenden Beratung an den Sozialausschuss und zur Mitberatung an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

(Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: Das kann doch nicht sein!)

- Nein, ich meine es so: Die Arbeitsmarktpolitik gehört in den Sozialausschuss und damit gehört die Federführung für diesen Antrag dem Sozialausschuss

und der Bericht sollte im Wirtschaftsausschuss beraten werden.

(Beifall beim SSW - Martin Kayenburg [CDU]: Wir stellen den Antrag, Herr Kollege! Das ist eine Unverschämtheit!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Im Rahmen der Redezeit ihrer Fraktion erteile ich jetzt zunächst der Frau Abgeordneten Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesregierung hat sich entschlossen, die Politik der Arbeitsämter auf die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt zu konzentrieren. In der Umsetzung reduzieren sich bundesweit die Arbeitsämter auf die Vermittlung derjenigen, die Arbeitslosengeld erhalten. Berufsrückkehrerinnen nach der Familienphase, Jugendliche ohne Ausbildung, Langzeitarbeitslose und Menschen mit Behinderungen sind zukünftig bei der Adresse Arbeitsamt nicht mehr richtig. Ich denke, das müssen wir uns alle erst einmal klarmachen. Diese sollen sich an die neuen Job-Center wenden. Dieses Zusammengehen von Kommunen und Arbeitsamt haben alle Fraktionen gewollt, um unnötige Bürokratie abzubauen und um umfassender zu helfen. Aber die Job-Center gibt es noch nicht und über ihre Gestaltung, Finanzierung und Zielsetzung wird gerade erst verhandelt. Angesichts erster bundesweiter Proteste wegen der Umsetzungspolitik des Arbeitsamtes, sich jetzt schon nur noch um die Arbeitslosengeldempfänger zu kümmern, sind Übergangfinanzierungen seitens der Bundesregierung angekündigt worden, was wir sehr begrüßen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind jetzt als Landespolitikerinnen und -politiker gefordert, über den Bundesrat die Interessen der von mir genannten Gruppen zu vertreten, und wir sind auch gefordert, auf **Landesebene** eine neue **Arbeitsmarktpolitik** zu finden. Die Perspektiven des CDU-Antrages erfüllen diesen Anspruch nicht. Wir werden ihn dennoch in den Ausschuss überweisen, und zwar sowohl natürlich federführend in den Arbeitsmarktausschuss als auch natürlich mitberatend in den Wirtschaftsausschuss. Denn beides muss zusammenpassen.

(Beifall beim SSW)

Zu Recht fordern die **Kommunen**, dass sie in gleicher Augenhöhe mit dem **Arbeitsamt** eine gemeinsame regionale Arbeitsmarktpolitik gestalten können. Bisher betrachtet das Arbeitsamt sie aber bloß als untergeordnete Dienstleister. Herr Rohwer, hier sehen wir Handlungsbedarf; denn die jährlich eingeplanten

(Angelika Birk)

1.300 Arbeitslosen, die das Arbeitsamt jetzt über Personalserviceagenturen vermitteln will, sind weniger Menschen, als bisher die kommunalen Beschäftigungsträger aus der Sozialhilfe heraus in Arbeit gebracht haben. Das müssen wir uns klarmachen. Hier sind also Umsetzungskorrekturen des Hartz-Konzeptes auf Landesebene gefordert.

Die **Modellversuche** der MoZArT-Projekte, das Zusammengehen von Arbeitslosenvermittlung durch das Arbeitsamt und durch die Kommunen hier in Schleswig-Holstein geben uns dazu Ermutigung. Wir sollten diese Erfahrung - dazu ist eben der Sozialausschuss da, Herr Kayenburg - diskutieren.

Das gilt auch für das Instrument der **Bildungsgutscheine**. Wir begrüßen die Umsteuerung grundsätzlich. Wir hatten gefordert, dass es Bildungsgutscheine gibt; aber sie müssen auch einen umsetzbaren Rechtsanspruch bedeuten, damit der, der einen Bildungsgutschein in der Hand hat, auch tatsächlich einen einklagbaren Rechtsanspruch auf ein Weiterbildungsangebot vorfindet.

Wir brauchen - das haben uns die Frauenverbände gesagt - eine deutliche, genaue Präzisierung dessen, was das nun mit dem **Arbeitslosengeld** bedeutet. Dieses Arbeitslosengeld II ist, wenn es das Partner-einkommen einberechnet, ein Schlag ins Gesicht der Frauen. Auch muss die private Altersvorsorge beim Arbeitslosengeld II künftig möglich sein; sonst wären wir in unserem Gesamtkonzept inkonsistent.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Dinge werden auf Bundesebene ausgehandelt und ich vermisse so ein bisschen - so sage ich einmal - hier im Hause das Interesse an diesem Thema. Dort entscheidet sich ganz maßgeblich, was mit berufstätigen und mit erwerbssuchenden Frauen künftig passiert, je nachdem, wie diese Frage mit dem Arbeitslosengeld II ausgestaltet wird.

(Beifall beim SSW)

Die Beratungsstellen Frau & Beruf verweisen auf die guten Vermittlungsquoten für Berufsrückkehrerinnen und forderten uns im Sozialausschuss auf - wir haben dort nämlich eine arbeitsmarktpolitische Anhörung gehabt, Herr Kayenburg; sehr interessant -, die Kinderbetreuungskapazitäten auszubauen und auch die Möglichkeiten für Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit heraus noch zu verändern, um den neuen Formen der Existenzgründungen nach dem Hartz-Konzept Rechnung zu tragen. Die bisherigen **Instrumente der Existenzförderung** - so gut und wichtig sie sind, Herr Rohwer - sind für die Möglichkeit, aus der Arbeitslosigkeit heraus eine Existenz zu

gründen, noch nicht passgenau. Wir brauchen hier ganz andere Instrumente, die auf einem sehr niedrigen Schwellenniveau ansetzen. Die Technologiezentren beispielsweise sind für einen Erwerbslosen natürlich kein Mietobjekt, in dem er sich als Existenzgründungswilliger wiederfindet.

Zu Recht weisen die Weiterbildungsträger und Behindertenverbände darauf, dass es entscheidend ist, was „vermittelbar“ heißt. Wir sind uns als Grüne mit diesen Organisationen einig, dass die **Kriterien** der Rehabilitationsträger für **Berufsunfähigkeit** auch künftig gelten müssen und nicht neue Kriterien eingeführt werden. Es kann nicht sein, dass das Arbeitsamt darüber entscheidet, wer in Zukunft als erwerbsunfähig gilt. Ich meine das ganz ernst. Es ist nicht so, dass wegen mangelnder Kinderbetreuung oder mangelnder Nachfrage in dem eigenen Beruf ein Erwerbsloser für ewig aus dem Arbeitsmarkt ausgesteuert wird und für immer und ewig sozusagen der kommunalen Finanzierung überlassen wird. Das ist sowohl von den Kommunen als auch von den Fachverbänden kritisiert worden. Ich glaube auch nicht, dass es so vom Bundesgesetzgeber gewollt ist. Es ist aber im Augenblick die Politik der Arbeitsämter vor Ort. Hier gilt es für uns, sich landesweit zu engagieren.

Die Ausbildung der Jugendlichen haben Sie angesprochen, Herr Minister. Es hat mich sehr gefreut, dass Sie hier zu einem landesweiten Engagement aufgefordert haben. Das ist nämlich auch notwendig, weil wir gerade augenblicklich eine sehr schwierige konjunkturelle Lage haben und zusätzlich die Einschränkungen des Arbeitsamtes für Verschärfungen sorgen. Wir brauchen unser Jugendaufbauwerk, wir brauchen auch die hervorragende Initiative der Türkischen Gemeinde Schleswig-Holstein, die Migrantenbetriebe, die Ausbildungseröffnung und Jugendlichen mit Migrationshintergrund nach der Schule in den Beruf begleitet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Solche Projekte stehen aber im Augenblick in der Finanzierung in der Schwebe - nicht seitens der Landesregierung, aber seitens des Arbeitsamtes. Hier müssen wir uns unterhalten, wie das künftig werden soll.

Last, but not least! Wie die vermehrte **Vermittlung Schwerbehinderter** gelingen kann, haben auch die schleswig-holsteinischen Arbeitsämter gezeigt, die dazu beitrugen, dass die bundesweit anvisierte Zielzahl von 50.000 Schwerbehinderten im ersten Arbeitsmarkt in einem relativ kurzen Zeitraum erreicht wurde. Es darf nicht sein, dass dieses Engagement der

(Angelika Birk)

Vermittlung von der Bundesanstalt nun künftig seitens des Arbeitsamtes untersagt wird. Dies haben uns aber die Behindertenverbände in den Anhörungen in den letzten Tagen im Sozialausschuss berichtet.

Ganz zentral ist die Frage: Wer soll das **Arbeitslosengeld** bezahlen? Wer soll die Job-Center finanzieren? Hier sehen wir auch den Bund in der Pflicht. Es geht da genau um das Kleingedruckte. Gerade auch im Hinblick auf die Perspektive erster Arbeitsmarkt kann ich auch sagen: Wer auf dem ersten Arbeitsmarkt Arbeitsplätze schaffen will, muss das einmal in den Bereichen tun, die Herr Hentschel skizziert hat, aber diese Arbeitsplätze müssen auch im Bereich Pflege, Erziehung, Betreuung, Bildung entstehen. Da ist ein riesiger gesellschaftlicher Bedarf,

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

aber keine bezahlte Nachfrage, weil die Kommunen kein Geld mehr haben, weil unsere Gesundheitsreform und weil unsere Pflegekassen diese Nachfrage nicht ausfinanzieren.

Wir sind im Augenblick in der Debatte über eine Gemeindefinanzreform. Wir haben im Augenblick eine Bildungsoffensive begonnen, wir sind in der Gesundheitsreformdebatte. Wenn wir einen ersten Arbeitsmarkt für diesen gesellschaftlichen Bedarf wollen, dann müssen wir es schaffen, eine Daseinsvorsorge mit ausreichender Finanzierung sicherzustellen. Wir können es uns nicht leisten, diese wichtigen Aufgaben künftig als ABM-Projekt zu schultern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SSW sowie vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Da die Regierung die Redezeit überschritten hat, steht den Fraktionen auch die entsprechende Zeit von drei Minuten zur Verfügung. Ich erteile daher zunächst nach § 56 Abs. 6 der Geschäftsordnung Herrn Abgeordneten Dr. Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich auf zwei Punkte eingehen, die in der Debatte gefallen sind. Erstens, lieber Kollege Harms, wenn man auf die Erfolge der Reform der sozialen Sicherungssysteme in den Nachbarländern hinweist - beispielsweise in den Niederlanden -, dann gehört zur Redlichkeit und zur Ehrlichkeit natürlich auch, dass man ganz klar sagt, dass zuerst die Strukturen der Systeme verändert wurden, also die Frage,

was wird in Zukunft abgesichert, und dass erst dann die Fragen der Finanzierung zu klären waren.

(Beifall des Abgeordneten Rainer Wiegard
[CDU])

Man kann also nicht sagen: Man nimmt alles so, wie es ist, belässt das, finanziert das aber in Zukunft über Steuern. Das ist nämlich keine **Strukturreform**. Das ist einfach unsinnig.

Punkt zwei! Lieber Kollege Hentschel, als Sie die strukturellen Probleme unserer Republik aufgezählt haben, haben Sie mit der **Konsumzurückhaltung** begonnen. Ich möchte Ihnen nur ganz kurz sagen, Konsumzurückhaltung ist niemals ein strukturelles Problem; es ist möglicherweise die Folge struktureller Probleme, die wir haben. Es ist aber selbst kein strukturelles Problem.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Des Weiteren haben Sie den Kollegen Kayenburg zitiert. Ich meine, Sie haben ihn falsch zitiert. Wenn ich den Kollegen Kayenburg richtig verstanden habe, dann hat er den Wirtschaftsminister dafür gelobt, was der Wirtschaftsminister so sagt, er hat ihn aber keineswegs dafür gelobt, was er tut beziehungsweise was er nicht tut.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ein weiterer Punkt. Es ist das Stichwort **Beschäftigungsschwelle** gefallen. Herr Minister Rohwer, möglicherweise geben Sie mir Recht, dass die Beschäftigungsschwelle keine starre Größe ist, sondern dass man durch ordentliche Politik aktiv etwas an der Beschäftigungsschwelle tun kann. Die Beschäftigungsschwelle hängt nämlich erstens von der Innovationskraft einer Volkswirtschaft und zweitens von der Flexibilität des Arbeitsmarktes ab. Nur dann, wenn wir die **Innovationskraft** unserer Volkswirtschaft, also auch die Innovationskraft hier im Land - dafür sind im Übrigen die Zahlen der Patentanmeldungen, die hier nach wie vor sehr viel geringer sind als in Bayern und in Baden-Württemberg, eine Maßzahl -, stärken und wenn wir den Arbeitsmarkt flexibilisieren, senken wir die Beschäftigungsschwelle und mit dem Senken der Beschäftigungsschwelle kriegen wir dann auch mehr Arbeitsplätze hin.

Herr Minister, es war hier viel die Rede von Gemeinsamkeiten. Gemeinsamkeit fängt für mich mit einer schonungslosen und auch selbstkritischen Analyse des Handelns Ihrer Regierung in den letzten Jahren an.

(Beifall bei der FDP)

(Dr. Heiner Garg)

Zur schonungslosen und auch selbstkritischen Analyse gehört dann, dass Ihre Sieben-Säulen-Strategie, die Sie hier heute Morgen vorgetragen haben, im März 2003 zu 143.000 arbeitslosen Männern und Frauen geführt hat. Das sind 14,5 % mehr als im Jahr zuvor. Wenn Sie dann Ihren Redebeitrag damit beschließen, dass Sie sagen „Weiter so!“ dann sage ich: Weiter so mit uns ganz bestimmt nicht. Ich will nämlich nicht noch mehr **Arbeitslose** haben.

(Beifall bei der FDP)

Noch ein Punkt. Mir ist schon klar, dass Wirtschaftspolitik im Land nicht die großen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland oder in der Welt ändert, aber wenn Sie mit **Unternehmen** sprechen - egal, ob das ganz kleine Handwerksbetriebe sind oder ob das mittelständische Betriebe mit mehreren hundert Mitarbeitern sind -, dann beklagen die vor allem eines: Sie haben hier in Schleswig-Holstein das Gefühl, dass sie sich dafür entschuldigen müssen, dass sie hier Geld verdienen können. Das ist aber nun einmal notwendig, dass Unternehmen hier Geld verdienen können, denn nur dann, wenn sie Geld verdienen, werden sie auch investieren, und nur dann, wenn sie investieren, werden auch neue Arbeitsplätze geschaffen.

(Beifall bei der FDP)

Das heißt, sorgen Sie dafür, Herr Minister. Wer, wenn nicht Sie in dieser Regierung, soll es insbesondere diesem Teil des Halbrundes beibringen, dass Unternehmen nun einmal dazu da sind, Geld zu verdienen, damit sie Arbeitsplätze schaffen können?

(Beifall bei der FDP)

Ich will Ihnen abschließend Folgendes sagen: Sie werden Stellung nehmen müssen zu Fragen des Kündigungsschutzes, der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, der Mindestlöhne, zur Frage, wie es mit der Mitbestimmung weitergehen soll, zur Frage, wie es mit der Allgemeingültigkeit von Tarifverträgen, der Gültigkeit von Tarifverträgen weitergehen soll, ob individuelle Regelungen Vorrang vor betrieblichen Vereinbarungen haben sollen, Vorrang vor dem Flächentarifvertrag, und zu der Frage, wie es mit dem Günstigkeitsprinzip weitergehen soll.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Ich formuliere meinen letzten Satz. - Ich werde Ihnen sagen, was vermutlich passieren wird. Wenn Herr Minister Rohwer in Berlin vorspricht, kann ich Ihnen

schon jetzt sagen, dass der Landesvorsitzende der SPD und Parlamentarische Staatssekretär, Franz Thönnies, den sonst niemand kennt, dagegen spricht.

Herr Minister, mein Fazit des Wirtschaftsberichts und Ihrer Rede ist: Bislang sind Sie ein Ankündigungsmi-
nister geblieben, der sehr viel virtuellen Beton verbaut hat, aber ansonsten ziemlich wenig gebacken gekriegt hat.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort nach § 56 Abs. 6 erhält jetzt Herr Abgeordneter Baasch.

(Zurufe)

Wolfgang Baasch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Heiner, äußerlich sind wir kaum auseinander zu halten, aber inhaltlich trennen uns Welten.

(Heiterkeit und Beifall)

Zur Lage am Arbeitsmarkt ein paar Gedanken aus der Sicht der Arbeitsmarktpolitik beziehungsweise der Struktur, wie sie sich in Zukunft entwickeln soll! **Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik** zusammenzufügen, macht Sinn, wie auch ich mittlerweile selbstkritisch eingestehe, weil man die Chancen begreifen muss, die sich daraus ergeben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Chancen haben wir heute Morgen in der Debatte ja schon gesehen, denn der Wirtschaftsminister hat deutlich gemacht, wie sich auch die Wirtschaftspolitik verstärkt um die Förderung des ersten Arbeitsmarktes, auch für den Teil der im Moment aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Menschen, kümmern muss. Daher können wir diese Diskussion in Zukunft besser zusammenführen und vielleicht auch sinnvoller gestalten.

Zum **Hartz-Konzept!** Wenn das Hartz-Konzept ein weiterer Meilenstein in der Modernisierung des Sozialstaates sein soll - ich hoffe, dass es das hinbekommt -, muss man auch kritisch hinterfragen, worin Arbeitslosigkeit eigentlich besteht. Wenn man das kritisch hinterfragt und immer wieder nur individualisiert und sagt, der Arbeitslose sei eigentlich schuld an seiner Arbeitslosigkeit, es werde nur besser, wenn man den Arbeitslosen selber qualifiziere, ihm deutlich mache, dass er sich als Arbeitsloser bewegen müsse, dass die Arbeitsvermittlung effektiver werden müsse, greift das im Endeffekt ein Stück weit zu kurz, denn

(Wolfgang Baasch)

auch die Wirtschaft ist gefordert, in diesem Rahmen Angebote zu machen und nicht nur vom einzelnen Individuum zu verlangen, dass es in der Lage ist, entsprechend zu reagieren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich erspare es mir, noch einmal auf die Regelungen zum Arbeitslosengeld I und II und Sozialgeld einzugehen, mit deren Umsetzung wir uns ja noch werden beschäftigen müssen. Wichtig ist aber die Frage: Wer entscheidet in Zukunft eigentlich darüber, wer arbeitswillig oder in den ersten Arbeitsmarkt vermittlungsfähig ist? Das landet in Zukunft bei der Bundesanstalt für Arbeit. Das ist von der inhaltlichen Seite her wahrscheinlich richtig angesetzt, aber die Entscheidung hat die Bundesanstalt für Arbeit nicht aufzufangen, sondern die haben die Kommunen, die Kreise und kreisfreien Städte aufzufangen, indem sie über ihre Mechanismen gegensteuern müssen. Daher ist es nach wie vor wichtig, dass wir das Bekenntnis zu einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik abgeben, zu einer Arbeitsmarktpolitik, wie sie in ASH beschrieben ist.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vor diesem Hintergrund muss eine Effektivitätskontrolle und -überprüfung stattfinden, die wir übrigens seit einiger Zeit bei ASH auch durchführen. Wir sind uns im Sozialausschuss ja einig gewesen, dass wir die Entwicklung in diesem Bereich gut finden, da sind wir nicht sehr weit auseinander, Heiner.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich habe zu ASH gar nichts gesagt!)

- Ich habe aber Zwischenrufe gehört. Wir sind uns trotzdem einig und das bleibt auch so, dass die Effektivitätskontrollen und Effektivitätsfragen geklärt werden müssen, natürlich auch vor dem Hintergrund, wie das verzahnt werden kann, eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik und eine Wirtschaftspolitik, kommunale Ansätze. Natürlich muss man aufpassen, dass auch auf kommunaler, auf regionaler Ebene die Interessen der Kommunen und Städte berücksichtigt werden, dass das zusammengebunden wird. Das wird unsere Diskussion erbringen müssen.

Zum Antrag der CDU! Was unter den drei Spiegelstrichen zum Thema ASH geschrieben ist, werden wir überprüfen. Ob man das allerdings mit der Stringenz tun sollte, wie man das in den Forderungen unter den Spiegelstrichen gleich als Ergebnis vorwegnimmt, darüber sollten wir noch einmal in Ruhe nachdenken.

Meine kritische Haltung zum Thema **Kündigungsschutz** habe ich in der letzten Debatte des Landtages angemerkt. Darüber werden wir uns intern, aber auch insgesamt noch einmal intensiv unterhalten müssen. Die Forderungen zur Arbeitslosen- und Sozialhilfe nach dem Hartz-Konzept kommen jetzt in die Umsetzung. Bei Banken und Sparkassen werden wir uns über ganz andere Fragen unterhalten müssen. Da werden wir uns darüber unterhalten müssen, wie die Kreditvergabe in Zukunft sein wird, wie die Unterstützung für Projekte sein wird. Ich nenne „Basel II“ als Stichwort.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das trifft ja nicht nur Unternehmen, das trifft Kommunen und das trifft Beschäftigungsträger genauso. Insofern ist das eine Diskussion, die wir in diesem Bereich organisieren müssen.

Was Heiner Garg eben angesprochen hat, die Frage des Flächentarifvertrages und die Frage, ob individuelle oder betriebliche Lösungen vorgezogen werden sollen, ist eine Frage, die die FDP in die Diskussion einbringt. Man wird diese Frage behandeln müssen. Ich sage aber gleich: Wir werden uns im Rahmen der Tarifverträge nicht bewegen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wir halten das Gut der Tarifautonomie, dass Gewerkschaften, Arbeitnehmervertreter, Betriebe und Unternehmensverbände Tarifverträge aushandeln, nach wie vor für richtig.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist eine Grundlage für die Diskussion, die wir in der Zukunft gern mit Ihnen im Sozialausschuss und im Wirtschaftsausschuss führen wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Damit die kurze Aufregtheit vorhin bei der Frage, welcher Ausschuss denn federführend - -

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss!

Wolfgang Baasch [SPD]:

Ja, Frau Präsidentin. Ich möchte nur noch kurz erläutern - vielleicht ist das hilfreich -, wie man die Diskussion organisieren kann. Wir brauchen uns nicht unbedingt darüber zu streiten, welcher Ausschuss

(Wolfgang Baasch)

federführend ist. Nach unserer Geschäftsordnung ist es der Sozialausschuss. Ich rege an, dass der Sozialausschuss und der Wirtschaftsausschuss zu dieser Frage vielleicht einmal gemeinsam tagen könnten. Das wäre effektiv und wir könnten alle Punkte gebündelt zusammentragen. Das kann für uns dienlich sein. Dann können wir eine schöne und interessante Debatte führen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Nach § 56 Abs. 6 der Geschäftsordnung erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bei aller Unterschiedlichkeit in der Bewertung der Politik der Landesregierung ist nach dieser Debatte doch beachtlich, dass der CDU-Antrag nicht unisono auf Ablehnung gestoßen ist, sondern eine beachtliche Gesprächsakzeptanz gefunden hat. Das sollte man einmal festhalten.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Es müssen offenbar Punkte dabei sein, die den Nerv der Problematik getroffen haben. Wir nehmen Gespräche und Diskussionen dazu sehr wohl offen auf, Herr Minister. Umso wichtiger ist es mir, vier kurze Punkte anzusprechen. Erstens. Der Kollege Harms hat sich darüber erregt, dass wir die Kommunen auffordern, von ihrer Möglichkeit Gebrauch zu machen, bei **Verweigerung von zumutbaren Arbeitsangeboten die Sozialhilfebezüge** empfindlich zu kürzen. Ich habe Beifall bei den Grünen gehört.

Sie müssen schon erklären, ob Sie sich mit diesem Satz wirklich nicht einverstanden erklären können. Denn eines ist doch ganz klar: Wenn wir an dieses Thema nicht herangehen, werden wir auch diejenigen nicht motivieren können, die im Niedriglohnbereich sind. Über diese Zusammenhänge müssen wir uns unterhalten. Sie müssen als Grüne sagen, ob es Ihre wirkliche Meinung ist, dass das ein Tabuthema ist.

Zweitens. Der Kanzler hat angekündigt, zum 1. Januar 2004 eine Übersicht über die arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger zu erstellen, dann soll klar sein, wer das ist. Unser Problem ist doch, dass bis heute niemand sagen kann, wie die Arbeitslosen- und die Sozialhilfe zusammengelegt werden sollen, wie das gemacht werden soll. Wir haben bisher keinerlei Umsetzungsbezüge aus Berlin. Die Kommunen wissen überhaupt nicht Bescheid. Wir haben April, Mai in

Kürze. Das Ganze soll am 1. Januar 2004 losgehen. Das soll in Kürze losgehen und wir haben überhaupt keine Grundlagen für die Arbeit. Wie soll das denn überhaupt funktionieren? Sie müssen in die Puschen kommen. Das ist das politische Problem.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Drittens. Es ist doch bedauerlich, wie wenig hier ein Punkt Beachtung gefunden hat, den ich im Augenblick für ganz wichtig ansehe. Die Zuwendungen für die **AB-Maßnahmen** werden überall gekürzt und sinken und die Umsetzung des so genannten Hartz-Konzeptes findet nicht statt. Dies geht vor allen Dingen zulasten derer, die es auf dem Arbeitsmarkt ganz schwer haben.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Hier entsteht im Augenblick eine Schere, mit der wir die Arbeitslosigkeit weiter zum Anstieg bringen.

Sie müssen als rot-grüne Koalition dieses Problem klären, Herr Minister. Wenn die ABM-Projekte alle weiter nach unten gefahren werden, was sich abzeichnet, und nichts an ihre Stelle gesetzt wird, wird es insbesondere für die schwer vermittelbaren Menschen noch schwieriger werden, einen Arbeitsplatz zu finden. Hierzu benötigen wir eine politische Antwort.

Ich wollte diese Punkte einfach ergänzend hinzugesetzt haben. Herr Kollege Baasch, wir sind uns soweit einig, Arbeitsmarktpolitik ist auch für mich ein Stück soziale Politik. Wir brauchen – das haben Sie richtig gesagt – eine aktive und aktivierende Arbeitsmarktpolitik. Bei aller Notwendigkeit von Weichenstellungen möchte ich das für mich ganz klar sagen, damit das auch in der Diskussion deutlich wird.

Ein letzter Punkt, um den wir uns auch und vor allen Dingen Gedanken machen sollten: Wo ist eigentlich Arbeit? Wir haben nicht nur das Problem, dass die Arbeitsplätze wegfallen, wir haben vor allen Dingen das Problem, dass die Arbeit nicht da ist. Um dieses Problemgebiet sollten wir uns gemeinsam kümmern.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich habe noch einige Wortmeldungen zu Kurzbeiträgen vorliegen.

Zuvor möchte ich die nächste Besuchergruppe auf der Tribüne begrüßen: Senioren-Union Amt Süderlügum, Niebüll und Umgebung. – Herzlich willkommen!

(Beifall)

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

Zunächst erteile ich nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung dem Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Kalinka hat ja eben nachgefragt, wie ich es denn nun wirklich meine, nämlich meine Äußerung zu dem Antrag der CDU, wo gefordert wird, die Kommunen aufzufordern, von ihrer Möglichkeit Gebrauch zu machen, dass **bei Verweigerung von zumutbarer Arbeit die Sozialhilfebzüge empfindlich gekürzt** werden. Worum es uns geht, ist, dass ein Bild in einen solchen Antrag transportiert wird, das wir so nicht teilen können. Bei uns kommt es so an, dass das heißt: Bietet den Jungs mal immer Arbeit an, und wenn die die nicht nehmen, dann werden sie so richtig gequält und dann sind die das doch selbst schuld. Vor dem Hintergrund, dass wir 4,7 Millionen Arbeitslose haben, aber nur ein paar 100.000 echte freie Arbeitsplätze, ist so etwas nicht Ziel führend.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen auch mal bedenken, die Kommunen tun dies ja schon. Sie tun dies schon, und zwar so, wie man es vernünftig macht: abgewogen, genau überlegend. Sie wissen genau, um welche Personen es sich handelt, wo sie so etwas machen können und wo nicht. Ich finde, da braucht man die Kommunen nicht noch einmal zu belehren und zu sagen: Nun müsst ihr noch einmal.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Bild, das herüberkommt, ist in meinen Augen ein verkehrtes, und es ist, um wieder einmal dieses böse Wort zu gebrauchen, ein Nebenkriegsschauplatz. Der Nebenkriegsschauplatz löst das Problem nicht, das Problem ist die Arbeitslosigkeit, nicht die kommunalen Kassen, die wir sanieren wollen. Das Problem Arbeitslosigkeit müssen wir angehen, und das Hauptproblem, das wir in der Bundesrepublik Deutschland haben, ist, dass die **Lohnnebenkosten** zu hoch sind. Wenn wir uns als Politiker immer darüber unterhalten, wie man die Lohnnebenkosten um 1% oder auch mal 1,2 % senken können, wird dadurch bei Ihnen, Herr Kayenburg, in Ihrem Betrieb keine Massenbewegung für neue Arbeitsplätze geschaffen. Das geschieht nur dann, wenn es mit den Lohnnebenkosten richtig in den Keller geht, wenn wir über 10 % oder 15 % sprechen. Wer mit den Verbänden spricht, der wird genau das hören. Alles andere ist ein Doktern an den Symptomen. Mit einem solchen Antrag, mit sol-

chen Formulierungen haben wir immer nur das Problem, dass wir das auf andere Stellen schieben und sagen: Da muss etwas geschehen, regelt das mal in den Kommunen. Das ist aber nicht das Problem. Das Problem ist, dass wir es bisher nicht geschafft haben, den Mut aufzubringen, unser Sozialsystem komplett zu ändern. Das liegt möglicherweise daran, dass die, die es in den letzten 50 Jahren versucht haben, immer wieder abgewählt wurden, und davor scheut sich natürlich jeder.

(Beifall bei SSW und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Eichelberg.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Wirtschaftsbericht ist im Grunde die Basis für die Strukturpolitik im Land. Wenn man den Wirtschaftsbericht intensiv liest und vor allen Dingen einmal vergleicht mit den Wirtschaftsberichten der vergangenen Jahre, dann merkt man, dass wir wenig tun. Wir stellen fest, haben Statistiken und merken eigentlich gar nicht, dass uns der Strukturwandel mehr vereinnahmt, als wir ihn steuern.

Das **Nord-Süd-Gefälle** nimmt kontinuierlich zu und das muss man schlichtweg sagen. Zwar ist der Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein insgesamt natürlich positiv und bietet alle Möglichkeiten, aber wir haben Probleme, wenn Betriebe der Lebensmittelverarbeitung aus dem Landesteil Schleswig mehr und mehr verschwinden und alles nach Mecklenburg oder nach Süden gekarrt werden muss, um dort veredelt zu werden; dazu kommen die hohen Mautkosten. Dann werden dem Norden Kosten aufgebürdet, die er überhaupt nicht packen kann. Wenn wir ab 2006 überhaupt keine Mittel für die Förderung mehr haben, dann „Gute Nacht, Marie“. Wenn wir heute das Steuer nicht herumreißen, sieht es für den Norden schlecht aus.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Aber für Ausgleichsmaßnahmen, liebe Frau Heinold. Sie werden sich daran erinnern. Die sind bis heute nicht realisiert. Ich will Ihnen mal etwas sagen: Im Süden profitieren wir nicht von der tollen Politik, die hier im Lande stattfindet, sondern von dem Auf-

(Uwe Eichelberg)

bruch, der von Hamburg ausgeht. Das ist eindeutig der Fall.

(Beifall bei der CDU)

Ich meine, mitunter bestehen hier Wahrnehmungsschwierigkeiten, insbesondere wenn jetzt gejubelt wird, dass wir ein vergleichsweise hohes Wachstum haben. So steht es im Bericht. Die Lobhudelei tut ja richtig weh. Meine Damen und Herren, wir waren im letzten Jahr extrem schlecht.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Wenn Sie einmal die letzten zwölf Jahre vergleichen: Die Schere zu den anderen westdeutschen Ländern vergrößert sich. Das heißt, Schleswig-Holstein geht wieder ins Armenhaus zurück, wenn wir nicht ordentlich gegenhalten, vor allen Dingen im verarbeitenden Gewerbe und bei den Dienstleistungen. Eines Tages schneiden wir uns alle selbst die Haare und leben vom Arbeitslosengeld. Das kann es doch nicht sein. Dem verarbeitenden Gewerbe verdanken wir die Exportquoten, die wir haben, obwohl die immer schlechter und schlechter werden. Wir müssen das anders anpacken als bisher und dazu gehört erst einmal eine vernünftige Strukturanalyse und dann schnelle Maßnahmen, damit etwas passiert.

Was mir richtig weh tut, ist im Grunde unsere **Außenhandelsförderung**. Wir haben das im Haushalt immer und immer wieder gefordert: Erhöht die Mittel, sonst brauchen wir in der Tat keine WSH und Außenwirtschaft. Für die paar Mittel brauchen wir die Leute nicht, die das verwalten. Es tut mir weh, wenn wir sehen, was bei Besuchen in den USA herausgekommen ist. Wir haben tolle Ansätze gesehen und viele Möglichkeiten. Und jedes Jahr frage ich mich: Was machen wir? - Wir machen überhaupt nichts. Das ist das Problem, wir schaffen keine Arbeitsplätze, wir beobachten nur, wie sie zerstört werden. Man nimmt dann zur Kenntnis: Die Zuckerfabrik geht weg aus Schleswig, das sind 120 Arbeitsplätze; Copenrath & Wiese macht zu, das sind 120 Arbeitsplätze. Meine Damen und Herren, die Folgewirkungen für die Region sind doch verheerend! Copenrath & Wiese hat allein pro Tag 26 t Sahne verarbeitet. Das hat doch Folgewirkungen für die ganze Region. Das spielt eine große Rolle, und das muss mit betrachtet werden. Und ich hoffe, das wird sich einmal ändern.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren! Verehrte Frau Präsidentin! Lieber Uwe Eichelberg, nach diesem Beitrag musste ich mich noch einmal melden. Wenn ich mir den Antrag der CDU vornehme, und das muss man nach dieser Debatte wirklich einmal machen, dann kritisieren Sie vernichtend die Politik der Landesregierung. Dann sehe ich mir an, was Sie in Ihrem Antrag tatsächlich fordern. Ich fange einmal an aufzugreifen, was da drinsteht: Sie appellieren an Banken und Sparkassen, endlich die **Selbstständigkeit zu unterstützen**. Wissen Sie, die Landesregierung, der Wirtschaftsminister, hat Instrumente aufgebaut, um genau das über die landeseigenen Einrichtungen wie Investitionsbank, Mittelstandsförderungsgesellschaft zu machen.

(Vereinzelter Beifall beim SSW)

Das sind die Fakten. Sie machen einen Appell und schreiben das in einen Antrag hinein.

Sie wollen eine **Bundestagsinitiative zur Lockerung des Kündigungsschutzes** für kleine und mittelständische Betriebe. Ist das etwas, was jetzt der Landesminister machen muss, wo das auf Bundesebene schon längst diskutiert wird? Wenn Ihnen das jetzt endlich einfällt, sind Sie wirklich hinter dem Mond.

(Zurufe von der FDP)

Dann kommen Sie dazu, dass jetzt endlich die Kommunen aufgefordert werden müssten, darauf zu achten, dass **Sozialhilfeempfängern** auf die Verweigerung von zumutbaren Arbeitsangeboten das Geld gestrichen wird. Ich will Ihnen einmal etwas sagen: Erstens machen das viele Kommunen. Zweitens haben die Kommunen ein verdammt Eigeninteresse, möglichst wenig Sozialhilfeempfänger zu haben, weil das eine ihrer drückendsten Lasten ist. Die effizienteste Arbeitsmarktpolitik in diesem Lande – und das ist die Krux - machen die Kommunen und leider nicht die Arbeitsämter, und zwar schon seit langem. Das ist nichts Neues.

Der letzten Punkt, den Sie vorschlagen, das ist wirklich ein Hohn. Da schlagen Sie vor, wir sollen jetzt endlich einmal anfangen, die Ursachen des dramatischen Anstiegs der **Insolvenzen** zeitnah zu analysieren. Sie müssen sich diesen Bericht einmal ansehen, dann können Sie sich mit der Analyse auseinander

(Karl-Martin Hentschel)

setzen. Auf dem Niveau, auf dem Sie hier diskutieren, sind Sie weit hinter der Analyse des Berichtes zurück. Ich werde Ihnen sagen, was daraus folgt: Ihr Antrag ist eine absolut bodenlose Nullnummer. Es steht nichts drin, wirklich nichts!

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Da Sie hier so kräftig die Landesregierung kritisieren, wäre zu erwarten gewesen, dass Sie einen Antrag vorlegen, der wenigstens eine Idee besser ist als das, was Sie sich hier getraut haben vorzulegen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn Sie wirklich glauben, das sei eine Alternative, können Sie in der Wirtschaftspolitik wirklich nichts!

Ich glaube, mit dem, was auf Bundesebene in diesem Jahr angepackt worden ist, sind die Weichen in die richtige Richtung gestellt worden. Ich bin froh, dass der Bundeswirtschaftsminister gesagt hat, wir müssten angesichts der kontinuierlichen Krise, die wir haben, antizyklisch reagieren.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wissen Sie eigentlich, was das heißt?)

Ich finde, das ist ein wichtiger Punkt. Darüber haben wir auch schon lange diskutiert.

Der zweite Punkt ist, dass wir die Frage der **Lohnnebenkosten** endlich ernsthaft anpacken müssen.

(Zuruf von der CDU)

Dazu müssen Sie Beifall klatschen!

Das Problem ist doch, dass die ganzen Jahre - egal unter welcher Regierung - darüber geredet worden ist. Es hat sich aber niemand getraut. Ich bin sehr gespannt und wir werden diese Diskussion verfolgen, wie Sie reagieren.

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

- Ich habe zu dieser Frage immer meine Meinung gesagt. Das wissen Sie alle. Ich habe hier immer meine Meinung deutlich gesagt, auch wenn sie in meinen eigenen Reihen nicht populär war.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich bin gespannt, wie die öffentliche Debatte laufen wird, wenn es ans Eingemachte geht, insbesondere die anstehende Debatte über das Gesundheitswesen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW] - Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: Da sind wir auch gespannt!)

Wir werden sehen, wer dann noch zu der Forderung, die Lohnnebenkosten abzubauen, hier im Haus stehen wird.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Da der Abgeordnete Kalinka eben im Rahmen der Redezeitüberziehung der Regierung nach § 56 Abs. 6 der Geschäftsordnung gesprochen hat, steht ihm jetzt noch nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung ein weiterer Dreiminutenbeitrag zu. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Das war doch eben schon ganz ordentlich! Warum das jetzt wieder schlecht machen?)

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank für die netten Worte.

Herr Kollege Hentschel, wenn Sie hier in Bezug auf unseren Antrag von einer bodenlosen Nullnummer sprechen, muss ich sagen: Herr Hentschel, nicht unser Antrag ist es, sondern allenfalls Ihre Rede!

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei Ihrer Rhetorik klatscht nicht einmal die CDU!)

- Darum habe ich auch nicht gebeten.

(Heiterkeit)

Es ist interessant, diese Debatte hier zu beobachten und zu analysieren. Der Kernpunkt der Debatte ist eigentlich, dass es zwischen SPD und Grünen in mehr als Nuancen erhebliche Unterschiede gibt. Das ist der politische Kern der Debatte. Bei der SPD scheint mir auch bei der Regierung eine Bereitschaft zu bestehen, über eine Reihe von Themen zu sprechen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Zu sprechen!)

- Vielleicht auch möglicherweise zu entscheiden, aber zunächst einmal zu sprechen!

Diese Bereitschaft scheint mir bei den Grünen nicht so ausgeprägt zu sein. Insofern ist es interessant, welche unterschiedlichen Gewichtungen hier deutlich werden.

(Werner Kalinka)

Herr Kollege Hentschel, wir haben hier nicht ohne Grund das Thema Kündigungsschutz angesprochen. Es interessiert uns schon, auf welcher Seite diese Koalition und die Regierung stehen. Stehen sie auf der Seite von Herrn Clement oder auf der des SPD-Landesvorsitzenden Thönnies, der genau diese Vorschläge versuchte abzubügeln.

(Günter Neugebauer [SPD]: Wo stehen Sie denn - bei Merkel oder bei Stoiber?)

- Wir haben unsere Auffassung hier gesagt, die steht hier drin. Unsere Auffassung steht hier drin und wir bitten Sie, sich auch zu positionieren. Unterstützen Sie Herrn Clement oder Herrn Thönnies, das ist die politische Frage, um die es hier geht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie wissen ganz genau, dass wir Sie um diese Antwort bitten.

Herr Kollege Hentschel, noch ein letzter Punkt: Nicht wir haben als CDU gesagt, wir appellieren an die Banken - -

(Unruhe)

- Herr Kollege!

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, aber die Diskussionskultur der Grünen müsste doch zumindest auch beinhalten, dem anderen das Ohr zu schenken, wenn man ihn beschimpft.

(Beifall bei CDU und FDP)

Nicht wir als CDU haben gesagt, wir appellieren an die Banken. Wir wissen, dass die Landesregierung hier einiges tut. Wir haben in unserem wohl überlegten Antrag formuliert: „Der Landtag appelliert“. Wir wissen, dass das durchaus keine Selbstverständlichkeit ist. Herr Kollege Hentschel, hier geht es nicht um die CDU, hier geht es darum, die Notwendigkeit durch den Landtag zu untermauern. In der Sache sind wir uns doch sicher einig. Das größte Problem für viele Existenzgründungswillige ist, dass sie heute für 50.000 DM oder 30.000 € überhaupt keinen oder nur unter großen Schwierigkeiten einen Kredit bekommen. Das ist das Problem, das die Leute haben. Wir wissen, dass unsere Instrumentarien sehr begrenzt sind. Das ist völlig klar. Aber wir wollen, dass der Landtag mit seiner Autorität ganz deutlich sagt: Kreditinstitute, helft wo ihr könnt! Ein solcher Appell ist nicht nur nicht negativ, er ist positiv. Es geht hier nicht um die CDU, sondern es geht um einen Appell des Landtages.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich muss noch ein paar Dinge klarstellen.

Zum Kündigungsschutz: Wir Grüne haben immer Vorschläge zur Lockerung des Kündigungsschutzes für kleinere und mittlere Betriebe gemacht. Wir sind immer für eine Liberalisierung eingetreten, weil die starre Grenze von fünf Arbeitnehmern - dann tritt der volle Kündigungsschutz ein - eine Regelung ist, die sich nicht als praktikabel erwiesen hat. Wir haben allerdings Bedenken - das sage ich auch -, wenn es darum geht, die Kündigungsschutzzeiten für ältere Arbeitnehmer zu senken, sodass Arbeitnehmer mit 57 Jahren, die zurzeit einen dreijährigen Kündigungsschutz haben, plötzlich nur noch die Hälfte haben. Es ist die Frage, ob sie dadurch anschließend wieder schneller einen Arbeitsplatz finden. Ich denke, das ist ein Problem, das man ernst nehmen und mit dem man sich noch einmal sorgfältig beschäftigen muss. Soviel zur Frage Kündigungsschutz.

(Klaus Schlie [CDU]: Immerhin!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ebenfalls zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält der Herr Abgeordnete Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte es ganz kurz machen, aber das, was der Kollege Kalinka gesagt hat, lässt mich doch nicht ruhen. Es ist ganz wichtig, eine Struktur in die Debatte hineinzubekommen.

Was wir auf Bundesebene brauchen, ist die Senkung der Lohnnebenkosten. Darauf bin ich schon eingegangen. Das Zweite ist: Wir haben auf Bundesebene das Hartz-Konzept, das jetzt umgesetzt werden soll. Erst wenn dieses Konzept umgesetzt worden ist und wir eruiert und geguckt haben, was dabei am Ende herausgekommen ist, können wir uns über weitere Maßnahmen Gedanken machen. Diese Flickschusterei, immer ständig in die öffentliche Debatte irgend-

(Lars Harms)

etwas Neues hineinzuwerfen - Sozialabbau, Kündigungsschutz oder was weiß ich -, ist für mich ein Problem. Wir sollten jetzt das Hartz-Konzept umsetzen und am Ende schauen, was dabei herauskommt.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Lars Harms [SSW]:

Nein, leider nicht. Meine Zeit ist begrenzt und ich möchte noch unseren Wirtschaftsminister loben.

(Heiterkeit und Beifall bei SSW und SPD)

Herr Kalinka, Sie haben vorhin gesagt, es sei ganz, ganz wichtig, dass hier im Land auch etwas passiert - so sinngemäß. Damit haben Sie Recht. Aber dann müssen wir natürlich auch die Wirtschaftspolitik des Landes - nur um die geht es hier - entsprechend unter dem Gesichtspunkt bewerten, was man ankündigt und was man tun will. Die Landesregierung hat angekündigt, sie wolle weg von der Monostruktur unserer Wirtschaft, wie wir sie bisher hatten. Sie möchte sie umwandeln, sie möchte die regenerative Form fördern, sie möchte Umwelttechnik fördern, sie möchte neue Medien fördern, und sie möchte die Gesundheitswirtschaft fördern. Wir konnten feststellen, in vielen dieser Bereiche ist es auch aufwärts gegangen. Das ist nun einmal so. Natürlich kann ich mich auch darüber beklagen, dass es der Bauwirtschaft schlecht geht. Das war aber nicht ein Hauptteil der groß angekündigten Politik - jedenfalls nicht der, die im Jahr 2000 angekündigt wurde. Insofern muss man schon darauf schauen, inwiefern die Wandlung innerhalb unserer Wirtschaftsstruktur fortgeschritten ist oder nicht.

In diesem Zusammenhang ist zum Beispiel die Exportquote ein ganz wichtiger Faktor, weil wir immer gesagt haben, dass wir von der Binnenkultur zu abhängig sind. Geht es Deutschland schlecht in der Binnenkultur, geht es uns noch schlechter. Das spüren wir immer wieder. Nun kommt da etwas in Gang und nun schaffen wir es, die Exporte voranzutreiben. Ich finde, dann darf man das auch einmal loben. Das ist dann in Ordnung.

Ich finde, wir müssen die Politik an dem messen, was als Schwerpunkte gesetzt worden ist. Die Schwerpunkte sind a) gut gesetzt worden und b) muss ich aus meiner Sicht sagen, dass dort auch Erfolge vorzuweisen sind, die wir alle im Wirtschaftsbericht nachlesen können.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit schließe ich die Beratung.

Es ist deutlich geworden, dass die Anträge und Berichte zusammen im Wirtschaftsausschuss und im Sozialausschuss in Absprache miteinander behandelt werden sollen.

Vor diesem Hintergrund lasse ich zunächst über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2443, die Absätze 1 und 2 abstimmen. Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Absatz 3!)

- Ja, über die Absätze 1 und 3. Es ist beantragt worden, federführend in den Sozialausschuss und mitberatend in den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Dann lasse ich über den Bericht der Landesregierung zur dramatischen Lage auf dem Arbeitsmarkt abstimmen. Auch hier ist die Überweisung federführend in den Sozialausschuss und mitberatend in den Wirtschaftsausschuss - mit der Bedingung, dass gemeinsam beraten werden soll - beantragt worden. Das war der Antrag. Ich lasse hierüber abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so angenommen.

Dann lasse ich darüber abstimmen, den Bericht der Landesregierung - Wirtschaftsbericht -, Drucksache 15/2550, an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Bundesverkehrswegeplan und A 20

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2564

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2589

Bericht der Landesregierung

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

Mit dem Antrag der Fraktion der FDP wird ein Bericht in dieser Tagung beantragt. Ich schlage daher vor, dass zunächst der Herr Minister, Professor Rohwer, den Bericht gibt. Ich sehe keinen Widerspruch. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist eigentlich ein bisschen schade, dass die Redezeit zu diesem Thema jeweils nur fünf Minuten beträgt;

(Beifall bei CDU und FDP)

der Bundesverkehrswegeplan ist meiner Ansicht nach für die nächsten Jahre für Schleswig-Holstein einer der wichtigsten strukturpolitischen Meilensteine.

(Beifall bei der SPD)

Bevor hier oder anderswo im Lande Märchen erzählt werden, möchte ich gern einige Dinge klarstellen.

Erstens. Der bisherige Entwurf des Bundesverkehrswegeplans, der noch in eine Kabinettsberatung des Bundes und anschließend in eine parlamentarische Beratung im Bundestag münden wird, enthält einen Großteil der **prioritären Projekte**, die wir in Schleswig-Holstein gemeinsam immer definiert haben. Ich erinnere an die A 20 - ich gehe gleich etwas näher darauf ein -, von der Abschnitte im Bundesverkehrswegeplan in den vordringlichen Bedarf eingestuft sind. Die Sechsspurigkeit der A 7, die wir vor einigen Jahren noch nicht in dieser Klarheit hatten, ist im Bundesverkehrswegeplan enthalten. Ich nenne auch den Ausbau der A 21, die Fortsetzung des Ausbaus der A 1, wichtige Ortsumgehungen, übrigens auch an der Westküste.

Was die **Schiene** angeht, so ist die Elektrifizierung als unser wichtigstes Projekt, das auch nicht immer gesichert war, eindeutig im vordringlichen Bedarf verankert. Als weitere Maßnahmen sind die Strecken Neumünster-Oldesloe und Lübeck-Hagenow zu nennen. Das muss man erst einmal feststellen, um klarzumachen, dass es hierbei nicht um Entweder-oder, sondern darum geht, am Schluss den richtigen Bundesverkehrswegeplan zu haben. Ich meine, wir haben immerhin schon 80 % der Strecke zurückgelegt.

Zweitens. Schleswig-Holstein - das war nicht immer klar - verbessert sich gegenüber dem alten Bundesverkehrswegeplan in finanzieller Hinsicht. Darüber hinaus verbessert sich Schleswig-Holstein bei der **Quote**. Man könnte wünschen, dass es noch ein bisschen mehr wäre. Aber ich halte einmal fest, dass wir uns mit diesem Bundesverkehrswegeplan verbessern.

Drittens. Es gibt Nachbesserungsbedarf; das habe ich verschiedentlich gesagt. Das bezieht sich vor allem auf zwei, drei Punkte betreffend die A 20; dazu sage ich gleich im Einzelnen etwas. Es bezieht sich, wenn ich mir die Liste dessen anschau, was bei uns besonders vordringlich ist, auf die Ortsumgehung Schwarzenbek. Es bezieht sich auf mehrere **Schiennenmaßnahmen**, gerade auch an der **Westküste**. Es bezieht sich auf Klarstellungen zum Elbe-Lübeck-Kanal und insgesamt auf die von den Koalitionsfraktionen vorgelegte Liste, in der vordringliche Maßnahmen enthalten sind, die leider nicht alle im Bundesverkehrswegeplan verankert sind.

Lassen Sie mich die kurze Zeit nutzen, um einige Klarstellungen betreffend die **A 20** vorzunehmen. Die A 20 kommt. Das lasse ich mir, lassen wir uns von einem grünen Bundestagsabgeordneten nicht infrage stellen.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und SSW)

Ich sage an dieser Stelle ganz deutlich: Ich stehe auch persönlich dazu, dass die A 20 kommt und dass sie schnell kommt. Ich bin auch sicher, dass sie kommt; sonst würde ich das nicht in dieser Form sagen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Joachim Behm [FDP] - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Herr Kayenburg, ich bitte Sie, bevor Sie sich zur A 20 äußern, wie Sie es vorhin in einem Satz getan haben, folgende Fakten zur Kenntnis zu nehmen: Erstens. Die A 20 auf schleswig-holsteinischem Gebiet bis zur A 1 bei Lübeck ist teilweise fertig, teilweise im Bau. Die Baumaßnahmen werden im nächsten Jahr abgeschlossen.

Zweitens. Die Fortsetzung der Planung des **Abschnitts von Lübeck bis Bad Segeberg** ist voll im Zeitplan. Es wird mit massivem Zeiteinsatz daran gearbeitet, dass die Pläne so rechtzeitig vorgelegt werden, dass im nächsten, spätestens im übernächsten Jahr mit dem Bau begonnen werden kann und dass der Abschnitt bis Segeberg im Jahre 2008 fertig ist. Das war nicht immer so klar, Herr Kayenburg.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

- Jetzt nehmen Sie das doch einmal zur Kenntnis und freuen Sie sich darüber, dass eine der wichtigsten Maßnahmen konkret vorankommt.

(Beifall bei der SPD - Dr. Heiner Garg [FDP]: Wenn sie fertig ist, freue ich mich darüber!)

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

- Man sollte sich nicht immer nur dann freuen, wenn etwas fertig ist; vielmehr sollte man sich auch freuen, wenn etwas vorankommt, Herr Garg; denn das Wichtige ist, dass etwas vorankommt und dass wir nicht immer nur reden.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

- Jetzt hören Sie vielleicht einmal kurz zu, damit wir wenigstens die Fakten abgleichen.

Drittens. Die A 20 von der A 7 bis zur A 26 auf **niedersächsischem Gebiet**, das heißt mit Elbquerung, mit Anschluss in Niedersachsen, ist im vordringlichen Bedarf enthalten und auch finanziell entsprechend unterlegt. Es ist ein Sternchen dabei.

(Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: Und was für eines! - Joachim Behm [FDP]: Steenblock-Sternchen!)

Dieses Sternchen - das wissen Sie - gefällt mir nicht. Ich sehe es auch nicht ein. Wir haben alle ökologischen Prüfungen vorgelegt. Das Sternchen gilt zurzeit pauschal für nahezu alle Neubauprojekte von Autobahnen in Deutschland. Das ist das pauschale Umweltsternchen, das aus dem BMU kommt. Schleswig-Holstein ist sicher, dass nach den Vorarbeiten dieses Sternchen nicht mehr gebraucht wird, dass es abgearbeitet ist. Das Bundesverkehrsministerium sieht das genauso. Ich gehe davon aus, dass das Sternchen nicht bleibt.

(Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: Warum haben wir das Sternchen denn?)

Viertens. Was die Fortsetzung der A 20 auf niedersächsischem Gebiet und den **Anschluss** an die **A 26** angeht, so ist das leider nur die Hälfte dessen, was wir brauchen. Die andere Hälfte liegt in Niedersachsen bisher leider auf Eis.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister, kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Sofort. - Da bitte ich Sie - das sage ich in Richtung FDP und CDU - um Ihre Unterstützung, damit dort eine klare Entscheidung für die A 20 mit einer schnellen A 1-Anbindung getroffen wird.

Zum **Abschnitt** zwischen **Segeberg** und der **A 7** sage ich Ihnen abschließend Folgendes: Wir haben diesen Abschnitt für den vordringlichen Bedarf angemeldet. Wir haben immer gesagt, dass er von der Dringlichkeit, auch von den Verkehrswerten her, in der Zeit-

folge der Letzte sein kann. Ich sehe nach den Gesprächen auch insoweit konstruktive Möglichkeiten, noch Verbesserungen zu erreichen.

Lassen Sie uns jetzt gemeinsam dafür kämpfen, dass alle Bundestagsabgeordneten, alle CDU-Gruppierungen - auch an der Westküste - nicht mit unrichtigen Behauptungen an die Öffentlichkeit gehen, sondern sich stattdessen an die Bundesregierung und meinetwegen auch an mich wenden, damit wir diese Dinge abgleichen. Es ist manches in der Presse falsch berichtet worden. Das kann uns gemeinsam nicht dienen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister, kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

In diesem Sinne bitte ich Sie um Ihre Unterstützung in diesem hohen Haus, damit wir diese vorrangigen Projekte gemeinsam so verankern.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke dem Herrn Minister für den Bericht und eröffne die Aussprache. Ich erteile zunächst der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, vielen Dank für diesen Bericht. Ich gebe Ihnen übrigens Recht: Wir hätten gut und gern jeweils zehn Minuten darüber sprechen können. Ich hatte das in meiner Fraktion beantragt. Bedauerlicherweise hat der Ältestenrat es anders beschieden.

Der neue **Bundesverkehrswegeplan**, der - Sie haben es gesagt - erst im Entwurf vorliegt, wird bis zum Jahre 2015 weitgehend die wichtige Verkehrsinfrastruktur im Lande festschreiben. Wir sind in dem Entwurf von den **Quoten** und den absoluten Zahlen her besser bedacht worden als vorher; das ist richtig, Herr Minister. Aber letztlich schneiden wir - das ist das, was mich wirklich umtreibt -, gemessen an dem, was Sie, Herr Minister, in diesem Lande immer angekündigt haben, erheblich schlechter ab.

Herr Minister, nach der Kabinettsreform sind Sie zum so genannten Superminister in Schleswig-Holstein ernannt worden. Manche - ich habe das der Presse entnommen - nennen Sie auch Ankündigungsminister. Ich wünsche mir von ganzem Herzen, dass Sie nicht der Superankündigungsminister werden. Die

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Gefahr besteht leider zweifellos, insbesondere wenn man die Entwicklung zur **A 20** betrachtet. Seit mehr als einem Jahrzehnt wird sie von der Landesregierung als das wichtigste Infrastrukturprojekt für Schleswig-Holstein angekündigt - zu Recht. Aber jetzt, da es um das Handeln geht, ist das Projekt - ich bedauere das außerordentlich - nach allem, was zu hören ist, schon fast - ich betone: fast - gescheitert, und zwar sehr zur Freude

(Zuruf des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD])

- lieber Kollege Schröder, wir werden uns wieder sprechen - des kleinen Koalitionspartners.

Ich sagte es schon. Alle Statistiken belegen, dass die Grünen hier im Land die Wirtschafts- und die Wohlstandsbremse sind.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie haben das mit Ihren Bemerkungen zum Bundesverkehrswegeplan ganz klar demonstriert. Herr Minister, Sie erwähnen das Sternchen. Sie haben ja Recht. Das Sternchen ist da und ich weiß, dass Sie, Ihr Ministerium und alle anderen daran gearbeitet haben, dass die notwendigen - auch die ökologischen - Untersuchungen vorangetrieben werden. Darüber sind wir froh. Ich frage Sie aber: Wozu ist dieses Sternchen ausgerechnet bei diesem Teilstück noch vermerkt? Das hat doch eine Bedeutung. Für mich ist das mehr als ein Sternchen. Für mich bedeutet es, dass es nach wie vor einen Vorbehalt gibt.

Im Entwurf zum Bundesverkehrswegeplan sind wesentliche Teile der A 20 nur so gering eingestuft, dass das Projekt gescheitert wäre, wenn es nicht gelänge, diese Teile noch hochzustufen. Zwischen **Bad Segeberg** und der **A 7** ist die A 20 nur im weiteren Bedarf vorgesehen. Das bedeutet, dass der Bund bis 2015 hierfür kein Geld ausgeben wird. Folglich wird nicht gebaut. Die großräumige Umfahrung Hamburgs unterbliebe.

In Niedersachsen ist die Anbindung der A 20 an die **A 1** und damit an das vorhandene Verkehrsnetz ebenfalls nur im weiteren Bedarf angesetzt. Mit anderen Worten: Keine Anbindung der A 20 an die A 1 bis 2015. Diese Anbindung ist aber entscheidend für die privat zu finanzierende Elbquerung.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Sehr geehrte Frau Kollegin Heinold, Sie verstehen davon offensichtlich nichts. Ihre Äußerungen haben das immer wieder gezeigt!

(Beifall bei FDP und CDU - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Kollege Hentschel, wir sind hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich spreche hier für Schleswig-Holstein und nicht für Niedersachsen!

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Hentschel, ich hatte Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke das Wort erteilt.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Herr Kollege Hentschel, wir haben in Schleswig-Holstein ein massives Interesse daran, dass in Schleswig-Holstein die **A 1** und die **westliche Elbquerung** gebaut werden. Es ist wichtig, dass es in Niedersachsen eine Anbindung gibt. Sonst bleibt alles auf der A 26 stecken, das wissen wir doch!

(Beifall bei FDP und CDU - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Kollege Hentschel, vor das Stück von der A 7 bis zur Elbquerung hat der Bundesumweltminister, der ein grüner Umweltminister ist, seinen grünen Stern gesetzt. Auch dieser Abschnitt ist gefährdet. Dadurch würde der Elbquerung erstens die Anbindung im Norden fehlen. Zweitens entfielen die regionalen Vorteile der A 20 für die Entwicklung der Westküste.

(Beifall bei FDP, CDU und SSW)

Wenn alles so bliebe, hätten die Grünen sich voll durchgesetzt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Pfui Teufel!)

Die Landesregierung und insbesondere der Verkehrsminister wären wie üblich bei vollmundigen Ankündigungen geblieben. Die sinnvolle Anbindung der **europäischen Ostseeautobahn A 20** an Mitteleuropa bliebe ein Traum. Herr Kollege Schröder hat am 24. März erklärt, dass die SPD-Fraktion den Verkehrsminister dabei unterstützt, die A 20 in Schleswig-Holstein uneingeschränkt in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes aufnehmen zu

(Christel Aschmoneit-Lücke)

lassen. Wir unterstützen dies uneingeschränkt und hoffen, dass Sie sich in diesem Fall durchsetzen.

(Beifall bei FDP, CDU und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Schröder das Wort.

Bernd Schröder [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Um es gleich von Anfang an klipp und klar zu sagen: Die **A 20** ist mit einer Elbquerung bei Glückstadt das wichtigste verkehrliche Infrastrukturprojekt Schleswig-Holsteins.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Die A 20 ist ein Projekt, das wir so zügig wie nur möglich realisieren wollen, weil es für die Wirtschaft und die überregionale Verkehrsanbindung unseres Landes von herausragender Bedeutung ist. Das gilt insbesondere auch für das Teilstück von der **A 7** über die **Elbquerung** bei **Glückstadt** bis zur Anbindung an die A 1. An dieser Einschätzung ändern auch gewisse Irritationen nichts, die es gerade in den jüngsten Tagen um die Realisierungschancen der A 20 gegeben hat. Ich werde darauf noch deutlich zu sprechen kommen.

Um auch das klar zu sagen: Auch der Bundesverkehrswegeplan gibt keinen Anlass, an der Bedeutung der A 20 zu zweifeln. Im Gegenteil, im vorliegenden Entwurf des Bundesverkehrswegeplans werden die A 20 und die Elbquerung als vordringlich eingestuft. Lediglich der Abschnitt zwischen der A 21 bei Bad Segeberg bis zur A 7 ist für den so genannten weiteren Bedarf vorgesehen. Auch hier unterstützen wir unseren Wirtschaftsminister in seinen Bemühungen, diesen Abschnitt in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans hineinzubekommen. Dass der Bedarf für die A 20 im Entwurf des Plans mit besonderem naturschutzfachlichem Planungsauftrag ausgewiesen ist, wird das Projekt unserer Meinung nach weder verzögern noch verhindern. Diese Fußnote steht übrigens in fast allen neuen Autobahnprojekten der Bundesländer. Die von uns favorisierte Variante ist die ökologisch verträglichste, wie es umfangreiche Umweltverträglichkeitsstudien und FFH-Verträglichkeitsprüfungen ergeben haben.

Mit diesen intensiven Untersuchungen erfüllen wir den jetzt geforderten naturschutzfachlichen Planungsauftrag unserer Meinung nach schon jetzt. Wir unterstützen daher auch hier den Wirtschaftsminister in seinem Bemühen, diese Fußnote aus dem endgültigen Bundesverkehrswegeplan streichen zu lassen. Wer

sich jedoch in die Öffentlichkeit begibt und diesen Entwurf des Bundesverkehrswegeplans dahingehend auslegt, dass die A 20 bei **Bad Segeberg** endet und eine **Fortführung** mit einer Elbquerung bei Glückstadt einschließlich einer Anbindung in Niedersachsen überhaupt nicht mehr in Frage kommt, muss unter erheblichen Realitätsstörungen leiden, Tagträumereien anhängen und dazu noch völlig vergessen haben, dass er persönlich den Koalitionsvertrag mit unterschrieben hat. Ich sage das von dieser Stelle aus ganz deutlich.

(Beifall bei SPD und FDP - Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: Die Grünen haben das öffentlich gesagt!)

Ich zitiere:

„Die Prioritäten im Rahmen des Bundesverkehrswegeplans für die kommenden fünf Jahre sind unter anderem die Weiterführung der A 20 einschließlich der Elbquerung westlich von Hamburg.“

Auch wenn Herr Steenblock nicht mehr Mitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Schleswig-Holsteinischen Landtag ist, wird er damit seiner Verantwortung nicht gerecht. Er schadet unserem Land und gefährdet die Zukunftschancen Schleswig-Holsteins.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und SSW - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Kollegin Fröhlich, irgendwann ist meine Schmerzgrenze erreicht. Deshalb sage ich das auch für meine Fraktion. Frau Kollegin Aschmoneit-Lücke, den FDP-Antrag in allen Ehren, aber so wichtig die A 20 auch ist, der Bundesverkehrswegeplan umfasst nicht nur die A 20, sondern eine Vielzahl von für Schleswig-Holstein besonders bedeutenden Projekten für den Zeitraum von 2003 bis 2015. Der Landesregierung - und besonders dem Wirtschafts- und Verkehrsminister Dr. Rohwer - ist es zu verdanken, dass diese Projekte, die in unserem gemeinsamen Antrag zusammengefasst und dokumentiert werden, in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans aufgenommen worden sind.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag unterstreicht mit der Beschlussfassung über unseren Antrag neben der wichtigen A 20 die besondere Bedeutung auch der Maßnahmen und Projekte im Bereich des **Straßen-, Schienen- und Schifffahrtswegeausbaus** insgesamt. Wir unterstützen die Bemühungen der Landesregierung, in Berlin die für uns in Schleswig-Holstein noch offenen Fragen zum endgültigen Bundesverkehrswe-

(Bernd Schröder)

geplan nachzuverhandeln. Das gilt zum Beispiel für die Westumgehung Schwarzenbek.

Herr Kayenburg, wir sind jedem dankbar, der uns dabei Hilfe anbietet, wie zum Beispiel Herrn Carstensen, dem neuen CDU-Landeschef, der der Landesregierung in einem Ihnen bekannten Leserbrief seine Unterstützung ausgesprochen hat.

(Zuruf des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

- Herr Harms, auch Sie sollten ihn kennen. Wir fordern ihn und die CDU-Fraktion auf, Ministerpräsident Wulff und die niedersächsische CDU dazu zu bewegen, die Anbindung der A 20 an die A 1 zur Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan in Berlin anzumelden. Herr Kayenburg, dies wäre in der Tat eine tatkräftige Unterstützung durch die CDU. Wir könnten damit im norddeutschen Raum die Kräfte bündeln und gemeinsam für unser Land wichtige Zukunftsweichen stellen.

(Beifall bei SPD und FDP sowie vereinzelt bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Eichelberg das Wort.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt, wie wir gehört haben, außer den Grünen niemanden im Saal, der die Vorlage dieses Bundesverkehrswegeplans nicht mit Bedauern entgegengenommen hat. Ich habe gewisse Zweifel, ob die Ernsthaftigkeit der beiden Unterschriften wirklich das dokumentiert, was vor Ort gemacht wird; denn von dem Protest der Fraktion der Grünen gegen die Äußerungen von Herrn Steenblock habe ich nirgendwo etwas gelesen oder gehört. Also misstraue ich dem Ganzen.

(Joachim Behm [FDP]: Ganz im Gegenteil!)

Auf der anderen Seite frage ich mich bei dem engen Kontakt, der zwischen den Wirtschaftsministern bestand: Wie konnten die Sternchen überhaupt in den Referentenentwurf hineinkommen, wenn das wirklich ein solches Projekt ist? Ich zweifle auch daran.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es macht mich in der Rückschau geradezu zornig, dass der Ausbau der **A 20** in dieser Koalition von den Grünen kontinuierlich torpediert worden ist. Es gab immer wieder neue Verzögerungen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir schaffen wenige Kilometer von Lübeck bis zur ehemaligen Grenze, das heißt zu Mecklenburg, nicht. Aber demnächst werden in **Mecklenburg** ein paar Hundert Kilometer Straße eröffnet. Das ist doch eine Schande für unser Land. Eben ist richtig ausgedrückt worden, was Bernd Schröder gesagt hat.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es ist wirklich wahr: Wenn man mit Leuten redet, hört man, dass es sich um einen schweren Vertrauensschaden handelt, der auf unserem Land lastet. Die Wirtschaft glaubt uns doch gar nicht mehr, was wir sagen und politisch definieren. Das bedeutet eine Zerstörung der Zukunftschancen unserer Kinder. Bernd, du hast es ganz deutlich gesagt. Aber das kann man so nicht hinnehmen.

Nebenbei gesagt: Ich erinnere mich - es tut mir Leid, Martin - an das Gesülze über die Radwege, das letztes bei uns im Wirtschaftsausschuss stattfand. Das ist aber doch nicht mehr hinzunehmen. Es werden neue Programme aufgelegt, aber wir haben nicht einmal das Geld, um Radwege zu reparieren. Mein Gott, in was für einer Welt sind wir überhaupt! Wo sollen wir denn die Schwerpunkte setzen?

(Beifall bei CDU und FDP)

Allerdings muss ich sagen: Ich hatte schon etwas Argwohn, dass mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan etwas Übles auf uns zukommt. Es gab nicht nur Verzögerungen immer vor den Wahlen, wo man schon drei Jahre lang - immer weiter verschob, sondern wenn man auf Tagungen ist, wo sich die Straßenbauingenieure treffen und sich vor allem Fachleute aus dem Bundesverkehrsministerium äußern, kann man ahnen, dass viele von den Lobpreisungen, die wir vor den Wahlen im Gespann Dr. Rohwer mit den jeweils schnell wechselnden Bundeswirtschaftsministern hörten, eigentlich nur Wahlgeschenke sein sollten. Die Zahlen stimmten für die Fertigstellung einfach nicht mehr. Die lassen sich auch nicht durchziehen.

Bei jedem ersten Spatenstich im Lande wurden wieder neue Projekte angekündigt. Da war ich immer recht skeptisch, Herr Minister Rohwer. Ich glaube die Dinge nicht.

Und das ist das Schlimmste: Auch die Menschen vor Ort glauben dem nicht mehr, weil sich immer wieder Verzögerungen einstellen. Es berührt einen nicht mehr, wenn immer nur Hoffnungen geweckt werden, die dann nicht erfüllt werden können.

Summa summarum: Wir schließen uns dem Antrag der FDP natürlich an. Er ist ein konstruktiver Beitrag. Man muss sogar sagen: Den zweiten Teil kann man

(Uwe Eichelberg)

heute praktisch als Resolution verabschieden, denn da haben wir eine Einheitlichkeit festgestellt. Die Fraktionen müssen das durchsetzen. Auch die CDU-Bundestagsabgeordneten haben sich eindeutig dahin erklärt, unseren Minister bei dem Projekt für Schleswig-Holstein zu unterstützen, weil es so dringend ist. Daher müssen alle Parteigrenzen überwunden werden. Dabei muss natürlich auch an die Nachbarländer gedacht werden. Wir müssen es schaffen, mit aller Kraft uns einzusetzen und mit einer Zunge zu reden. Die Hamburger haben schon gesagt, dass sie die Sache auf jeden Fall unterstützen werden.

Es darf keinen Zweifel geben: Die A 20 ist das dominierende Verkehrsprojekt, das wir brauchen, um nicht nur den **Verkehr nach Skandinavien** vernünftig abzuwickeln, sondern auch den Verkehr, der aus dem Osten kommt. Wir müssen auch die Infrastruktur Schleswig-Holsteins gerade an der **Westküste** stärken. Das weiß jeder. Herr Dr. Rohwer, auch Sie haben das ja immer wieder gesagt.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Abwägungen, die im Rahmen der **Trassenauswahl** vorgenommen wurden, die ökologischen Aspekte berücksichtigen. Deswegen verstehe ich überhaupt nicht, dass irgendjemand in Berlin daran zweifelt, dass das nicht entsprechend untersucht wurde. Das lässt bei mir das Misstrauen entstehen, ob wir uns in Berlin überhaupt richtig artikulieren können und ob man uns dort überhaupt zuhören will.

Wir müssen natürlich auch Beweise erbringen. Denn in der Bevölkerung gibt es eine starke Skepsis: Können wir wirklich die **privat finanzierten Baumaßnahmen** der festen **Fehmarn-Belt-Querung** durchziehen? Ist das nicht etwa nur eine Fata Morgana?

Können wir beweisen, dass der zweispurige Ausbau der **Bahnstrecke** Neumünster-Segeberg, die Stärkung des Ausbaus des Eisenbahnknotens bei Elmshorn sowie der Umbau des Bahnhofs Eidelstedt, von dem wir laufend sagen, dass er dringend kommen muss, auch umgesetzt werden? Das muss in den Bundesverkehrswegeplan als **dringlicher Bedarf** hineinkommen. Das muss auch erhalten bleiben, ohne dass die feste Fehmarn-Belt-Querung kommt. Diese Projekte braucht man auf jeden Fall.

Genauso brauchen wir die Elektrifizierung der Marschenbahn. Sie haben das ja deutlich betont, Herr Minister. Sie ist zwingend notwendig.

(Zuruf: Das heißt „Marschbahn“!)

- Marschbahn, gut.

Wir müssen auch beweisen, dass die **Westküstener-schließung** über die **B 5** teilweise mit verschränkter

Dreispurigkeit beschleunigt ausgebaut werden muss. Wie lange die Planungen an den einzelnen Ortsumgehungen erfolgen, ist für mich fast nicht mehr nachzuvollziehen. Alle anderen Bundesländer haben die Schubladen voll von planfestgestellten Maßnahmen. Aber wir haben überhaupt nichts vorzulegen. Das ist etwas, was ich überhaupt nicht verstehen kann.

(Beifall bei CDU und FDP)

Jahrelang stand auch die **Ortsumgehung** von **Marne** im vordringlichen Bedarf, und nun ist sie einfach durch die Klappen gefallen. Das geschah ohne Kommentar. Wieso?

Meine Damen und Herren, Hamburg bewirbt sich um **Olympia 2012**. Alle unterstützen das. Als „strategische Vorleistung“ wird erst einmal die Verbindung der B 404 als A 21 zwischen der Lübecker Autobahn und der Berliner Autobahn gestrichen. Das ist aber doch ein dringender Abschnitt, der eben sein muss. Wie wollen Sie die Olympischen Spiele abwickeln, wenn der Verkehr Hamburg verstopft ist? Das ist doch eine Katastrophe.

(Beifall bei CDU und FDP)

Große Sprüche wurden vor zwei, drei Jahren bezüglich des **sechsspurigen Ausbaus** der **A 23** bis Pinneberg gemacht. Jetzt redet kein Mensch mehr darüber, obwohl es dort Staus gibt. Aber Gott sei Dank fährt von dort niemand, wenn er nach Kiel will. Immerhin ist das ein Problem. Wir packen es nicht an. Aber da können Sie machen was Sie wollen: Den Verkehr gibt es.

Wenn die **Planungen**, die uns vorgelegt wurden, allein für den **Transitverkehr** ein Wachstum von nahezu 140 % darlegen, dann müssen wir erkennen, dass wir den Verpflichtungen überhaupt nicht nachkommen. Ich wundere mich überhaupt nicht, wenn die Skandinavier trommeln und trommeln und in Brüssel Ärger machen werden. Der Bund kann das dann nicht verhindern. Die A 20 ist das große Problem. Wir sollten versuchen, daran mit aller Kraft zu arbeiten, dass wir als Brückenland bestehen. Mit voller Kraft aller Parteien würden wir es schaffen, dort für die Zukunft unseres Landes etwas zu machen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den Ärger der FDP über die grüne Wirtschaftspolitik kann ich durchaus verstehen. Haben doch bei der Bundestagswahl zum ersten Mal in der Geschichte der Republik mehr Unternehmer und Selbstständige den Grünen ihre Stimme gegeben als der FDP. Das war ein deutliches Signal.

Über den Beitrag des Kollegen Eichelberg kann ich mich allerdings nur wundern. Wir waren uns doch einig, dass wir diesmal nicht wieder eine „Weihnachtsmannliste“ als **Bundesverkehrswegeplan** aufstellen wollen, sondern einen durchfinanzierten Plan bis 2015. Was Sie gemacht haben, besteht doch nur darin, wieder genau das zu erzählen, was wir 1992 schon hatten. Sie sagen nämlich, Sie wollen alles haben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Reden Sie doch einmal zum Thema!)

Wir haben Prioritäten gesetzt, und zwar ganz bewusst. Wir haben uns auf Prioritäten geeinigt.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Kollege Garg, die Geschäftsleitung liegt bei mir!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Die Bundesregierung hat ein eigenes **Bewertungsverfahren** gemacht, weil sie nicht wollte, dass die Wunschlisten der Länder sozusagen einfach addiert werden, sondern nach objektiven Kriterien bewertet wird, was vorgelegt worden ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich mache einige Anmerkungen zu dem, was wir vorgelegt haben.

Der wichtigste **Verkehrsträger** im Güterverkehr ist das **Schiff**. Es hat an den Transportleistungen mit Abstand den höchsten Anteil. Deswegen ist die Aufnahme des **Nord-Ostsee-Kanals** und der Hinterlandanbindungen zu unseren Häfen und des Ausbaus des **Elbe-Lübeck-Kanals** ein ganz entscheidender Fortschritt. Das war bisher nicht im Bundesverkehrswegeplan enthalten. Es ist also neu.

Die Zukunft des kontinentalen **Güterfernverkehrs** liegt an zweiter Stelle auf der Schiene. In den USA werden bereits 40 % aller Güter auf der Schiene transportiert. In Deutschland wie auch in Europa sind wir damit weit, weit zurück, weil wir nicht die entsprechenden Infrastrukturen bereitstellen. Die strate-

gische Entscheidung für den Ausbau der Gütertransitlinien durch Schleswig-Holstein im Bundesverkehrswegeplan ist ein ganz wichtiger Schritt für die Zukunft dieses Landes.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei gibt es unterschiedliche Auffassungen über die Frage, ob die **Jütlandlinie** oder die **Vogelfluglinie** den Vorrang haben soll. Darauf werde ich an dieser Stelle der Debatte nicht eingehen.

Nachbesserungsbedürfnis sehe ich beim **Schiene-personennahverkehr**. Die wichtigste Maßnahme in Schleswig-Holstein, die die höchsten Passagierumsteigemöglichkeiten beinhaltet, ist die Linie Neumünster-Norderstedt-Hamburg/Flughafen-Hamburg/Hauptbahnhof.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach unseren Berechnungen würden bei einem Ausbau der Strecken für den Regionalverkehr täglich 30.000 Fahrgäste mehr die Bahn benutzen. Diese Chance muss genutzt werden, eher als andere Maßnahmen für die Schiene zusammen. Dieses Projekt muss daher vorrangig angepackt werden.

Das hat das Ministerium auch gemacht, indem es eine neue Untersuchung angesetzt hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme jetzt zum größten Kapitel des Bundesverkehrswegeplans und das ist der **Fernstraßenausbau**.

(Zuruf von der CDU: Endlich!)

Die Bewertung des Bundesverkehrswegeplans über die Anträge aus Schleswig-Holstein haben - sieht man sich die Bewertungskennziffern an - Prioritäten ergeben - Sie alle haben die Unterlagen bekommen -, die wir jetzt aus Landessicht bewerten müssen.

Die höchste Bewertung hat der **sechsspurige Ausbau** der **A 7** von Bordesholm nach Hamburg bekommen.

(Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: Das wollten Sie auch nicht!)

Ich kann dem Wirtschaftsminister nur gratulieren. Er hat dieses Projekt nach vorn geschoben - entgegen allen bisherigen Planungen in der Vergangenheit. Bei der Bewertung durch den Bund hat sich gezeigt, dass dieses Projekt mit Abstand den höchsten Kosten-Nutzen-Koeffizienten bekommen hat.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das haben Sie immer kräftig unterstützt, Herr Hentschel!)

(Karl-Martin Hentschel)

- Nein, habe ich nicht.

(Lachen bei der FDP - Dr. Heiner Garg
[FDP]: Eben!)

Ich habe dieses Projekt unterstützt, und zwar von
Anfang an,

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Kollege Hentschel hat das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

- auch in meiner Partei, mit sehr viel Vehemenz. Das können Ihnen alle meine Parteikollegen bestätigen.

(Zuruf des Abgeordneten Lars Harms
[SSW])

Das Projekt, das die zweithöchste Bewertung bekommen hat, ist der Ausbau der **A 21** von Kiel nach Bad Oldesloe. An dritter Stelle ist der Ausbau der **A 20** von Lübeck bis nach Segeberg zu nennen. Das sind die Projekte in Schleswig-Holstein, die die höchsten Bewertungen bekommen haben.

Wir müssen einfach einmal die Fakten zur Kenntnis nehmen und diskutieren, wie wir damit umgehen. Ich habe den Eindruck, dass Teile dieses Hauses überhaupt nicht bereit sind, die Fakten zur Kenntnis zu nehmen. Das ist ein Problem für die Politik.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur A 20 westlich von Segeberg! Die A 20 westlich von Segeberg - ich glaube, ich bin am Ende meiner Zeit; deshalb werde ich meine Rede nachher in einem Dreiminutenbeitrag fortsetzen - ist aus drei Gründen unterschiedlich eingestuft worden. Erstens wegen des offensichtlichen Desinteresses der Regierung in Niedersachsen - keine rot-grüne Regierung, wie ich feststellen muss -,

(Widerspruch bei der CDU)

einer FDP/CDU-Regierung. Der zweite Grund sind die naturschutzfachlichen Probleme. Der dritte Grund sind die für eine Autobahn viel zu schlechten Verkehrsprognosen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Hentschel, bitte einen Schlusssatz formulieren!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Mein Schlusssatz ist: Ich werde meine Rede in einem Dreiminutenbeitrag fortsetzen.

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN - Christel Aschmoneit-
Lücke [FDP]: War das eine Drohung?)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hoffe nicht, dass wir den Beitrag des Kollegen Hentschel als Drohung empfinden sollten.

Man nimmt es immer wieder mit Verwunderung zur Kenntnis: Da vereinbaren die Roten und die Grünen in ihrem Koalitionsvertrag mit Unterschrift des ehemaligen Kollegen Steenblock, die **A 20** zu bauen, und da stellen wir dann fest, dass unsere Durchsetzungskraft als Land Schleswig-Holstein dann doch nicht so ist, wie sie sein sollte. Woran hat es nun gelegen? Ist die Bedeutung des Projektes A 20 wirklich nicht groß genug? Diese Frage kann man nun wirklich mit Nein beantworten.

Wir alle wissen, dass Schleswig-Holstein erhebliche strukturelle Nachteile gegenüber anderen Bundesländern hat. Immer wieder stellen wir fest, dass wir verkehrstechnisch besser angebunden sein müssen, um im internationalen Wettbewerb als Region mithalten zu können. Wer nach Schleswig-Holstein will, muss durch das Nadelöhr **Elbtunnel**. Die Verkehrswege dort sind hoffnungslos überlastet. Selbst wenn wir 20 Elbtunnelröhren hätten, könnte der Verkehr nicht besser fließen, weil die Autobahn A 7 nördlich des Elbtunnels nicht mehr Fahrzeuge als jetzt tragen kann.

Der Vorschlag unseres ehemaligen Kollegen Rainer Steenblock entlarvt sich daher von selbst. Er hatte eine weitere Elbtunnelröhre anstatt der A 20 gefordert. Eine weitere Elbtunnelröhre löst unser Problem doch überhaupt nicht. Unser Problem ist, dass wir einerseits Hamburg entlasten müssen und andererseits eine gute Ost-West-Verbindung brauchen, die auch eine Erschließung der **Westküste** ermöglicht.

(Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: Richtig!)

All das erfüllt die **A 20 mit westlicher Elbquerung**.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [FDP])

(Lars Harms)

Vor diesen Tatsachen die Augen zu verschließen und in autofreien Traumwelten zu leben, wie die Grünen es tun, bringt den Menschen und dem Land Schleswig-Holstein gar nichts.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen ist die Empörung im Land auch so groß, wie sie eben ist. Wir haben die einmalige Chance, ein Projekt von überragender Bedeutung umzusetzen, und es wird regelmäßig wieder torpediert. Es ist immer wieder notwendig, dass wir die große, breite Zustimmung zu diesem Projekt landesweit deutlich machen, weshalb ich für den Antrag der FDP sehr dankbar bin. Ich sehe den Antrag auch als eine Unterstützung der Landesregierung, die ihre Anstrengungen zur Realisierung der A 20 weiter verstärken sollte. Ich sehe den Antrag als eine Aufforderung, gemeinsam für dieses wichtigste Infrastrukturprojekt des Landes einzustehen.

Bisher ist nur das **Teilstück** zwischen **Lübeck und Bad Segeberg im vordringlichen Bedarf**. Ein Teilstück danach ist nur für den weiteren Bedarf angemeldet. Dieses Teilstück wird also bis 2015 nicht mehr gebaut werden, sondern hat eine Chance auf Realisierung nur noch, wenn genügend zusätzliches Geld frei wird. Hierbei konkurriert das Projekt auch noch mit vielen anderen bundesweiten Projekten. Da das Geld aber nicht mehr wird und die Konkurrenz groß ist, kann man vom Aus dieses Teilstücks ausgehen, wenn wir es nicht erreichen, es in den vordringlichen Bedarf einzureihen.

Ähnliche Befürchtungen muss man haben, wenn man bedenkt, dass die Streckenführung in Richtung Unterelbe nun mit einem besonderen naturschutzfachlichen Planungsauftrag versehen werden soll. Der SSW sieht durchaus die Notwendigkeit für die Berücksichtigung von naturschutzfachlichen Belangen. Das steht außer Frage. Aber Ziel ist es bei dem neuen Planungsauftrag nicht, Naturschutzbelange zur Geltung kommen zu lassen, sondern einzig und allein das Verfahren zu hemmen. Man ist derzeit im normalen Beteiligungsverfahren und würde dann, nach Abschluss der darauf folgenden besonderen neuen naturschutzfachlichen Untersuchungen, möglicherweise noch einmal in ein Beteiligungsverfahren - mit all seinen Fristen - einsteigen müssen. Das kostet wertvolle Zeit und veranlasst die Bundesebene, das Projekt A 20 mit westlicher Elbquerung auf die lange Bank zu schieben.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Das kann nicht im Interesse des Landes Schleswig-Holstein sein.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Die dritte Erschwernis ist, dass das Interesse an einer westlichen Elbquerung mit einer direkten Anbindung an die **A 1** in Niedersachsen nach dem Regierungswechsel in Niedersachsen anscheinend gesunken ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und von der FDP, hier haben Sie eine wichtige Aufgabe. Überzeugen Sie die niedersächsische Landesregierung von der Notwendigkeit einer Autobahnanbindung und nutzen Sie Ihre Kontakte, damit wir in dieser Frage weiterhin eng mit Niedersachsen zusammenarbeiten können.

Der Landesregierung wünschen wir bei den anstehenden Verhandlungen zum Bundesverkehrswegeplan, der erst im Entwurf vorliegt, viel Glück. Änderungen sind noch möglich. Da kann sich die Landesregierung der Unterstützung der weit überwiegenden Mehrheit des Landtages für ihre Verhandlungen sicher sein.

Die Grünen fordere ich auf: Hören Sie auf, die A 20 und die westliche Elbquerung zu blockieren!

(Beifall bei CDU und FDP)

Die verkehrliche Weiterentwicklung Schleswig-Holsteins ist die Grundlage für die künftige wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes und damit auch die Grundlage für die Zukunft der Menschen in unserem Land.

Bezüglich der beiden vorliegenden Anträge kann ich sagen, dass wir natürlich inhaltlich die Aufzählung im Antrag von Rot-Grün positiv sehen. Aber es geht hier hauptsächlich um die A 20 mit westlicher Elbquerung. Daher müssen wir hier deutlich für die A 20 Stellung nehmen. Da ist der FDP-Antrag einfach deutlicher; deshalb werden wir für diesen stimmen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich habe eine Reihe von Wortmeldungen nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung. Die rufe ich jetzt auf. - Herr Abgeordneter Behm hat das Wort.

Joachim Behm [FDP]:

Herr Landtagspräsident! Meine Damen! Meine Herren! Herr Minister Rohwer, Sie und die Landesregierung haben es schwer. Ich erkenne an, dass Sie Ihr Möglichstes getan haben, die für Schleswig-Holstein wichtigsten Vorhaben für den neuesten Stand des Bundesverkehrswegeplans in ein möglichst positives Licht zu setzen. Aber Sie können sicher sein, dass Ihr Koalitionspartner in der Landesregierung Schleswig-

(Joachim Behm)

Holstein parallel dazu alles relativiert, infrage stellt und nachhaltig zerredet. Positive Impulse, die eine positive Entwicklung des Bundesverkehrswegeplans für unsere Region hätten auslösen können, werden somit wieder blockiert. Das betrifft nicht nur die Gesamtplanung für die **A 20**, sondern auch Vorhaben wie die **Umgehungsstraße Bad Bramstedt**. Als lokaler Patriot - diese Bezeichnung verdiene nicht nur ich, sondern die Mehrheit der Abgeordneten dieses Parlaments - verkündige ich: Der Nichtbau der Umgehungsstraße in Bad Bramstedt wäre für diesen Standort eine Katastrophe. Aber die grüne Obstruktion liefert allen Akteuren Munition, um sowohl gegen die A 20 als auch gegen die Umgehungsstraße Bad Bramstedt zu sein.

Seitdem Rainer Steenblock in den Bundestag eingedrückt ist, scheint dieser Einfluss der Grünen auch noch an Gewicht gewonnen zu haben. Herr Minister Rohwer, handeln Sie und lassen Sie sich nicht länger von den grünen Wichteln auf der Nase rumtanzen. Erinnern Sie die genannten Herrschaften doch einfach einmal an den Koalitionsvertrag, den Sie und die Grünen vor drei Jahren gemeinsam unterschrieben haben. Auch der Abgeordnete Bernd Schröder mahnte dies zu Recht an.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP] und Frauke Tengler [CDU])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Strauß das Wort.

Roswitha Strauß [CDU]:

Herr Präsident! Kollege Behm, ich habe eine Frage: Ich bin nicht ganz sicher, wer Ihren Beitrag geschrieben hat.

(Lachen bei der FDP - Dr. Heiner Garg [FDP]: Das wissen wir auch nicht!)

Die Umgehungsstraße Bad Bramstedt ist natürlich wichtig, und zwar gerade in unserem gemeinsamen Wahlkreis. Das ist richtig. Aber ich denke, das Projekt der A 20 geht weit darüber hinaus.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, 1995 hat der Landtag einen einstimmigen Beschluss zum Bau einer Elbquerung und der A 20 gefasst. Das ist jetzt acht Jahre her.

(Zuruf von Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Kollege Hentschel, jetzt habe ich das Wort!

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vor elf Jahren war es schon im Bundesverkehrswegeplan!)

Acht Jahre später ist immer noch nicht klar, wann und wie wir die A 20 über die Elbe bekommen.

(Lebhafter Beifall bei CDU und FDP)

Ich bin eine Abgeordnete, die sämtliche Varianten der **A 20** in ihrem Wahlkreis hat. Alle fünf Kilometer gibt es eine andere Befindlichkeit. Das möchte ich an dieser Stelle einmal mit aller Deutlichkeit sagen. Ich habe immer gestanden und mich niemals irgendeiner populistischen Phase hingegeben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das gilt auch für meine eigene Gemeinde. Alvesloe ist ein Teil dieser Trasse. In meiner Gemeinde gibt es Leute, die schon wissen, dass es, wenn die eine Variante käme, hinter meinem Sofa links herum ginge. Dies will ich einmal deutlich sagen.

Auch möchte ich in aller Deutlichkeit auf Folgendes hinweisen: Die Dänen haben 1988 die Große-Belt-Querung beschlossen, und sie haben es - bei allergrößten technischen Schwierigkeiten - fertiggebracht, im Jahre 1998, sowohl eine Überbrückung als auch eine Untertunnelung des Großen Belts einzuweihen. Wir müssen uns politisch zusammenraufen und unsere Infrastrukturmaßnahmen weiter vorantreiben. Wenn sich aber ein ehemaliger stellvertretender Ministerpräsident dieses Landes - Entschuldigung - entblödet, sich in Hamburg hinzustellen und eine fünfte Röhre für den Elbtunnel zu fordern, dann ist das nicht mehr nachvollziehbar.

(Beifall bei CDU und FDP sowie des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Das ist nicht nur wirtschaftspolitischer, sondern auch verkehrspolitischer Irrsinn. Kollege Schröder, an dieser Stelle sind wir einer Meinung.

(Starker Beifall bei CDU und FDP sowie vereinzelter Beifall bei der SPD)

In der „Welt“ von heute steht unter dem Titel „Motto des Tages“:

„Das Beginnen wird nicht belohnt, einzig und allein das Durchhalten.“

Etwas anderes bleibt uns nicht übrig.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch eine kurze Bemerkung zu Ihrem gemeinsamen Antrag machen, den Sie hier als Änderungsantrag eingebracht haben. Herr Kollege Hentschel, ich habe mit

(Roswitha Strauß)

einigem Vergnügen, aber auch mit einer gewissen Wut feststellen dürfen, dass Sie den **Nord-Ostsee-Kanal** nunmehr in den Bundesverkehrswegeplan aufnehmen wollen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Kollegin Strauß, die Bemerkung muss sehr kurz sein. Die Zeit ist um.

(Heiterkeit)

Roswitha Strauß [CDU]:

Der Satz ist ganz kurz. - Ich darf darauf hinweisen, dass Sie den entsprechenden Antrag der CDU noch vor ein paar Monaten abgelehnt haben und damit nicht einverstanden waren. Auch das ist ein deutliches Zeichen dafür, wie bei Ihnen Verkehrs- und Wirtschaftspolitik gemacht wird.

(Lebhafter Beifall bei CDU und FDP sowie Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was den **Nord-Ostsee-Kanal** angeht, haben Sie völlig Recht. Aber das war nicht mein Fehler.

(Roswitha Strauß [CDU]: Sie haben dagegen gestimmt!)

- Ja, ich habe dagegen gestimmt. Ich stimme manchmal aus Koalitionsdisziplin auch gegen Anträge, die ich sinnvoll finde. Es war nicht ich, der diesen Nord-Ostsee-Kanal nicht wollte.

(Lachen und Widerspruch bei CDU und FDP)

- Es ist so! - Frau Schwarz, Sie sagten soeben: Manchmal muss man stehen.

(Zuruf von der CDU: Das war Frau Strauß!)

Ich mache darauf aufmerksam: Die Diskussion um die Verkehrsprojekte Schleswig-Holsteins werden wir im gemeinsamen Interesse unseres Landes nur dann erfolgreich führen, wenn wir zunächst bereit sind, die Realitäten wahrzunehmen.

(Veronika Kolb [FDP]: Das liegt nicht an uns!)

Die Realitäten bestehen darin, dass das Geld nur in ganz bestimmter Menge zur Verfügung steht und dass Schleswig-Holstein im **Bundesverkehrswegeplan** bis 2015 für den **Fernstraßenverkehr** eine Summe von 1,08 Milliarden € zugewiesen bekommen hat.

(Roswitha Strauß [CDU]: Man kämpft für sein Land!)

Das ist der gerechte Anteil Schleswig-Holsteins. Daran wird man nichts deuteln können. Die Gesamtsumme, die auf Bundesebene bereitgestellt worden ist, ist in einem entsprechenden Zeitraum die größte, die in der Geschichte jemals bereitgestellt worden ist. Für den Bundesverkehrswegeplan wird also nicht weniger, sondern es wird mehr ausgegeben, was ich bedauere.

(Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: Was ich bedauere?)

Aber es ist auch eine andere Aufteilung vorgenommen worden, das heißt, es ist eine gewisse stärkere Gewichtung der Schiene zu verzeichnen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was bedauern Sie?)

- Herr Garg, ich bin grundsätzlich der Auffassung, dass Verkehr ein Wirtschaftszweig ist, der sich überwiegend selbst finanzieren sollte. So wie andere Infrastrukturprojekte, beispielsweise Stromnetze und Telefonnetze, sollte der Verkehr zunehmend kostendeckend finanziert werden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Andere finanzieren mit! Was ist denn mit der KFZ-Steuer? - Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich habe Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort erteilt und bitte, ihm zuzuhören!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich werde nicht behaupten, ich sei ein glühender Befürworter der A 20. Was ich sagen kann, ist, dass wir der **A 20** einschließlich der Elbquerung im Koalitionsvertrag eine hohe Priorität gegeben haben, dass diese Aussage steht und dass sich daran auch nichts ändern wird. Dies drückt sich auch in dem vorliegenden Antrag aus, den wir gemeinsam eingereicht haben und der auf einem Beschluss des Koalitionsausschusses beruht.

Wir stehen dazu, und ich sage Ihnen auch: Wenn eine Änderung der Prioritäten vorgenommen wird, so hat dies auch Konsequenzen für andere Projekte. Wenn Sie hier Fantasielisten aufzählen, müssen Sie immer

(Karl-Martin Hentschel)

wissen: Jedes Projekt, das Sie nach vorn schieben, bedeutet, dass ein anderes Projekt unweigerlich weiter nach hinten gerät.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Noch einmal zur A 20!

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja. - Die augenblickliche Bewertung der A 20, die im westlichen Elbquerungsbereich in der Tat deutlich niedriger ist als die A 7, die A 21 oder das östliche Stück der A 20, hat ihre Ursache in ganz wesentlichem Maße in der Stellung von Niedersachsen. Denn diese Stellung Niedersachsens hat sich auf die Verkehrsprognosen ausgewirkt. Das muss man wissen. Das Land wird jetzt seine Stellungnahme zum Vorschlag des Bundes abgeben. Wir haben einen Antrag vorgelegt, der deutlich macht, in welche Richtung es geht. Wir haben deutlich gemacht, dass wir sowohl im Bereich der Schiene - -

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Hentschel, bitte jetzt einen Schlusssatz, aber nicht den gleichen wie vorhin!

(Heiterkeit)

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich wünsche dem Verkehrsminister bei den weiteren Verhandlungen mit der Bundesregierung auf der Basis des vorliegenden Antrags, der heute hoffentlich beschlossen wird, viel Erfolg.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile dem Herrn Oppositionsführer Kayenburg das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister! Erstens. Ich würde gern den Optimismus, den Sie an den Tag legen, teilen. Aber ich glaube, Sie haben da etwas schöngeredet, hoffe allerdings gleichwohl, dass Sie mit Ihren Prognosen Recht bekommen werden.

Zweitens. Wenn Sie die kurze Redezeit der Regierung monieren, dann bitte ich Sie zu überprüfen, was die Regierung im Ältestenrat angemeldet hat, und nicht so zu tun, als ob das an uns läge.

Drittens. Ich kann Ihnen sagen, dass wir Ihre Forderung nach Nachbesserung der A 20, insbesondere des Teilstücks von Bad Segeberg bis Bad Bramstedt, absolut unterstützen. Dort muss nachgebessert werden und bei den Sternchen muss nachgebessert werden. Das heißt, die Sternchen müssen weg. Besser noch wäre, der Sternchen-Minister wäre weg.

(Beifall bei CDU und FDP)

Viertens. Wir teilen die Auffassung, dass es sich hierbei um das wichtigste Infrastrukturprojekt unseres Landes handelt. Ich kann dem Kollegen Schröder in allen Punkten Recht geben.

Herr Hentschel, was ich nur nicht vertragen kann, ist, wenn man sich hier hinstellt und je nach Stimmung Behauptungen aufstellt, die der Wahrheit nicht entsprechen. Ihre Presseerklärung vom 20. März besagt, ob unter der Maßgabe, dass die A 7 ausgebaut werde, der weitere Bau der A 20 östlich von Bad Segeberg einschließlich einer Elbquerung überhaupt erforderlich sei, solle geprüft werden. Wo denn, bitte schön, stehen Sie zur A 20?

(Beifall bei CDU und FDP)

Was haben Sie gerade erzählt? Sie täuschen die Öffentlichkeit, Herr Kollege. Das ist Ihr Problem.

(Widerspruch des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Schauen Sie doch in Ihre Presseerklärung!

Außerdem, liebe Kolleginnen und Kollegen, will ich Sie auf ein großes Risiko aufmerksam machen, das in der Tat mit der Verschiebung in den weiteren Bedarf verbunden ist. Wenn es nicht gelingt, dass das **Teilstück von Bad Segeberg bis Bad Bramstedt** in den vordringlichen Bedarf aufgenommen wird, was ist dann eigentlich mit der Kosten-Nutzen-Rechnung für das Reststück und insbesondere für die Elbquerung?

Wenn dieses Stück nicht gebaut wird, wie verändern sich die Verkehrsströme hier im Land? Sind dann plötzlich Prioritäten nicht gegeben oder verschoben, die diesem Ansinnen dieser unerträglichen Grünen viel näher kommen? Ich glaube, das müssen wir hier thematisieren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Minister, wegen Folgendem habe ich mich hier vor allem noch einmal zu Wort gemeldet: Wir kritisieren hier nicht, um etwas zu verhindern, sondern

(Martin Kayenburg)

wir haben auch in der Vergangenheit kritisiert, um zu beschleunigen.

Dann will ich Ihnen einmal sagen, was der Bundesverkehrsminister sagt, warum dieses Teilstück denn nicht mehr im vordringlichen Bedarf ist. Er schreibt an den Elbbrückenverein - ich habe das gestern als Fax bekommen -:

„Unter Berücksichtigung der gegebenen finanziellen Rahmenbedingungen wird wegen des frühen Planungsstandes dieses Projektes“

- gemeint ist dieses Teilstück -

„die Einstellung in den vordringlichen Bedarf für nicht sinnvoll angesehen.“

Genau das ist das Problem. Wir haben immer moniert, dass Sie in Ihrer Planung nicht weit genug sind, und dies ist die Konsequenz für die nicht weit genug nach vorn getriebene Planung. So der Bundesverkehrsminister. Das laste ich dieser Regierung an.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Kolb das Wort.

Veronika Kolb [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Hentschel, ich würde mir ja sehr wünschen, dass Sie dieses Projekt **A 20** auch öffentlich bejahen und sich dazu bekennen. Das machen Sie allerdings nicht. Mit Ihrer Gummibandstrategie verunsichern Sie die Bevölkerung und die Unternehmen insbesondere bei uns an der Westküste.

Ich möchte mich den Worten und den Argumenten meiner Kollegin Christel Aschmoneit-Lücke und vieler anderer Vorredner anschließen, aber ich möchte auch noch einmal die Bedeutung der A 20 für die schleswig-holsteinische Westküste betonen. Wir präferieren die **Elbquerung bei Glückstadt/Dochtersen** insbesondere deshalb, weil die A 20 dadurch näher an die Westküste herankommt. Die schleswig-holsteinische **Westküste** ist innerhalb des strukturschwachen Schleswig-Holsteins noch einmal strukturell benachteiligt. Dies liegt insbesondere an der vergleichsweise schlechten Verkehrsanbindung.

Wenn Menschen, Güter und Dienstleistungen mit Märkten eine Region nur schlecht erreichen oder verlassen können, ist das ein gravierender Standortnachteil. Die A 20 soll diesen Nachteil beheben, indem die Westküste besser als bisher an die deutschen und internationalen Märkte angebunden wird, und zwar nicht nur in den direkt betroffenen Kreisen,

sondern auch im nördlichen Schleswig-Holstein, der Westküste.

Wenn sich an der derzeitigen Planung nichts ändert, dann geben wir Rainer Steenblock leider Recht und die A 20 wird bei Bad Segeberg enden. Dann wird die Elbquerung nicht gebaut und dann wird die Westküste weiterhin verkehrsmäßig abgeschnitten bleiben.

Aus Sicht der Menschen und Unternehmen an der schleswig-holsteinischen Westküste ist die A 20 deshalb unbedingt notwendig, damit dieser Teil des Landes im Wettbewerb der Regionen nicht noch weiter zurückfällt. Dokumentiert wird das Ganze jetzt auch, indem die Geschicke der Bewohner und Unternehmen der Westküste in die Hand genommen werden. Der Landrat, der Unternehmensverband Untereibe/Westküste und auch die IHK machen sich jetzt mit diesem Anliegen auf den Weg nach Berlin.

Meine Damen und Herren, seit über zehn Jahren propagiert die Landesregierung die A 20 auch genau unter dem Aspekt der Anbindung der Westküste. Deshalb fordere ich die Landesregierung auf: Lassen Sie Ihrer Propaganda endlich Taten folgen und sorgen Sie dafür, dass die ganze A 20 in Schleswig-Holstein und die Anbindung der A 20 an die A 1 Niedersachsens vorbehaltlos und vordringlich in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen wird! Nur so würden Sie bei diesem Thema Ihrer Verantwortung für das ganze Land und insbesondere auch für das strukturschwache Gebiet der Westküste gerecht werden.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke das Wort.

(Zurufe)

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Hentschel, Sie haben davon gesprochen, Politik sollte die Realitäten wahrnehmen. Ich frage Sie deswegen an dieser Stelle: Nehmen Sie die Realitäten überhaupt noch wahr? Ihre Forderung „aller Güterverkehr auf die Schiene!“ ist so etwas vom Traumtänzer, dass das mit der Realität überhaupt nicht mehr übereinstimmt.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU sowie Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW] - Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Christel Aschmoneit-Lücke)

- Herr Kollege Matthiessen, ich habe jetzt das Wort, verdammt noch einmal!

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich stelle als Realität dieser Debatte fest: Die Grünen blockieren das wichtigste Infrastrukturprojekt in Schleswig-Holstein, sie jubeln dazu, dass ein wichtiges Teilstück der A 20 nicht in den vordringlichen Bedarf aufgenommen worden ist. Die Schadenfreude, die allseits vonseiten der Grünen zu hören ist, ist unerträglich.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP] und vereinzelter Beifall bei der CDU)

Die weitere Realität, meine Damen und Herren, ist, dass ein grüner Bundestagsabgeordneter, der früher Landtagsabgeordneter war und der das Land Schleswig-Holstein in Berlin vertreten soll, zum Schaden dieses Landes in Berlin handelt. Das ist die Realität.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile jetzt Herrn Abgeordneten Matthiessen zu einem Kurzbeitrag das Wort.

(Zuruf von der CDU: Da kommt doch nichts Neues mehr, Herr Matthiessen!)

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Aschmoneit-Lücke, ich möchte mich entschuldigen, weil Sie ja zurzeit ein Stimmbandproblem haben. Deshalb ist es nicht so fair, das mit einem Zwischenruf zu machen. Was ich aber zum Ausdruck bringen wollte, ist, dass Sie eben in Ihrer Argumentation so vorgegangen sind, dass Sie dem Kollegen Hentschel etwas unterstellt haben, nämlich dass er allen Güterverkehr im Modalsplit auf die Schiene verlegen will. Das ist eine Forderung, die die Grünen nie aufgestellt haben. Und dann haben Sie dagegen argumentiert, dass das Unsinn sei. Das ist vom Prinzip ein bisschen unfair und wird auch der Debatte keineswegs gerecht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich werde das aber in Zukunft, solange Sie dieses Stimmbandproblem haben, nicht mehr per Zwischenruf machen, sondern das dann hier schnell vortragen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das war ein langer Zwischenruf.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe also die Beratung. Wir haben in der Sache abzustimmen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu dem vorliegenden Ursprungsantrag, der in seinem Absatz 1 erledigt ist, nicht wahr, Frau Kollegin Aschmoneit-Lücke? - Okay. Dann werden wir so verfahren.

Wer dem Änderungsantrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/2589, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann haben wir Zustimmung bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Enthaltungen bei CDU und FDP.

(Lars Harms [SSW]: Keine Zustimmung, sondern Enthaltung!)

- Der Vertreter des SSW enthält sich der Stimme. Das gibt er gerade zu erkennen.

Habe ich noch über den Ursprungsantrag abstimmen zu lassen, Frau Abgeordnete? - Ja.

Damit rufe ich jetzt den Ursprungsantrag in der Fassung der FDP-Fraktion im Absatz 2 auf. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt gegen die Stimmen des Antragstellers plus CDU und SSW.

Jetzt haben wir die Mittagspause erreicht. Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung: 12:58 bis 15:02 Uhr)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, wir sind wieder in der Sitzung. Wir fahren fort in der Tagesordnung - nicht jedoch, ohne vorher Gäste begrüßt zu haben: Auf der Tribüne haben Platz genommen Mitglieder des SPD-Ortsvereins Neumünster-Süd, Mitglieder des KopF e.V. - Kommunalpolitisches Frauennetzwerk Kreis Plön - und Mitglieder der Krankenpflegeschule Bad Segeberg. Ihnen allen ein herzliches Willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 42 auf:

Hochschulentwicklung in Schleswig-Holstein

Landtagsbeschluss vom 20. Februar 2003

Drucksache 15/2431

Bericht der Landesregierung

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Ich erteile das Wort der Frau Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, Frau Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Selten ist wohl das Ergebnis einer Kommissionsarbeit in Schleswig-Holstein mit so viel Spannung erwartet worden wie das blaue Buch, das uns seit Freitag der letzten Woche vorliegt. Ich möchte auch an dieser Stelle zunächst Herrn Professor Erichsen, allen Mitgliedern der Kommission und auch Herrn Professor Block als Geschäftsführer der Kommission in dreierlei Hinsicht sehr herzlich danken: erstens für die Sorgfalt, für die Kompetenz, für das hohe Engagement, mit dem sie vorgegangen sind, zweitens dafür, dass sie dialogbereit gewesen sind mit den Hochschulen, den gesellschaftlichen Gruppen und den politischen Verantwortlichen, und drittens vor allem dafür, dass sie im Gegensatz zu manch anderer Kommission nicht ständig laut und öffentlich nachgedacht haben und damit ihre Ergebnisse schon vorzeitig haben zerreden lassen.

(Beifall)

Ich danke auch den Hochschulen, dass sie mit dieser Kommission gut zusammengearbeitet haben. Sie haben die Herausforderung, die eigene Arbeit den Experten in einer Leistungsbilanz darzustellen und ihr Profil zu präsentieren, als positive Herausforderung für sich selbst angenommen.

Meine Damen und Herren, die Kommission ist mit hohem Anspruch und zugleich mit dem Blick für das Machbare und - ich füge hinzu - für das in Schleswig-Holstein Finanzierbare vorgegangen. Sie wollte Stärken und Schwächen identifizieren, sie wollte die Wettbewerbsfähigkeit und die Zukunftsfähigkeit sichern und klare Profile der Standorte herausarbeiten. Und sie macht uns auch Vorschläge für künftige Entscheidungs- und Finanzierungsstrukturen.

Die Vorschläge der Kommission sind sehr konkret, in sich schlüssig und machbarkeitsorientiert. Auch das unterscheidet sie von manch anderen Expertenvorschlägen, die dann im Dickicht politischer Entscheidungswege hängen geblieben sind.

Das Ergebnis, ein starkes blaues Buch, ist eine ganz konkrete Chance, die schleswig-holsteinische Hochschullandschaft neu zu strukturieren und unsere Hochschulen wettbewerbsfähig zu profilieren. Das geht nicht in einem Geniestreich und auch nicht in einem Parforceritt und die Umsetzung würde erst

recht schwer, wenn wir in einen kleinteiligen politischen Streit verfallen würden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich möchte deswegen mit Nachdruck an Sie alle appellieren - ich richte meinen Blick natürlich nicht nur auf die Koalitionsfraktionen, sondern auch auf die Opposition -, diese Chance gemeinsam zu nutzen, jedenfalls den Versuch zu machen und uns in möglichst vielen politischen Fragen zu verständigen. Ich biete Ihnen allen dazu Gespräche an.

(Beifall)

Ich möchte Ihnen nun die wichtigsten Empfehlungen vorstellen, wobei ich eines vorausschicken will: Die Kommission hat keine Urteile gefällt. Deswegen gibt es auch keine Gewinner oder Verlierer - so eingängig diese Etiketten auch sein mögen. Die Kommission hat nach einer zukunftsfähigen Perspektive für das Ganze gesucht und sie hat entsprechende Veränderungsvorschläge entwickelt, die ein Gesamtkonzept darstellen. Dieses Gesamtpaket müssen wir nun zügig prüfen und dürfen dabei nicht den Fehler machen, die Dinge kleinteilig zu zerreden. Wir dürfen das Interesse des Landes - das sage ich mit Bedacht - an leistungsfähigen Hochschulen auch nicht regionalen Interessen unterwerfen.

Ich weiß um die Argumente und um die Sorgen vor Ort. Darüber will ich mich auch nicht leichtfertig hinwegsetzen. Aber wir haben die Pflicht zur Güterabwägung und wir müssen alle einsehen, dass ein instabiles, schwaches Gebilde nicht zukunftsfähig wäre, und folglich müssen wir konsequent entscheiden.

Die Zukunft unserer Hochschulen hängt von ihrer Profilierung, von ihrer Exzellenz, von ihrer Attraktivität für Studierende und Lehrende ab, und allein um dieses Ziel geht es.

Die wichtigsten Einzelvorschläge der Kommission werden seit Freitag auch öffentlich diskutiert. Angesichts der knappen Zeit beschränke ich mich auf die wesentlichen Elemente. Insgesamt haben die Vorschläge natürlich eine viel größere Detailliertheit und Tiefe. Allen, die jetzt vorschnell zu einem der Elemente Ja oder Nein sagen, rate ich, im blauen Buch nachzulesen, auch die Begründungszusammenhänge nachzuvollziehen und eine Gesamtschau vorzunehmen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Vorschläge in Stichpunkten! Erstens. In Flensburg soll sich die Universität künftig als Zentrum für

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

die Lehrerausbildung und für die Unterrichtsforschung profilieren. Damit **Flensburg** zur Ausbildungsstätte und zur Forschungseinrichtung für „Vermittlungswissenschaften“ - wie die Kommission es nennt - werden kann, sollen die Realschullehrerausbildung und das Heilpädagogische Institut von der CAU an die Universität Flensburg verlagert werden, ebenso der Diplomstudiengang Erziehungswissenschaften. Die Fachhochschule soll sich vor allem auf Informatik, auf Kommunikationstechnik und Energietechnik konzentrieren.

Zweitens. Die Agrarwissenschaftlichen Studiengänge der CAU und der Fachhochschule Kiel werden von der Kommission exzellent bewertet. Sie sollen am Standort **Kiel** zusammengeführt werden. In Kiel soll der zukunftssträchtige und auch wirtschaftlich bedeutsame Ausbauswerpunkt Biowissenschaften angesiedelt sein und ausgebaut werden.

Drittens. Die Studiengänge Bauwesen und Architektur sollen an einem Standort konzentriert und nach **Lübeck** an die Fachhochschule verlagert werden. Das bedeutet zugleich die Schließung des Standortes Eckernförde und die Einstellung dieses Studiengangs an der Muthesius-Hochschule. Lübeck soll außerdem zum hochschulübergreifenden Schwerpunkt für Medizininformatik und Medizintechnik werden.

Viertens. Der Studiengang Maschinenbau soll von der Fachhochschule Westküste an die Fachhochschule Flensburg verlagert werden und in **Heide** sollen die Studiengänge in den Bereichen Tourismusmanagement, Wirtschaft und Recht ausgebaut werden und damit ein in Norddeutschland einmaliges Profil entstehen.

Fünftens. Die **Muthesius-Hochschule** soll sich als selbstständige Hochschule für Kunst und Gestaltung profilieren, allerdings ohne die Architektur.

Sechstens. Die Fachhochschule **Wedel** soll weiter ausgebaut und unterstützt werden.

Siebtens. Die Kommission kritisiert mit Nachdruck die Höhe der Kosten für die universitäre **Medizin** in Schleswig-Holstein. Sie schlägt vor, die beiden Fakultäten zu erhalten und an den Standorten für Forschung, Lehre und Krankenversorgung Kiel und Lübeck festzuhalten, aber die Anzahl der Studienplätze auf das bundesrepublikanische Durchschnittsniveau zu senken, die Bettenzahl an beiden Standorten deutlich zu verringern, die Zahl der Professuren dem tatsächlichen Forschungs- und Lehrbedarf anzupassen und den Landeszuschuss für die Hochschulmedizin deutlich zu verringern.

Darüber hinaus gibt es eine Reihe von grundsätzlichen Empfehlungen an das Land. Im Mittelpunkt steht der Abschluss eines **Hochschulvertrages**. Dazu hat die Kommission einen Zwölf-Punkte-Katalog vorgelegt. Seine zentralen Bestandteile sind erstens die Konsolidierung der Hochschulfinanzierung durch die Umsetzung der Empfehlungen und den Verbleib der Ressourcengewinne im System, durch den Ausgleich von Tarifsteigerungen und Kostensteigerungen, durch eine leistungsorientierte Verteilung des Landeszuschusses und durch die Einrichtung eines Innovationsfonds für leistungs- und wettbewerbsorientierte Mittelvergabe.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens die Einrichtung eines **Hochschulrates** mit externen Mitgliedern zur Umsetzung der Kommissionsempfehlungen und zur Steuerung der Mittelvergabe aus dem neu einzurichtenden Innovationsfonds.

Drittens die **Professionalisierung des Hochschulmanagements**, also eine stärkere Trennung von Leitungs- und Kontrollfunktionen mit einer Stärkung der Rektorate und der Dekanate und mehr Eigenverantwortung, zugleich der Aufbau von Controlling, Verantwortung für Gebäude und Ähnliches mehr.

Viertens eine generelle Umstellung der **Studienstruktur** in Schleswig-Holstein auf Bachelor- und Master-, also gestufte Studiengänge als Antwort auf die Herausforderung der Internationalisierung und des damit verbundenen Bologna-Prozesses.

Wie geht es nun weiter? Die Kommission fordert –ich zitiere Herrn Erichsen – eine mutige Politik ein, die sich an die Umsetzung macht. Und ich füge hinzu, nicht nur Mut ist gefordert, sondern auch Entschlossenheit und zügiges Handeln. Darauf sind wir vorbereitet. Wir haben einen ehrgeizigen Zeitplan aufgestellt. Die wichtigsten politischen Entscheidungen müssen im ersten Halbjahr bis zur Sommerpause gefällt werden.

(Beifall bei SPD)

Zu diesen wichtigsten Entscheidungen zählen natürlich insbesondere die von der Kommission vorgeschlagenen **Wanderungsbewegungen** und strukturellen **Einschnitte**. In diesen Entscheidungsplan gehören selbstverständlich Gespräche als Erstes mit der Hochschulrektorenkonferenz, Anhörungen, parlamentarische Verfahren, und in den Ablaufplan gehören auch Prüfungen etwa der wirtschaftlichen Dimensionen, der Frage, welche aktuellen Kosten, welche Folgekosten entstehen zu welchem Zeitpunkt für Raum- und Personalbedarf, auch für Umzüge und so weiter. Es müssen Fragen der juristischen Umsetzbarkeit geprüft

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

werden, und zwar im Personalbereich, bei der Zulassung von Studierenden, bei der Auflösung und Verlagerung von Studiengängen im Hinblick auf Mietverträge und so weiter. Natürlich gehört die Frage dazu, welche Bedeutung die strukturellen Entscheidungen für den Wirtschaftsstandort, für die Weiterentwicklung der technologischen Kompetenz in Schleswig-Holstein und damit auch der Zukunft unserer Wirtschaft haben.

Ein Prüfauftrag geht über die Grenzen des Landes hinaus, nachdem die Hamburger Kommission unter Leitung von Herrn von Dohnanyi keine Vorschläge zur Kooperation Hamburg-Schleswig-Holstein gemacht hat. Die Erichsen-Kommission hat Felder benannt für die Kooperation, und auf Regierungsebene sind zwischen den beiden Ländern erste Verfahrensschritte zur Abarbeitung dieser Vorschläge verabredet.

(Beifall bei der SPD)

Zu einem Teil des Berichtes will ich heute schon eine klare Aussage machen. Wir erarbeiten derzeit die Grundzüge für eine neue **Hochschulsteuerung** durch eine konsequente leistungsorientierte Mittelverteilung, und wir erarbeiten neue Grundzüge des Hochschulmanagements mit klaren Entscheidungsstrukturen, insbesondere die Stärkung der Hochschulleitungen. Ich bin mir sehr bewusst, dass es sich leichter sagt als umsetzt, diese neuen Regelungen in ein neues Hochschulgesetz zu gießen. Ich bitte deshalb heute schon mit Nachdruck um Unterstützung hier im Hause. Die vorbereitende Kabinettsentscheidung mit den Strukturvorschlägen der Landesregierung unter der Überschrift „Deutlich mehr Freiheiten für die Hochschulen“ ist bereits getroffen.

Zentrales Element des zukünftigen Verhältnisses zwischen Land und Hochschulen muss aus unserer Sicht ein **Hochschulvertrag** sein. Er wird die Leistungen des Landes für einen Zeitrahmen von fünf Jahren enthalten. Ich sage aber in aller Klarheit, er wird nur zustande kommen, wenn die Hochschulen ihrerseits zügiger ihre Entscheidungen zur Umsetzung der Strukturvorschläge treffen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Ministerin, darf ich an die Zeit erinnern?

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Ja, ich komme zum Schluss.

In einen solchen Vertrag bringen nämlich beide Seiten Leistungen ein. Die Landesregierung will mit

einem Nachtragshaushalt für die Hochschulen in Vorleistung gehen. Mit zweieinhalb Millionen Euro im laufenden Haushaltsjahr sollen die drängendsten Probleme bei den Tarifsteigerungen abgemildert werden. Das ist ein wichtiges Signal an die Hochschulen.

(Beifall bei der SPD)

Es zeigt nämlich die Entschlossenheit der Landesregierung, die Empfehlungen der Kommission auch umzusetzen.

Bei unserem ehrgeizigen Zeitplan sitzen Politik und Hochschulen in einem Boot. Wenn wir gemeinsam wollen, dass das Hochschulsystem in Schleswig-Holstein den kommenden Anforderungen gewachsen sein soll, dann geht es jetzt nicht darum, ob, sondern wie wir die Vorschläge umsetzen. Ich mache natürlich auch hier und heute keine eins zu eins Umsetzungsaussagen. Das ist, wie wir aus Erfahrung wissen, gefährlich, und es lässt auch nach meiner Auffassung die demokratischen, parlamentarischen Verfahren außer Acht. Lassen Sie mich sagen, die Latte liegt hoch. Eine Umsetzungsquote, wie sie in Nordrhein-Westfalen erzielt worden ist, von 85 % wäre für mich deutlich zu wenig und eher eine Enttäuschung. Deswegen plädiere ich mit Nachdruck für eine sorgfältige, für eine zügige, für eine zielorientierte Prüfung und eine in sich geschlossene Umsetzung der Vorschläge.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke der Frau Ministerin für diesen Bericht und eröffne jetzt die Aussprache. Ich erteile das Wort zunächst Herrn Abgeordneten Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bericht, den die Expertenkommission unter Leitung von Professor Erichsen vorgelegt hat, erteilt der Hochschulpolitik dieser Landesregierung die Note Sechs, ungenügend. Und für Ihre Reaktion erhielt die zuständige Kultusministerin am 31. März im „Flensburger Tageblatt“ das Zitat des Tages: „Ute Erdsiek-Rave erklärte: Ich nehme die Kritik in Demut entgegen, und wir werden deutlich Konsequenzen ziehen.“ Meine Damen und Herren, wir werden sehen, ob Konsequenzen gezogen werden.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie dürfen gerne meiner Rede zuhören, dann finden Sie auch einige Antworten, Frau Kollegin.

(Dr. Ekkehard Klug)

Dass die Ausstattung unserer Hochschulen nicht mehr wettbewerbsfähig ist, hat die Regierung bislang konsequent abgeleugnet. Ich erinnere nur an ein Beispiel unter vielen: Am 9. Februar 2000 brachten die „Kie-ler Nachrichten“ die Überschrift: „Ministerium: Uni geht's nicht schlecht“. Untertitel war: „Im Vergleich mit anderen Hochschulen schneidet CAU gut ab“. Heute wissen wir, läge die Christian-Albrechts-Universität nicht in Kiel, sondern in Kassel, so wäre ihr Budget nach den leistungsbezogenen Mittelvergabe-kriterien, die die FDP-Wissenschaftsministerin Ruth Wagner in Hessen durchgesetzt hat, um rund 20 Millionen € oder knapp 10 % höher, als dies heute hier in Schleswig-Holstein für die CAU der Fall ist.

Die Erichsen-Kommission rechnet vor: Unser Land wendet je Einwohner pro Jahr 146 € für die Hochschulen auf. Bundesweit leistet sich nur das Land Brandenburg eine miserablere **Hochschulfinanzierung**. Der Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer liegt bei 184 € Hochschulausgaben pro Einwohner. Aus der Differenz, multipliziert mit der Einwohnerzahl unseres Landes, müsste Schleswig-Holstein also mehr als 106 Millionen € höhere Hochschulausgaben finanzieren, um überhaupt nur den Durchschnitt der alten Flächenländer zu erreichen.

Auch die Liste der **strukturellen Defizite** in Schleswig-Holstein ist niederschmetternd. Es gibt hierzu-lande bislang keine Mittelvergabe an die Hochschulen nach transparenten Belastungs- und Leistungskriterien. Es gibt noch nicht einmal ein funktionierendes Hochschul-Controlling. Die Hochschulen wissen ja hier nicht einmal im Laufe des Jahres und auch kaum gegen Ende des Jahres, welche Einnahmen sie überhaupt verbuchen können, weil das entsprechende Rechnungswesen hier bislang nicht funktioniert hat. Diese Feststellung haben wir aus dem letzten Jahr alle noch in guter Erinnerung. Es gibt auch keine abgestimmte und koordinierte Hochschulentwicklung. Die Folge ist ein, wie man im Bericht nachlesen kann, zum Teil unsinniger Wildwuchs, der eine komplementäre Profilbildung bislang verhindert hat. Es gab bis zu den eigenen Ermittlungen der Erichsen-Kommission bislang auch noch nicht einmal eine transparente Datenbasis zur objektiven Bewertung unserer Hochschullandschaft.

Eine wesentliche Leistung der Expertenkommission liegt daher auch in der ungeschminkten **Bestandsaufnahme**, die sie vorlegt und zu der die Landesregierung bisher entweder nicht willens oder nicht fähig gewesen ist. Anzuerkennen ist außerdem, dass die Kommission **Vorschläge zur Profilbildung** innerhalb der schleswig-holsteinischen Hochschulland-

schaft vorlegt, Vorschläge, die in vielen Punkten, wie ich meine, überzeugend sind,

(Beifall bei der FDP)

zum Beispiel zum Ausbau der Biowissenschaften an der Uni Kiel, der Medizintechnik an der Uni Lübeck oder im Bereich der Ausbildung und Forschung im Sektor Tourismus an der Fachhochschule Westküste in Heide. Das ist ein Vorschlag, den wir, unter anderem auch Kollege Kubicki, in früheren Debatten hier im Hause schon einmal unterbreitet haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr weitsichtig!)

Im Übrigen werden gerade mit den Empfehlungen zum Bereich der **Fachhochschulen**, was die Profilbildung betrifft, wo ich die Vorlage der Erichsen-Kommission für weitgehend geglückt halte, die verunglückten Vorhaben der Landesregierung, so das vor gut einem Jahr hier vorgestellte Ringtauschkonzept für die Fachhochschulen, obsolet. Dieses alte Konzept der Landesregierung müsste nach den Empfehlungen der Erichsen-Kommission dort landen, wo es hingehört, im Papierkorb.

(Beifall bei der FDP)

Der Vorschlag, einen auf fünf Jahre angelegten **Hochschulvertrag** abzuschließen, folgt dem guten Beispiel anderer Länder wie zum Beispiel auch dem Land Hessen oder dem Land Rheinland-Pfalz. Damit, dass sie vom Land einen Ausgleich für Preis- und Tarifsteigerungen erhalten, sollen die Hochschulen des Landes endlich eine Planungssicherheit erhalten einschließlich der Sicherheit für ihre jährlichen Budgetberechnungen. Auch die Schaffung eines Innovationsfonds ist eine sinnvolle Empfehlung, wie wir meinen. Damit können in Zukunft notwendige neue Aktivitäten in Forschung und Lehre vernünftig und planvoll in diesem Land vorgebracht werden.

Ich muss leider diesen positiven Anmerkungen zum Bericht der Erichsen-Kommission auch eine Reihe von kritischen Punkten gegenüberstellen. Bei Durchsicht der 230 Seiten starken Langfassung des Kommissionsberichts wird - wie ich finde - auf erschreckende Weise deutlich, dass die Hochschulmedizin in diesem Land auf Treibsand steht. Schlimmer noch, es scheint mir zweifelhaft, ob der Bericht tragfähige Antworten auf dieses Problem liefert.

Bekanntlich beansprucht der **Medizinbereich** bei knapp 10 % der Studierenden in Schleswig-Holstein rund 40 % der Hochschulmittel. Das ist eine Folge von landespolitischen Entscheidungen, die mehr als drei Jahrzehnte zurückliegen. Nun stellt die Erichsen-Kommission außerdem zu den Universitätsklinika auf Seite 79 ihres Berichtes fest:

(Dr. Ekkehard Klug)

„Als Folge politischer Entscheidungen der Landesregierung in den Pflegesatzverhandlungen 1988/89“

- das hat damals begonnen -

„sind seinerzeit Kostenunterdeckungen im stationären Bereich der Krankenversorgung entstanden, die sich aufgrund des geltenden Krankenhausfinanzierungsrechts zu einem dauerhaften strukturellen Defizit ausgewirkt haben.“

Diese - hört, hört! - „Subventionen der Krankenversorgung“ aus Mitteln des Wissenschaftsministeriums beziffert der Kommissionsbericht für die Klinika in Kiel und Lübeck auf jeweils 20 bis 25 Millionen € jährlich. Wie die Klinika überhaupt weiter wirtschaftlich existieren können, falls man der - prinzipiell ja richtigen! - Empfehlung der Erichsen-Kommission folgt, diese Zweckentfremdung von Hochschulmitteln zu beenden, steht wohl in den Sternen. Frau Erdsiek-Rave, mich interessiert, was die Landesregierung in Person der Wissenschaftsministerin, aber vielleicht auch in Person der Gesundheitsministerin, zu dieser Feststellung sagt. In der Vergangenheit hat die Landesregierung etwa auf von mir gestellte Kleine Anfragen zur Frage der **Zweckentfremdung von Hochschulmitteln** für Aufgaben der Krankenversorgung immer abgewunken und gesagt, das sei überhaupt nicht der Fall beziehungsweise das sei nicht bezifferbar. Jetzt wird es im Bericht der Erichsen-Kommission konkret beziffert. Es stellt sich natürlich die Frage, wo die Finanzierung - wenn die Defizite, die dort aufgebaut worden sind, nicht mehr aus dem Hochschuletat, aus den Zuschüssen für Forschung und Lehre im Bereich Hochschulmedizin finanziert werden können oder in Zukunft finanziert werden sollen - von anderer Seite herkommen soll.

(Beifall bei der FDP)

Die Beantwortung dieser Frage ist umso wichtiger, als wir wissen, dass die neuen pauschalierten Entgeltssysteme im Bereich der Krankenhausfinanzierung die Universitätsklinika ohnehin in den nächsten Jahren in sehr hohe Defizite hineintreiben werden.

Der zweite große Problembereich, der einer weiteren Prüfung bedarf, ist der Bereich der **Lehrerbildung**. Eine noch weitere **Konzentration** der Lehrerbildungsstudiengänge **in Flensburg** birgt meines Erachtens eine Reihe von großen Problemen. Sie wird nämlich zum einen mittelfristig zu Problemen bei der Lehrerversorgung in diesem Land führen.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Das ist eine Erfahrung, die wir aus der letzten Konzentrationsentscheidung bei den Grund- und Hauptschullehrern auch schon machen konnten. Zum anderen schafft die Beschränkung der **Universität Flensburg** auf die Lehrerbildung mittelfristig, nämlich im nächsten Jahrzehnt, das Problem, dass die Hochschule sehr wahrscheinlich große **Schwierigkeiten bei der Studienplatznachfrage** bekommen wird. Im nächsten Jahrzehnt werden die Schülerzahlen deutlich zurückgegangen sein, im nächsten Jahrzehnt wird der Einstellungsbedarf der Länder im Bereich der Lehrkräfte zurückgegangen sein und dann wird sich die Nachfrage nach Studienplätzen im Bereich der Lehrerbildung auch entsprechend nach unten entwickeln. Das ist ein großes Problem, vor dem eine auf die Lehrerbildung reduzierte Flensburger Universität stehen würde.

Aus politischen Gründen liegt es nahe, dass sich die öffentliche Debatte über den Erichsen-Bericht vor allen Dingen auf die Punkte konzentriert, die **Standortfragen** betreffen. Dort sind natürlich immer regionale Interessen tangiert. Ich meine, es gibt aber auch einige **strukturelle Probleme** und Fragen, die nicht in den Hintergrund geraten dürfen. Die Kommission empfiehlt die totale Umstellung aller Studiengänge und Abschlüsse auf das Bachelor/Master-Abschlusssystem. Ob es für diese neuen Abschlüsse in allen Bereichen auf dem Arbeitsmarkt auch eine Nachfrage gibt, ist heute total ungewiss. Zu einer Sackgasse kann das **Bachelor/Master-Abschlusssystem** aber auch aus anderen Gründen werden. Wenn britische Hochschulen heute deutsche Bachelor-Abschlüsse nicht als Einstieg in ein dortiges Master-Studium gelten lassen, zeigt das den Bankrott eines Systems, das ausdrücklich unter der Fahne der Internationalisierung der Studiengänge geschaffen worden ist. Wenn also diese Internationalisierung wegen der fehlenden Anerkennung gerade dieser Bachelor-Abschlüsse im internationalen Raum, in wichtigen Partnerländern, gar nicht gegeben ist, ist das ein Problem.

Eine Analyse, die der Rektor der Fachhochschule Erfurt kürzlich vorgelegt hat, zeigt, dass unter den 230 Bachelor-Studiengängen allein im Bereich der Fachhochschulen in Deutschland ein unglaublicher und chaotischer Wildwuchs herrscht. Von Transparenz und Vergleichbarkeit - so das Fazit dieser Analyse - kann überhaupt keine Rede sein. Alle Anhänger, die für die neuen Abschlüsse eintreten, gehen davon aus, dass nur ein Teil der Bachelor-Absolventen anschließend die höherwertigen Master-Studiengänge in einem weiteren Studiengang, post gradual, belegen werden. Falls aber die Bachelor-Abschlüsse auf dem Arbeitsmarkt nicht genügend Anerkennung finden,

(Dr. Ekkehard Klug)

wird es einen unglaublichen Drang in Richtung Master-Studiengänge geben, und dann wäre von der Entlastung der Hochschulen überhaupt keine Rede mehr. Dann wäre auch keine Rede mehr davon, dass man auf diesem Weg, mit den kurzen Bachelor-Studiengängen, die durchschnittliche Studienzzeit verkürzen kann.

Lassen Sie mich dazu noch eine Anmerkung machen: Der Bericht der Erichsen-Kommission zollt der privaten **Fachhochschule Wedel** zu Recht ein dickes Lob. Von der sonst durchgehend in der Erichsen-Kommission vertretenden radikalen Hinwendung zu den neuen Abschlüssen Bachelor und Master ist im Abschnitt über die Fachhochschule Wedel erstaunlicherweise nicht die Rede. Liegt das vielleicht daran, dass die Wedeler ihren beachtenswerten Erfolg nahezu ausnahmslos auf qualitativ hervorragende, von der Wirtschaft breit akzeptierte Diplom-Studiengänge stützen? Warum sagt der Bericht dazu nichts?

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss!

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Ich komme zum Schluss. Andere Fragen, die kritisch zu erörtern sind, betreffen etwa das Konzept der weiteren Modularisierung der Studiengänge oder die Schaffung eines **Hochschulrates** Schleswig-Holstein. Ich bin der Meinung, dass ein Kultusministerium, das in der Lage wäre, seine Hausaufgaben zügig zu erledigen, also die Abstimmung mit den Rektoren über eine Koordination im Bereich der Hochschulpolitik selber wahrzunehmen, die Einrichtung eines derartigen Hochschulrates, die Einführung einer hochschulpolitischen Räterepublik in diesem Land, überflüssig machen würde.

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen nicht noch ein weiteres Räteorgan, wir brauchen eine vernünftige Hochschulpolitik.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Weber das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die gemeinsame Entscheidung der Landesrektorenkonferenz und des Wissenschaftsministeriums, eine Expertenkommission einzusetzen, um eine Bestandsaufnahme unseres Hochschulwesens und um Vorschläge zur ihrer Neustrukturierung erarbeiten zu lassen, hat

sich unseres Erachtens gelohnt. Die Empfehlungen liegen seit vergangenem Freitag auf dem Tisch. Jetzt ist es unsere politische Aufgabe, über die Umsetzung der Vorschläge zu entscheiden. Ich möchte mich an dieser Stelle dem Dank der Ministerin an all diejenigen anschließen, die in dieser Kommission und für die Kommission gearbeitet haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Ich möchte gern auf das eingehen, was der Kollege Dr. Klug gesagt hat. Ausgangspunkt der Arbeit der Erichsen-Kommission sind natürlich auch und gerade die Finanzprobleme unserer Hochschulen. Die Geschichte dieser **Finanzprobleme** ist schnell erzählt: 1988 hat die Regierung Engholm sich daran gemacht, Schleswig-Holstein vom Schlusslicht der deutschen Hochschullandschaft zu einem modernen Wissenschaftsstandort zu entwickeln. Investiert worden ist vor allem in den Aufwuchs neuer beziehungsweise junger Hochschulen und Fachbereiche. Bis 1995 ist dann der Anteil der Hochschulausgaben am Landshaushalt stetig und spürbar gestiegen. Mit der steigenden öffentlichen Finanznot setzen verschiedene Faktoren den Hochschulen zu: Zum Ersten musste der teure Ausbau in die Fläche verlangsamt werden und ging zunehmend zu Lasten der bestehenden Strukturen, vor allem der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Zum Zweiten kam die innere Reform der Hochschule nur schleppend voran, das gilt vor allem für die Universitäten. Drittens verschlechterte sich die Haushaltssituation weiter und viertens - das soll man nicht verschweigen und selbstkritisch anmerken - ist auch die Haltung der Landesregierung und der Regierungskoalition insgesamt gegenüber den Hochschulen nicht immer frei von Vorurteilen und Missverständnissen gewesen.

Ein erster Umstrukturierungsversuch nach einem umfangreichen Expertengutachten 1997 unter der Ministerin Böhrk brachte zwar erste Veränderungen wie die Teilverlagerung der Lehrerbildung nach Flensburg. Aber unter dem Strich wird man sagen müssen, dass sowohl die Politik als auch die Hochschulen sich durch Besitzstandswahrung, relativ halberzige Reformen und eine Reihe von falschen Versprechungen gegenseitig gebremst haben. Erinnerung sei an das jahrelange Hin und Her beim Thema Architektur oder auch an Herrn Rühes berühmte Technische Universität für Flensburg aus dem 2000er Wahlkampf. Viele Beispiele von allen Seiten des Hauses könnte man hinzufügen; das will ich aber hier nicht tun.

(Jürgen Weber)

Der Weg zur Einsetzung der Erichsen-Kommission war und ist durch klare Einsichten geprägt, und zwar zum einen durch die Einsicht, dass die Mittel für die Hochschulen auf absehbare Zeit nicht so zu erhöhen sind, dass alle Ausbauziele realistisch zu finanzieren sind. Zum Zweiten war klar, dass die Substanz unseres Hochschulangebotes nicht weiter ausgehöhlt werden darf. Zum Dritten - das scheint mir besonders wesentlich zu sein - hat die Einsicht zugenommen, dass Hochschulentwicklung in erster Linie wissenschaftlichen und hochschulsystematischen Gesichtspunkten entsprechen muss und erst in zweiter Linie regionalpolitischen Interessen folgen darf.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Jost de Jager [CDU])

Deshalb bin ich der Forderung des Rektors der CAU, Professor Demuth, vom Januar, Politik und Hochschulen sollten sich bereits vor Abgabe des Berichts verpflichten, die Ergebnisse auch umzusetzen - dieser Forderung sind nur relativ wenige öffentlich gefolgt -, gern öffentlich gefolgt. Dazu bekenne ich mich. Es ging jedoch nicht darum, die Katze im Sack zu kaufen. Es ging auch nicht darum, die Vorschläge eins zu eins umzusetzen. Das ist unrealistisch; das weiß jeder. Aber über einzelne Ideen und Vorschläge wird man ergebnisoffen reden und sie prüfen müssen. Ich betone jedoch ausdrücklich: Wir sollten uns davor hüten, das Paket der Vorschläge insgesamt aufzuschnüren; denn dann - davon bin ich fest überzeugt - werden wir zu keiner vernünftigen Struktur im Lande kommen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Praktisch heißt das für mich, dass die Beweislast umgekehrt ist. Mit anderen Worten: Wer einzelne Vorschläge der Erichsen-Kommission so nicht will, muss sehr gut begründen, welchen anderen Weg er beschreiten will, um ein vergleichbares vernünftiges Ziel zu erreichen. Das ist die Situation, vor der wir stehen, vor der auch die Öffentlichkeit und die Hochschulen stehen. Die Kriterien für eine solche Argumentation sind keineswegs beliebig. Die Hochschulen und die Landesregierung haben der Erichsen-Kommission klare Vorgaben gegeben. Es ging um eine Optimierung von Qualität und Effizienz. Es ging um ein möglichst breit gefächertes Angebot in Forschung und Lehre. Es ging um den effizienten Einsatz der Mittel für die Hochschulen und die Beibehaltung aller selbstständigen Hochschulen des Landes bei weitgehendem Abbau von Parallelangeboten. Es gibt also klare Vorgaben, die meines Erachtens bei der vor uns liegenden Diskussion nicht aufgegeben werden dürfen; Denn nur so kann ein konsolidiertes, in seinen Kapazitäten den finanziellen Möglichkeiten angepasst-

tes Hochschulsystem des Landes wettbewerbsfähig bleiben.

Damit war für jedermann klar, dass damit auch die Revision von Ausbauplänen bis hin zu strukturellen Einschnitten erforderlich sein würden. Hierzu liegen einige Vorschläge auf dem Tisch, die geprüft werden müssen. Es wird ohne solche Einschnitte nicht gehen. Das wusste jeder vorher. Das sollten wir, denke ich, jetzt auch ohne Aufgeregtheiten sachlich abarbeiten.

Der Bericht gibt übergreifende Empfehlungen - da möchte ich an die Ausführungen des Kollegen Klug anknüpfen -, die wir bei allen lokalen und regionalen Themen nicht außer Acht lassen dürfen. Ich nenne zum Beispiel die Forderung nach einer erkennbaren **Forschungsförderungspolitik** mit einem zentralen Budget für den Aufbau und die temporäre Unterstützung von Forschungsschwerpunkten. Das ist meines Erachtens ein außerordentlich wichtiger Punkt.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD], Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Zu nennen ist auch das Plädoyer für eine bessere **hochschulartenübergreifende Kooperation**. Solche Hinweise sind zwar nicht neu. Aber wir können das Tempo bei der Umsetzung derselben durchaus ein wenig beschleunigen. Über die konkreten Einzelheiten, zum Beispiel was die Vorschläge zum Bereich Landbau und Agrarwissenschaft angeht, werden wir uns unterhalten müssen. Aber der Weg ist meines Erachtens richtig beschrieben.

(Günter Neugebauer [SPD]: Der Weg ist ergebnisoffen, Herr Kollege!)

- Da sind schon wieder die lokalen Töne. Darauf gehe ich jetzt nicht ein, Herr Kollege Neugebauer.

Das gilt auch für die Vorschläge der Kommission, auf so genannte konsekutive Studiengänge, also auf **Bachelor- und Masterabschlüsse** umzustellen.

(Unruhe)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Konzentration und Aufmerksamkeit.

Jürgen Weber [SPD]:

Herzlichen Dank, Herr Präsident.

Ob wir einen externen **Hochschulrat** Schleswig-Holstein quasi als Dauerevolutionseinrichtung benötigen oder nicht, darüber werden wir sicherlich noch

(Jürgen Weber)

diskutieren müssen. Ob und wie wir die Leitungsstrukturen auf Hochschul- und Fachbereichsebene stärken können, wird auch noch Gegenstand von zu führenden Diskussionen sein.

An einer **Änderung des Hochschulgesetzes** - auch das ist sinnvoll und vernünftig - werden wir sicherlich nicht vorbeikommen. Ich betone aber ausdrücklich: Schnellere Entscheidungen sind kein Widerspruch zu Demokratie und Mitbestimmung an den Hochschulen.

Völlig unabweisbar ist, dass der Vorschlag der Kommission, einen **Hochschulvertrag** zu schließen, der nicht nur die Strukturveränderungen, sondern auch die planungssichere Finanzierung der Hochschulen verbindlich festschreibt, ein zentraler Punkt, sozusagen eine *Conditio sine qua non* ist. Ohne das wird es nicht gehen. Ich hoffe, dass wir im Parlament hinsichtlich dieser Frage Einvernehmen erzielen werden.

Ich habe das an mehreren Stellen öffentlich gesagt und ich bin froh, dass der neue Finanzminister diese Haltung unterstreicht. Wenn sich das Land und die Hochschulen gemeinsam auf den Weg der **Struktur- anpassungen** machen wollen, dann müssen künftig die tariflichen **Personalkostensteigerungen** der Hochschulen vom Land übernommen werden. Daran führt meines Erachtens kein Weg vorbei. Deswegen begrüßt die SPD-Fraktion in diesem Zusammenhang, dass durch den Nachtragshaushalt eine kurzfristige Finanzhilfe für die Hochschulen in Höhe von 2,5 Millionen € vorgesehen ist.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist ein wichtiger und richtiger Fingerzeig für die Arbeit in diesem Jahr.

Ich möchte noch etwas zu konkreten Punkten, die einzelnen Hochschulen betreffend, sagen. Ich will jedoch, da wir gerade über Finanzen geredet haben, an dieser Stelle nicht vergessen zu sagen, dass ein Punkt aus den Vorschlägen der Erichsen-Kommission für uns in dieser Legislaturperiode nicht diskutierbar ist. Die SPD-Fraktion ist aus sehr gutem Grund - das haben wir oft genug deutlich gemacht - gegen **Studiengebühren**. Wir werden von dieser Position in dieser Legislaturperiode auch nicht abrücken.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun noch wenige Worte zu einigen konkreten Vorschlägen. Die Vorschläge zum Bereich **Humanmedizin**, die im Kommissionsbericht gemacht werden, können nicht wirklich überraschen. Der Vorschlag, den Landeszuschuss zu verringern und auch die Zahl der Studienplätze sowohl in Kiel als auch in Lübeck

zu reduzieren, dürfte erwartet werden und dürfte weitestgehend unumstritten sein. Dass wir - Kollege Klug, auch da bin ich bei Ihnen - noch stärkere Anstrengungen unternehmen müssen, dass die Mittel, die für Forschung und Lehre gedacht sind, auch dafür ausgegeben werden, das ist, glaube ich, auch unstrittig.

Eine Mediziner Ausbildung an zwei Standorten - so viel wird man sagen können - dürfte mit diesem Bericht wohl festgeklopft sein. Ich will das an dieser Stelle gar nicht bewerten. Umso mehr müssen jetzt alle Anstrengungen unternommen werden, mit ganz konkreten Schritten so schnell wie möglich mehr Effizienz und mehr Aufgabenteilung im Bereich Hochschulmedizin auf den Weg zu bringen.

Ein weiterer Vorschlag ist, die **Realschullehrer- ausbildung in Flensburg** zu konzentrieren und die Universität Flensburg im Wesentlichen auf pädagogische und lehrerbildende Studiengänge zu beschränken. Ich halte diesen Vorschlag für schlüssig. Ob das auch für die Verlagerung des Heilpädagogischen Instituts und die Kieler Diplompädagogik gilt, darüber wird man noch im Detail reden müssen. Da besteht sicherlich noch Gesprächsbedarf.

Die Vorschläge, das gesamte **Bauwesen** an einem Ort zu konzentrieren, halte ich im Kern auch für schlüssig.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann aber nach Eckernförde!)

Das in **Lübeck** zu tun, ist - ich will einmal sagen - zumindest begründbar.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Jürgen Weber [SPD]:

Ich komme zum Schluss. - Mich persönlich - das muss ich sagen - schmerzt besonders der vorgeschlagene Einschnitt bei der **Muthesius-Hochschule**. Aber ich gebe zu, das kann nicht allein der Maßstab für Entscheidungen sein.

Man muss an dieser Stelle auch einmal selbstkritisch anmerken - das will ich abschließend sagen -, dass durch die Diskussionen und ständig wechselnden Modelle, was das Bauwesen angeht, den Lehrenden und Studierenden in Kiel, Eckernförde und Lübeck in den letzten Jahren doch einiges zugemutet worden ist.

(Beifall im ganzen Haus)

Deswegen muss das, was wir jetzt beschließen, über längere Zeit Bestand haben. Das gilt nicht nur für den

(Jürgen Weber)

Bereich Bauwesen, sondern für alle Strukturveränderungen im Hochschulbereich. Wir werden konstruktiv daran mitarbeiten. Ich hoffe, dass das für alle Fraktionen des Hauses gilt. Ich bin da relativ optimistisch und freue mich auf die weitere Beratung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mich auch im Namen der CDU-Landtagsfraktion bei den Mitgliedern der Expertenkommission und bei dessen Leiter, Herrn Professor Erichsen, für die vorgelegten Empfehlungen zur Entwicklung der Hochschulen in Schleswig-Holstein bedanken.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Ich glaube, dass selten ein so systematischer Überblick über die Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein vorgelegen hat. Bislang hat es eigentlich noch nie Änderungsvorschläge in einer so umfassenden und aufeinander abgestimmten Form gegeben. Unabhängig davon, ob man jeden einzelnen Vorschlag trägt, kann man das zu Beginn einer solchen Diskussion feststellen.

Ich möchte den Dank allerdings ausdrücklich auf die Rektorinnen und Rektoren der Hochschulen in Schleswig-Holstein erweitern, die schließlich zu Beginn des vergangenen Jahres die Initiative zu dieser Kommission ergriffen haben. Erst in letzter Minute ist die Landesregierung auf diesen Zug aufgesprungen. Es war damals die Vorstellung der Rektorenkonferenz, dass die Kommission das leisten sollte, was die Landesregierung eigentlich seit 1991 verschleppt: Die Fortschreibung des Landeshochschulplans, beziehungsweise einen Masterplan für die Weiterentwicklung der Hochschulen vorzulegen. Dieser Masterplan ist nun von Professor Erichsen vorgelegt worden. Dafür sind wir ihm dankbar.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Was ist nun das Ergebnis? Eine Landesregierung, die so sehr in das Mittel der externen Evaluation verliert ist wie diese, sah nun auf einmal ihre eigene Hochschulpolitik einer externen Evaluation ausgesetzt. Die Diagnose: Schleswig-Holsteins Hochschulen sind in dramatischer Weise unterfinanziert. In der Hochschulstrukturentwicklung fehlt bislang eine landes-

weite Steuerung. Das ist eine traurige Bilanz nach 15 Jahren SPD-Verantwortung für die Hochschulen in Schleswig-Holstein.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang zwei Zahlen nennen. Es wurden weitere genannt, ich möchte mich aber auf diese beschränken, weil sie für unser Verhältnis zu unserem Nachbarbundesland Hamburg interessant sind. Abgesehen von der Hochschulmedizin gibt das Land Schleswig-Holstein 88 € pro Einwohner für seine Hochschulen aus. Das ist ein Drittel dessen, was unser Nachbar Hamburg für seine Hochschulen ausgibt, nämlich 242 € pro Einwohner.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hinsichtlich der vielfach beschworenen Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg kann ich derzeit nicht erkennen, dass wir auf gleicher Augenhöhe in eine solche Kooperation gehen. Daher müssen bei uns die Alarmglocken läuten.

(Beifall bei der CDU)

Frau Erdsiek-Rave hat sich dagegen verwahrt, dass wir über ausgesprochene vernichtende Urteile sprechen. Insofern möchte ich sagen, der Landesregierung wurde ein weiteres Mal ein vernichtendes Zeugnis ausgestellt, denn bereits im vergangenen Jahr war es so, dass der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft festgestellt hat, dass das schleswig-holsteinische Hochschulgesetz im bundesweiten Vergleich eines der rückständigsten und restriktivsten dieser Republik ist, obwohl es erst drei Jahre alt ist. Deshalb lautet unsere Forderung: Wir dürfen die Diskussion in den kommenden Wochen und Monaten nicht allein auf die Verschiebung von Studiengängen reduzieren, sondern wir müssen sie zu einem umfassenden Modernisierungsschub für die äußere und innere Entwicklung unserer Hochschulen nutzen. Deshalb brauchen wir nicht nur eine Neufassung des Landeshochschulplans, sondern auch eine **Änderung des Hochschulgesetzes**. Nachdem Herr Weber sich so eindeutig positioniert hat, füge ich hinzu, wir brauchen auch eine grundlegende Diskussion über die Hochschulfinanzierung in diesem Land.

(Beifall bei der CDU)

Dazu gehört auch, dass wir den Einstieg in eine ernsthafte Diskussion über die Einführung von **Studiengebühren** hier in Schleswig-Holstein schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist nichts, was man am Rande einer solchen Diskussion in zwei oder drei Stichworten sagt, aber es ist ein Thema, in dessen Diskussion wir nach klaren

(Jost de Jager)

Kriterien einsteigen müssen. Wir können dies auf Dauer nicht immer wieder vor uns herschieben, wenn wir - wie bereits besprochen - zu einem Modernisierungsschub für Schleswig-Holstein kommen wollen. Wir fordern die Landesregierung auf und sind froh, dass es auch angekündigt wurde, sehr schnell einen **Landeshochschulplan** vorzulegen. Wir sind bereit, konstruktiv an den notwendigen Änderungen mitzuarbeiten, die erfolgen müssen, wenn es dadurch zu einer echten Verbesserung der Situation in diesem Lande kommt. Natürlich wird es bei der weiteren Diskussion um die Empfehlungen der Erichsen-Kommission auch um **regionale Ansprüche** gehen. Das ist schon jetzt der Presse zu entnehmen. Es wäre verwunderlich, wenn es nicht so wäre. Ich hoffe aber, dass es uns gelingen wird, die weiteren Erörterungen in erster Linie nach sachbezogenen Überlegungen zu führen, und zwar unter der Fragestellung, was für eine Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein am besten ist, und was der Weiterentwicklung der Kompetenzbereiche und der so genannten Zentren wissenschaftlicher Exzellenz am meisten dient.

(Beifall bei CDU, SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Wir werden uns als CDU-Fraktion von der Frage leiten lassen, ob das, was vorgeschlagen wird, sinnvoll ist. Ist es das, was wir als Union hochschulpolitisch tatsächlich wollen? Die Punkte, die der Profilbildung dienen, sind bereits mehrfach erläutert worden. Insofern will ich sie nicht noch einmal wiederholen. Ich beschränke mich auf noch offene Fragen bei denen wir ergebnisoffen in die Diskussion gehen.

Da ist zum Beispiel der Vorschlag, die **Lehramtsstudiengänge** - bis auf die Gymnasial- und die Diplomhandelslehrer - in **Flensburg** zu konzentrieren. Dabei sind die Auswirkungen sowohl auf den Charakter der Universität Flensburg als auch auf die Struktur der Universität Kiel zu prüfen. Niemand weiß heute, ob die Studierenden einer solchen Standortentscheidung tatsächlich folgen würden. Niemand weiß, welche Auswirkungen es im Einzelnen auch auf die Stellenzuordnung für die Universität Kiel im Bereich Didaktik hat. Wir wissen, dass die Stadt Flensburg sich mehr von einem Universitätsstandort versprochen hat als überwiegend die Lehramtsausbildung. Ich sage aber auch: Eine Konzentration der Lehramtsstudiengänge würde der Uni in Flensburg zumindest eine klare Entwicklungsperspektive geben, die sie derzeit nicht hat.

Ebenso offen ist in diesem Zusammenhang die Frage, ob wir einer Umwandlung der Lehramtsstudiengänge in Bachelor- und Masterstudiengänge tatsächlich zustimmen können, weil man auch dort die Weiterun-

gen beachten muss. Dazu gehört auf der einen Seite die Frage, welche Auswirkungen dieses Modell auf die Schulartprofile in der Lehrerausbildung haben wird. Auf der anderen Seite wird auch die Abwägung dazu gehören, ob es für die berufliche Einsatzfähigkeit von Lehramtskandidaten besser ist, mit einem Master abzuschließen als mit einem reinen Lehramtsabschluss.

Bei der Auswertung der Kommissionsvorschläge ist auch hochschulpolitisch zu klären, ob wir die **Profile der Hochschularten** durch zusätzliche Kooperation weiter angleichen oder nicht vielmehr schärfen wollen. Diesen Punkt sehe ich ein wenig anders als der Kollege Weber. Aus diesem Grund ist auch zu überlegen, ob die Wirtschaftswissenschaftler von der Universität Flensburg tatsächlich an die Fachhochschule Flensburg gehen sollen. Wäre es nicht genauso sinnvoll, sie auf die Universität Kiel umzulenken, um so zu einer weiteren Verstärkung des Bereichs beizutragen, der das Potenzial für einen Sonderforschungsbereich hat? Dies schlägt auch die Erichsen-Kommission vor. Ich sage dies unabgesprochen, aber solche Gedanken müssen erlaubt sein.

Zum Thema „Abgrenzung der einzelnen Hochschulprofile untereinander“ ist ebenfalls die vorgesehene Verlagerung des Fachbereichs **Landbau** von Osterrönfeld an den Campus der Universität Kiel mit der Option zu versehen, nach fünf Jahren zu einer Fusion beider Fachbereiche zu kommen. Es ist eine Ironie des Schicksals, dass beide Standorte, nämlich Eckernförde und Osterrönfeld, die aufgelöst oder verschoben werden sollen, jeweils in meinem Wahlkreis liegen. Gleichwohl sage ich, dass die Überlegungen, die ich hier anstelle, nicht wahlkreisbezogen sind. Bei allen Vorteilen der Konzentration von Ressourcen auf die Agrarfakultät in Kiel ist - gerade auch unter dem Profil Biowissenschaften - zu berücksichtigen, dass etwa die Hälfte der Studierenden im Fachbereich Landbau in Osterrönfeld den Weg an die Universität nicht mitgehen können. Es gehört zu dem Spezifikum des Fachbereichs in Osterrönfeld, dass 50 % der Studierenden dort zwar die Fachhochschulreife haben, aber nicht das Abitur. Somit kommt für sie ein Studium an der CAU nicht in Frage. Das klare und von der Expertenkommission gelobte Profil des Fachbereichs liegt in seiner praxisnahen Ausbildung von Betriebsleiterinnen und Betriebsleitern. Dieses Profil aufzugeben, ist ein hochschulpolitisches Risiko.

Ich möchte noch einige Worte zum angesprochenen Bereich des **Bauwesens** sagen. Dabei nehme ich Bezug auf die Äußerungen des Kollegen Webers zur Konzentration auf einen Standort. Auch dort muss man unabhängig davon, wo der zweite Standort ist,

(Jost de Jager)

überlegen, ob es sinnvoll ist, die gesamte Bauausbildung Schleswig-Holsteins an einem Standort zu konzentrieren, der nicht einmal in der Mitte des Landes liegt. Kann es nicht auch sinnvoll sein, einen Ausbildungsstandort im südlichen Landesteil zu haben und einen Standort im nördlichen Landesteil, egal wo das wäre? Ich gebe das als eine ergebnisoffene Fragestellung mit auf den Weg, die nicht aufgrund von regionalen Interessen, sondern aufgrund von strukturellen Überlegungen zu beantworten sein wird.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiesen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zu einer Bewertung der Expertenempfehlung gehört auch die Feststellung, dass die Problematik der **Hochschulmedizin** in Schleswig-Holstein durch die Kommission nicht abschließend gelöst ist. Zu Recht hat die Kommission die hohen Ausgaben für die Hochschulmedizin und die darin enthaltenen Mittel zur Subventionierung der Krankenversorgung zu den zentralen Problemen der Hochschulfinanzierung in Schleswig-Holstein gezählt. Ich glaube allerdings, dass der Vorschlag, an beiden Standorten linear 25 % der Studienplätze zu kürzen, die Diskussion um die künftige Struktur der Hochschulmedizin an zwei Standorten nicht beenden wird. Insofern wird die Weiterentwicklung zeigen müssen, ob dieser Teil der Expertenempfehlung dauerhaft belastbar ist.

Durch die Empfehlung der Expertenkommission werden im Bereich der Hochschulmedizin zwischen 130 und 150 Stellen eingespart. Insgesamt entsteht durch die Strukturveränderungen ein erwirtschaftetes Potenzial von maximal 260 Stellen. Das ist für die betroffenen Fachgebiete ein tiefer Einschnitt. Landesweit gesehen schaffen maximal 260 Stellen aber nicht die Spielräume, die die Hochschulen brauchen, um tatsächlich wieder an Substanz zu gewinnen.

Zum Vergleich möchte ich sagen, dass allein das Strukturkonzept der CAU vor zwei Jahren 200 Stellen gebracht hat.

Bei aller Profilbildung lösen die Vorschläge der Expertenkommission die **Finanzkrise** der Hochschulen nicht. Es geht kein Weg daran vorbei, dass mehr Geld aus dem Landesetat aufgebracht werden muss, wenn man die Hochschulen wieder auf die Basis stellen will, die sie für den internationalen Wettbewerb brauchen.

(Zuruf von der SPD: Sie werden sicher sagen, woher das Geld kommen soll!)

- Ja, gut.

Der Finanzminister hat gesagt, er wolle im Nachtragshaushalt 2,5 Millionen € zur Verfügung stellen.

Das ist allerdings zu wenig, weil es nicht einmal die Tarifsteigerungen abdeckt.

Ich sage Ihnen an dieser Stelle sehr deutlich: Der **Hochschulvertrag** über fünf Jahre kann nur dann funktionieren, wenn die Grundsicherung tatsächlich geregelt ist. Wenn Sie einen Fünfjahresplan für die Hochschulen vorschlagen und einen fünfjährigen Vertrag mit den Hochschulen abschließen wollen, dann müssen Sie auch in einem Stufenplan darlegen, wie Sie in diesen fünf Jahren tatsächlich zu einer Ausfinanzierung der Stellen - zumindest zu 96 % - kommen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter de Jager, kommen Sie bitte zum Schluss.

Jost de Jager [CDU]:

Ansonsten ist es eine Fortschreibung der Misere auf niedrigem Niveau und wird mitnichten den Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein verbessern.

Wir glauben, dass der Einstieg in die leistungsbezogene Mittelvergabe und die landesweite Steuerung durch den **Hochschulrat** geeignete Mittel sind, dazu zu kommen, die Wissenschaftslandschaft in Schleswig-Holstein zu verbessern. Wir werden daran mitwirken und in den Beratungen darauf achten, dass die Entscheidungen leistungsbezogen fallen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Birk.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gratulation an die Initiatoren der Expertenkommission und an die Kommission selbst! Das Ergebnis ist umsetzbar.

Parlament, Regierung und Hochschulen müssen sich aber sputen. Denn wir wollen vor dem Sommer entscheiden, welche Schritte wann mit welchem Geld umgesetzt werden sollen.

Ich bin dankbar, dass die heutige Diskussion überwiegend sehr konstruktiv verlaufen ist. Herr Kollege de Jager hat sich eben zu vielen Dingen sehr positiv geäußert. Ich hoffe, dass wir auf diese Weise gemeinsam die nötigen Schritte tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

(Angelika Birk)

Folgende Kriterien und Ziele, die die Kommission bei ihrer Bewertung zugrunde gelegt hat, finden die Unterstützung der grünen Fraktion.

Erstens. Wir brauchen 10.000 mehr Studierende. Das bedeutet, man muss sich noch einmal etwas vor Augen führen. Wir haben zu wenig, nicht zu viel junge Leute an den Hochschulen. Die Hochschulen müssen sich auch für Menschen öffnen, die nicht den klassischen Weg über das Abitur genommen haben, und sie müssen auch **Ort der Weiterbildung** werden.

Neue Schwerpunkte sollen über einen hochschulübergreifenden Innovationspool gesetzt werden können. Das haben wir immer gefordert. Wir freuen uns, dass die Kommission dies in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen gestellt hat.

Über eine Experimentierklausel soll die **Zusammenarbeit** zwischen Universitäten und Fachhochschulen sowie mit den bundesweit geförderten Forschungsinstituten des Landes intensiver als bisher möglich werden. Auch dies haben wir immer gefordert. Wir freuen uns auch, dass der begonnene Weg der Hochschulen, international routinemäßig auf allen Ebenen zusammenzuarbeiten und sich ausländischen Studierenden zu öffnen, von der Kommission gewürdigt wird und sie ausdrücklich dazu aufgefordert hat, dies zu intensivieren.

Damit komme ich nun zu Herrn Dr. Klug. Herr Dr. Klug, wenn Sie sagen, es möge alles so bleiben wie bisher - mit den Diplomen und Staatsexamina -, dann müssen Sie zur Kenntnis nehmen: International hat sich die Diskussion um die Hochschulstandards verändert. Wir müssen uns dieser Diskussion stellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Selbstverständlich nehme ich Ihren Einwand, dass wir hier noch Friktionen zwischen den Ländern haben, ernst. Aber das kann nicht heißen, dass wir bei dem Bisherigen stehen bleiben. Modularisierung bedeutet zum Beispiel auch die Chance, dass Studierende in Teilzeit ihr Studium absolvieren können. Das haben nicht nur Frauen immer wieder gefordert.

Die öffentliche **Finanzierung** soll über Zielvereinbarungen und Leistungsparameter mit einer Laufzeit von fünf Jahren vergeben werden. Die Tarifsteigerungen sind zusätzlich zu berücksichtigen. Allein wenn wir dies erreichen, haben wir für die Hochschulen mehr getan, als die vielen, vielen Diskussionen bisher erwarten ließen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen uns hier zusammentun; denn das muss über alle Fraktionsgrenzen auf den Weg gebracht werden.

Allerdings finde ich, die **Leistungsparameter** bei der Mittelverteilung sind einer Diskussion wert. Auch wird dafür, dass die Lehre evaluiert wird. Wir betonen insbesondere, dass dabei die Studierenden mehr als bisher einzubeziehen sind. Was in anderen Staaten selbstverständlich ist, muss doch auch bei uns möglich sein. Die Lehre ist für die Studierenden da. Also muss man deren Urteil auch ernst nehmen und geeignete Forschungsmethoden finden, um das seriös zu tun.

Außerdem wollen wir, dass die **Frauenförderung** einen anderen Stellenwert als bisher bekommt. Auch dies hat die Kommission gefordert und auf das Beispiel Hessen verwiesen.

Drittmittelforschung ist ein weiterer wichtiger Parameter, ebenfalls die internationale Zusammenarbeit. An dieser Stelle möchte ich aber sagen: Uns fehlen noch Leistungsparameter. Es sind nämlich die Instrumente, die wir brauchen, um Nachhaltigkeit und Technikfolgenabschätzung im Forschungsgeschehen zur Routine werden zu lassen.

Wir wissen alle noch aus den Zeitungsberichten, was es an Skandalen über gefälschte Forschungsergebnisse gegeben hat. Die Hochschulen in Schleswig-Holstein haben sich an der Aufklärung beteiligt. Wir wissen, dass eine Technikfolgenabschätzung, gerade wenn ein Schwerpunkt auf Biowissenschaft in diesem Land gelegt wird, unerlässlich ist. Hierzu brauchen wir aber auch geeignete Instrumente, damit es nicht bei Sonntagsreden bleibt.

Die Hochschulen brauchen auch **intern neue Steuerungsinstrumente**. Das hat die Kommission hervorgehoben. Sie zielt darauf ab, gegen die - ich sage es jetzt einmal etwas umgangssprachlich - Institutskönige tatsächlich transparente und zentrale Leitungspositionen zu installieren, die etwas zu entscheiden haben. Wenn wir dies wollen, muss es nämlich eine Neuausbalancierung der Demokratie innerhalb der Hochschule geben. Das heißt, wir müssen uns alle Gremien noch einmal genau daraufhin ansehen, was sie entscheiden und was nicht. Es darf nach den Institutskönigen nicht noch zu Direktoratskaisern kommen.

Ich glaube, inzwischen haben viele in den Senaten begriffen, dass man nur zusammenkommt, wenn man an einem Strang zieht. Damit sind Studierende, Lehrende und Forschende gemeinsam angesprochen.

Studiengebühren sind für uns, auch wenn meine finanzpolitische Sprecherin hier gerade bei den Aus-

(Angelika Birk)

führungen der Opposition zu diesem Punkt geklatscht hat, in der Fraktion mehrheitlich kein geeignetes Finanzierungsinstrument für die Hochschulen. Wir halten allerdings eine Neuorganisation der Lehre für Erfolg versprechend, damit es tatsächlich dazu kommt, dass Studierende das Studium in der **Regelstudienzeit** abschließen können.

Wir halten einen **Beirat** oder eine Kommission, die den Umsetzungsprozess der Reform begleitet, für einen hilfreichen Vorschlag. Wir sollten uns darüber verständigen, wie diese Institution beschaffen sein muss, damit sie eine Beschleunigung dieses Prozesses in Kontinuität unterstützen kann.

Nun komme ich zu den einzelnen Standorten. Ich glaube, es verwundert Sie nicht, dass wir den Abbau der **Medizinstudienplätze** für richtig halten und uns freuen, dass die Kommission unsere Forderung nach strikter Trennung der Kosten für Forschung und Lehre sowie für die Krankenversorgung unterstreicht. Hier muss das Land hart mit den Krankenkassen verhandeln. Auch dafür brauchen wir die Unterstützung des ganzen Hauses, damit der Regierung dieser Prozess gelingt.

Weniger Studienplätze in der Medizin zu haben heißt ja, dass Mittel für anderes frei werden. Wir sagen deutlich, dass wir dabei auch auf das Lehrstudium und die Unterfinanzierung der Flensburger Hochschule blicken. Die Schulforschung und die pädagogische Ausgestaltung einer neuen Form von Vermittlungswissenschaft im pädagogischen Bereich braucht deutlich mehr Akzente und mehr Mittel.

Wenn wir uns „Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein“ nennen, dann ist es merkwürdig, dass wir keinen einzigen Ort haben, an dem **Pflegewissenschaft** gelehrt und entwickelt wird. Daher wäre zu überlegen, ob das nicht etwas für eine der Fachhochschulen wäre.

Zur rechten Zeit kommt der Vorschlag für eine grundlegende Reform der Lehrerbildung. Wir haben immer wieder eine **Stufenlehrerbildung** gefordert. Wir sehen jetzt den Zeitpunkt für gekommen, Frau Erdiek-Rave, einen Schritt weiterzukommen. Andere Bundesländer sind bisher mutiger als wir. Wir haben ja immer die einphasige Lehrerbildung mit Praxiserfahrung von Anfang an gefordert. Trotzdem finden wir den Vorschlag der Kommission, ein Fachstudium mit Bachelor-Abschluss zu machen und darauf aufbauend ein Masterstudium zu setzen, das sich um Praxis und Theorie der pädagogischen Ausbildung kümmert, für diskussionswürdig. Es muss eine Entscheidung fallen - so oder so. Bei dieser Entscheidung müssen wir auch gucken: Was ist in Flensburg mach-

bar und was machen die anderen Bundesländer auf diesem Gebiet?

Die Konzentration der Lehrerbildung für alle Lehrämter für die Sekundarstufe I und II in Flensburg sowie die Kooperation der Fachhochschulen für die Berufsschullehrerbildung halten wir für sehr sinnvoll. Insbesondere die Kooperation der Fachhochschule zur Berufsschullehrerbildung ist etwas, was wir sehr zügig beginnen sollten, denn wir haben bekanntermaßen einen Mangel an Nachwuchs von Berufsschullehrern.

Also: Mutig voran. Flensburg stärken heißt natürlich auch, die Kooperation mit den umliegenden Schulen zu stärken, heißt, sich Wege zu überlegen, wie dieses Modell tatsächlich realistisch umgesetzt werden kann. Denn auch wir machen uns klar: Flensburg liegt am Rand dieses Bundeslandes und ist von ländlichem Raum umgeben. Auf den ersten Blick ist die Konzentration in Kiel verlockender. Doch wenn wir uns jetzt einmal dazu entschlossen haben, sollten wir diesen Weg auch konsequent zu Ende gehen und nicht halbe Sachen machen, das eine in Kiel und das andere in Flensburg belassen, sondern tatsächlich die Sekundarstufe I und die Primarlehrerbildung zusammenführen. Die Sekundarstufe II, für die weiterführenden Schulen in der Oberstufe - da hatte ich mich vorhin versprochen -, also die Gymnasiallehrerbildung und die Berufsschulbildung sind in Kiel zu belassen. Wir müssen uns schon vornehmen, einen Teil in Kiel zu belassen. Grundschule und Realschule aber muss in Flensburg sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch
[CDU])

Nun noch einmal zum Thema **Agrarfakultät**. Sie alle erinnern sich sicherlich an die Traktoren vor unserem Gebäude. Es gab einen großen Aufschrei, als ich vorgeschlagen hatte, dass die Fachhochschule und die CAU im Bereich der Agrarwissenschaft zusammenarbeiten sollten. Genau dieser Vorschlag findet sich bei der Kommission wieder. Ich kann nur sagen, dass ich das nachdrücklich begrüße. Die Probleme, die von der Opposition angesprochen worden sind, halte ich für lösbar.

Architektur und Bauingenieurwesen nach Lübeck macht auch Sinn. Ähnlich wie der Abgeordnete Weber sehe ich allerdings mit einem nachdenklichen Auge auf die **Muthesius-Hochschule**. Wir wollen, dass diese Hochschule endlich ihren Status als Kunsthochschule bekommt. Bisher war die Architektur einbezogen. Wenn wir hier zu einer Änderung kommen, muss das sehr genau abgewogen und im Hin-

(Angelika Birk)

blick auf die Folgen bedacht werden. Die Expertenkommission geht davon aus, dass die Muthesius-Hochschule den Status als Kunsthochschule auch ohne Architektenlehrgang erreichen kann. Zumindest deutet sie das an. Das gilt es, sehr gründlich zu überprüfen.

Damit komme ich zu unserer kleinsten Hochschule. Was die **Musikausbildung** betrifft, hat sie trotz ihrer Größe einen großen Ruf. Sie wird auch international gern von ausländischen Studierenden besucht. Hier werden im Wesentlichen Vorschläge gemacht, diese Hochschule endlich mit mehr Professoren und Professorinnen auszustatten. Das kann ich nur sehr nachdrücklich unterstützen. Insbesondere die Vorschläge zur Schulmusik finde ich sehr überzeugend, nämlich hier tatsächlich - Frau Erdsiek-Rave - eine „Ein-Fach-Ausbildung“ zuzulassen und die entsprechenden Stellen schnell zu besetzen.

Allerdings frage ich mich, ob die Vorschläge, die zur Profilierung in Zusammenarbeit mit Hamburg gemacht worden sind, tatsächlich erstens kostenneutral sind - Kosteneinsparungen sehe jedenfalls ich nicht - und ob sie zweitens der Profilierung dienen. Dies gilt es, mit den Fachleuten zu besprechen. Da die Vorschläge insgesamt sowieso, was die Kosten angeht, im gesamten Landesrahmen einen kleinen Posten ausmachen, wird das gesamte Konzept sicherlich nicht an dieser Frage scheitern, wenn wir uns so oder anders entscheiden.

Zusammenfassend komme ich zu folgender Bewertung. Die Vorschläge sind umsetzbar. Ich wiederhole das. Sie müssen von uns zügig angepackt werden. Wir müssen uns Instrumente schaffen, um den Prozess kontinuierlich zu beobachten und um Transparenz zu gewährleisten. Wir alle zusammen brauchen sehr viel Mut. Wir müssen viele gesellschaftliche Kräfte für die Hochschulen begeistern. Wir müssen die Wirtschaft begeistern, aber nicht nur die Wirtschaft. Dazu gehören auch die Gewerkschaften, die Wohlfahrtsverbände, alle diejenigen, die von den Ergebnissen der Hochschulen profitieren. Nicht zuletzt sind die Pflege- und die Umweltverbände zu nennen und alle diejenigen, die sich um die Meeresforschung kümmern. Es ist möglich, dass dieser Prozess gelingt. Lassen Sie uns das Signal, das uns die Kommission gegeben hat, aufnehmen und zügig an die Arbeit gehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich jetzt Frau Abgeordneter Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Aller Anfang ist leicht - wenn man ihn mit dem Ende vergleicht“ soll ein deutscher Immunbiologe einmal gesagt haben. Ich glaube, wir haben mit dem Bericht der Erichsen-Kommission einen guten Ausgangspunkt, der es uns erleichtert, zu einem guten Ende zu kommen.

Die Expertenkommission wurde aus der schmerzhaften Einsicht geboren, dass in der Hochschulpolitik in Schleswig-Holstein nichts mehr geht. Wenn man die Diagnose der Kommission in politische Alltagssprache fassen sollte, lautet die Konklusion wohl: Die Hochschulen haben heute zu viel zum Sterben, aber zu wenig zum Leben. Vielfach haben Lehrende und Studierende in Schleswig-Holstein nicht mehr als das hochschulpolitische Existenzminimum. Wer das ändern will, ohne dass dem Land mehr Geld zur Verfügung steht, muss umverteilen. Jetzt liegen uns die entsprechenden Vorschläge vor. Alle Beteiligten müssen die Chancen nutzen, die sich hieraus ergeben. Besonders erfreulich ist, dass sich die Hochschulen selbst bereits dazu verpflichtet haben.

Wir finden, die Kommission hat gute Arbeit geleistet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Sie hat eine Reihe von Vorschlägen zur Reformierung der Universitäten und der Fachhochschulen vorgelegt, die wir ohne weiteres unterstützen können. Dazu gehört die Modernisierung der Studienstrukturen durch internationale Bachelor- und Masterabschlüsse ebenso wie eine Reform der Finanzierungsstrukturen durch Fünfjahresverträge, eine leistungsbezogene Mittelvergabe und einen Innovationsfonds. Diese Instrumente können dazu beitragen, den Hochschulen finanzielle Planungssicherheit zu geben und neue Entwicklungen zu fördern. Wir werden diese im Einzelnen bewerten, wenn die Landesregierung dem Landtag entsprechende konkrete Vorschläge unterbreitet.

Eine gewisse Skepsis hegte der SSW bezüglich der vorgeschlagenen neuen **Leistungsstrukturen**, die den Rektoren und den Dekanen im Verhältnis zu den Hochschulgremien größere Macht verleihen soll. Hier

(Anke Spoorendonk)

wird vieles davon abhängen, inwieweit es die Landesregierung schafft, die richtige Balance zu finden.

Der SSW unterstützt die Zielsetzung der Kommissionsarbeit, die Hochschulen durch **Schwerpunktsetzung** im Wettbewerb zu positionieren. In diesem Sinn hat die Expertenkommission wirklich vermocht, einen Bericht zur Weiterentwicklung der Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein vorzulegen. Dafür verdient sie unseren Respekt und unseren Dank.

(Beifall bei SSW, SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Dank gilt ausdrücklich auch all denen, die durch die populäre Benennung „Erichsen-Kommission“ im Schatten des Vorsitzenden gearbeitet haben.

Die Kommission hat ihre Bewertung maßgeblich auf der Grundlage wissenschaftspolitischer Erwägungen vorgenommen. Das war ihr Auftrag. Die Landespolitik muss jetzt die Vorschläge gesamtpolitisch bewerten. Es ist unsere Aufgabe, darauf zu achten, dass neben dem wissenschaftspolitischen Gehalt auch die strukturpolitische Gewichtung stimmt und andere wichtige Aspekte berücksichtigt werden.

(Zuruf: Sehr gut!)

Für den SSW spielen natürlich die Einrichtungen im **Landesteil Schleswig** eine herausragende Rolle. Unsere Hochschulen bedeuten nicht nur Ausbildung und Arbeit für die Menschen in der Region, sie sind auch Dünger für die wirtschaftliche Entwicklung im Norden des Landes. Bei der Lektüre der Vorschläge der Erichsen-Kommission stellen wir jetzt erfreut fest, dass die wissenschaftspolitische Vernunft sich durchaus mit diesen **regionalen Interessen** verträgt.

(Beifall beim SSW)

Wir bedauern sehr, dass der **Standort Eckernförde** von der Kommission aufgegeben wird.

(Jutta Schümann [SPD]: Genau!)

Das ist ein harter Schlag für die Stadt und für ihr Umland. Hier muss aus der Sicht des SSW noch einmal ganz genau geguckt werden.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotzdem überwiegt der positive Eindruck. Denn immerhin werden alle selbstständigen Standorte erhalten und die Autonomie der Hochschulen wird gewahrt. Uns freut vor allem, dass nicht - wie ursprünglich befürchtet - **wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge** aus Flensburg nach Kiel verlagert werden. Die Wirtschaft in der nördlichen Region ist

durch einen besonders schwach ausgeprägten Dienstleistungssektor gekennzeichnet. Deshalb wäre die Schwächung der wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge ein herber Rückschlag für den Landesteil Schleswig.

Die deutsch-dänischen Studiengänge „Internationales Management“ und „Umwelt- und Energiemanagement“ sollen nach Ansicht der Kommission an der Fachhochschule Flensburg weitergeführt werden. Das können wir grundlegend akzeptieren. Allerdings gibt es dabei noch offene Fragen; denn die **grenzüberschreitenden Studiengänge** sind ja nicht zufällig an der Universität Flensburg entstanden. Wir haben es hier mit besonders zarten und wertvollen Pflänzchen zu tun, die nicht einfach herausgerissen und umgetopft werden können, ohne dass der Boden bereitet wird und die Gärtner sie weiter hegen.

Der SSW verschließt sich nicht dem von der Erichsen-Kommission vorgeschlagenen Weg, wenn dieser wirklich realisierbar ist, ohne die Studiengänge in ihrer Substanz zu gefährden. Es geht hier um internationale Studiengänge, die nicht allein im Bereich schleswig-holsteinischer Hochschulen und Politik liegen. Darin besteht ja gerade ihre Besonderheit. Pläne zur Verlagerung von der Universität an die Fachhochschule müssen also erst einmal mit den dänischen Kooperationspartnern erörtert werden, bevor ein Urteil gefällt werden kann.

Die Landesregierung muss auch sicherstellen, dass die **Verlagerung** des Studiengangs „Internationales Management“ und des Studiengangs „Energie- und Umweltmanagement“ an die Fachhochschule nicht zu einer Auswanderung des akademischen Personals aus diesen Studiengängen führt. Uns ist allen bewusst, dass für die Lehrkräfte an der FH andere Arbeitsbedingungen gelten. Die wenigen Lehrenden sind aber tragende Säulen der grenzüberschreitenden Studiengänge und müssen deshalb in Flensburg gehalten werden. Wenn dies bei einer Verlagerung an die FH nicht gewährleistet werden kann, dann müssen die Beteiligten gemeinsam andere Wege ausloten. Ich bin zuversichtlich, dass eine Lösung gefunden werden kann.

Der SSW meint nach wie vor, dass wir im Norden des Landes eine starke, breit aufgestellte Universität brauchen. Wir akzeptieren aber, dass sich dieser Traum mit den vorhandenen Mitteln des Landes in den nächsten Jahren nicht realisieren lässt. Unter diesen Voraussetzungen können wir dem Vorschlag der Erichsen-Kommission vieles abgewinnen, die **Universität Flensburg** zu einem **universitären Zentrum der Vermittlungswissenschaften** zu machen. Das gilt nicht zuletzt vor dem Hintergrund der

(Anke Spoorendonk)

von der Kommission angesprochenen Reform der Lehrerausbildung. Die angeregte Modularisierung mit einem Bachelor-Abschluss als Grundlage ist der richtige Weg, um die starre Ausrichtung auf das Lehramt an den Schulen aufzuweichen und den Absolventen eine größere berufliche Flexibilität zu geben.

(Beifall beim SSW sowie des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Für die neue Schwerpunktsetzung der Hochschule wird allerdings entscheidend sein, dass der Hochschulstandort Flensburg genügend **Mittel** erhält, um sich im Sinne des neuen Leitbildes weiterentwickeln zu können. Die Erichsen-Kommission sagt deutlich, dass die Universität Flensburg seit der Umwandlung von einer Pädagogischen Hochschule zur Universität vom Land nicht die notwendigen Ressourcen bekommen hat. Um das auszugleichen, reicht es nicht aus, dass mit den Lehramtsstudienplätzen, dem Heilpädagogikum und den Diplom-Pädagogen entsprechende CAU-Mittel mit nach Flensburg umziehen. Die Universität muss die Ressourcen haben, um sich innerhalb ihres eingegrenzten Aufgabenfeldes der Vermittlungswissenschaften mit Forschung und Lehre zu positionieren und durch neue Studiengänge zukunftsträchtig weiterzuentwickeln.

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Insbesondere angesichts der Perspektive, dass in einigen Jahren die Nachfrage nach Lehrkräften wieder abnimmt, muss die Hochschule die Chance bekommen, innerhalb des neuen Schwerpunktes weitere Standbeine zu entwickeln. Die Erichsen-Kommission weist in diesem Zusammenhang selbst darauf hin, dass dem deutsch-dänischen Studiengang „Sprach- und Kulturmittler“ hierbei Modellcharakter zukommt. Dem stimmen wir zu. Das muss ich ganz deutlich hervorheben. Auch wenn der Fächerkanon der Universität aus finanziellen Gründen begrenzt bleibt, muss das Profil dieser Hochschule durch grenzüberschreitende Studiengänge geprägt sein. Das erfordert, dass die Hochschule mit den ehrgeizigen Plänen ihrer Partner nördlich der Grenze mithalten kann. Der neue Campus in Sønderborg, beschlossen und durchfinanziert, kann ich sagen, wird einen Entwicklungsschub für die Region bringen, von dem auch Schleswig-Holstein profitieren kann, wenn wir nur die Chance ergreifen. Die Landesregierung muss durch die entsprechenden Mittel gewährleisten, dass die Universität Flensburg aus finanzieller Not nicht doch wieder zu einer reinen PH eingedampft wird.

Der SSW wird sich konstruktiv mit dem Bericht der Erichsen-Kommission und den daraus abgeleiteten Initiativen der Landesregierung auseinandersetzen. - Das ist ja eine Selbstverständlichkeit. Wenn man nicht konstruktiv mitarbeiten will, dann weiß ich nicht, was man will. - Wir erwarten, dass alle Beteiligten diesen Bericht ebenso konstruktiv lesen. Ich muss sagen, ich fand die heutige Debatte redlich und ebenfalls sehr konstruktiv. Dass man dabei nicht alle Interessen berücksichtigen kann, ist auch klar. Wir fordern aber eine politische Bewertung, die alle Folgen der vorgeschlagenen Hochschulreform berücksichtigt.

(Beifall bei SSW, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Wir treten in die Abstimmung ein.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung zu weiteren Beratungen in den zuständigen Bildungsausschuss zu überweisen. Weitere Ausschüsse sollen nicht beteiligt werden. Wer dem so zustimmen will, den darf ich um ein Handzeichen bitten. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das haben wir einstimmig beschlossen.

Damit ist der Tagesordnungspunkt 42 erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

Förderung von Existenzgründungen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2565

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2590

Ich darf fragen: Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Dem ist nicht so. Dann eröffne ich die Aussprache. Für die antragstellende Fraktion der FDP erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Angesichts der Tatsache, dass die Mehrheitsfraktionen den Bericht noch um einige Punkte erweitern wollen, gehe ich davon aus, dass sie unserem Berichtsantrag zustimmen werden. Ich will deshalb gleich zu Anfang feststellen, dass wir der Landesregierung selbstverständlich wunschgemäß etwas mehr Zeit für die Vorbereitung geben wollen, sodass also

(Christel Aschmoneit-Lücke)

der Berichtstermin von der 33. Tagung auf die 34. Tagung zu verschieben wäre. - Selbstverständlich nicht realiter, sondern nur in unserem Antragstext.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Müller, selbstverständlich werden wir auch den Erweiterungswünschen, die Sie haben, zustimmen. Je umfangreicher wir über die Möglichkeiten und Ergebnisse der Existenzförderung informiert werden, umso besser werden wir beurteilen können, ob und inwieweit die eingesetzten Mittel und die eingeschlagenen Wege zielführend sind.

Evaluation oder das, was die Ministerpräsidentin in ihrer Pressekonferenz vom 25. März Fördercontrolling genannt hat, sollte im Sinne des gewünschten Erfolges und im Sinne der Verantwortung politischen Handelns selbstverständlich sein, und zwar immer, besonders aber wenn die Steuergelder knapp werden. Nebenbei ist dies auch in § 7 der Landeshaushaltsordnung so vorgeschrieben.

Meine Fraktion bezweifelt, dass der Einsatz öffentlicher Mittel und der Erfolg der Schaffung von Arbeitsplätzen und von Wachstum bei der **Existenzgründungsförderung** in angemessenem Verhältnis stehen. Wir werden das ja anhand des Berichtes sehen. Bei der Beratung des jährlichen Wirtschaftsberichts und bei den Meldungen des Wirtschaftsministers zu der Zahl der Existenzgründungen habe ich immer wieder die Frage gestellt, woran denn die positive Wirkung der vielen Existenzgründungen abzulesen ist, wenn nicht am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und an der Beschäftigungsquote. Leider bin ich bisher ohne Antwort geblieben. Hoffentlich bringt der vorzulegende Bericht des Wirtschaftsministers eine befriedigende Antwort.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, dass die Effizienz und die Effektivität der öffentlichen Förderung gerade bei der Existenzgründung auch von potenziellen Nachfragern immer wieder angezweifelt wird. Der bürokratische Aufwand, der Zeitaufwand und die Notwendigkeit behördlicher Beurteilung von Unternehmensideen schrecken viele ab, und das sind vielleicht sogar die Kreativsten. Nicht alle sind allerdings so kreativ wie ein zukünftiger Unternehmer aus Berlin, der an mich folgendes Schreiben richtete - ich zitiere jetzt nicht wörtlich, sondern aus der Erinnerung -: Meine diversen Versuche - so schreibt er -, bei Banken und bei öffentlichen Geldgebern Kapital zu bekommen, sind so wenig erfolgreich gewesen oder so in der Bürokratie stecken geblieben, dass ich mich heute, sehr geehrte Frau Abgeordnete, an Sie und 100 weitere Adressaten in Ihrem Hause wende mit der Bitte, mir für meine Unternehmensidee - dann beschreibt er die Idee - unbürokratisch - jetzt kommt

es - 250 € zu überweisen. - Einfach so. Es heißt dort sinngemäß weiter: Ich werde Sie selbstverständlich über den Erfolg meines Unternehmens benachrichtigen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, das ist außerordentlich pfiffig, finde ich, sehr kreativ.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus-Dieter Müller [SPD])

Ich habe mich allerdings - so muss ich gestehen - nach reiflicher Überlegung schweren Herzens entschlossen, diesem Wunsch nicht sofort nachzukommen.

(Heiterkeit)

Es wäre ja einmal spannend zu erfahren - er schreibt ja „an 100 Adressaten Ihres Hauses“; ich nehme einmal an, er hat nicht die FDP-Fraktion gemeint -

(Zuruf des Abgeordneten Klaus-Dieter Müller [SPD])

wie viele Menschen spontan zu Überweisungsträgern gegriffen und gesagt haben: Für solch einen kreativen Unternehmer 250 € aus meinem Privatvermögen gern! Ich habe als schleswig-holsteinische Landtagsabgeordnete den anderen Weg gewählt.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus-Dieter Müller [SPD])

Ich habe diesen Berichtsantrag gestellt. - Herr Kollege Müller, ich weiß nicht, haben Sie 250 € überwiesen? - Auch nicht.

(Klaus-Dieter Müller [SPD]: Komisch eigentlich!)

Für den Briefschreiber ist dieser Weg sicherlich nicht so besonders erfreulich. Ich hoffe aber jetzt für uns alle, wenn der Bericht vorgelegt wird und wir weiter über dieses sehr wichtige Thema sprechen können, dass dies dann doch der positivere Weg ist.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Wenn ich es vom Präsidium aus richtig verfolgt habe, besteht also Einigkeit darüber, dass ein Berichtsantrag an die Regierung gestellt wird in der Fassung des Antrages der FDP in Ergänzung des Antrages von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wenn wir darüber Einigkeit haben, darf ich fragen: Ist gleichwohl Gesprächsbedarf gegeben? - Ist er.

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

Bevor wir dem nachkommen, darf ich zunächst auf der Tribüne - -

(Zuruf des Abgeordneten Klaus-Dieter Müller [SPD])

- Bitte? - Wenn alle anderen Redner auch auf ihre Beiträge verzichten, ja. Besteht Einigkeit seitens des Antragstellers, dass die Änderung übernommen wird? -

(Zuruf des Abgeordneten Klaus-Dieter Müller [SPD])

- Gut, wenn wir über den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 15/2565, in der Form des Änderungsantrages der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/2590, abstimmen können und Einigkeit darüber besteht, dass wir dann entsprechend in dieser Form abstimmen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Wer dem dann so seine Zustimmung erteilen will, den darf ich um sein Handzeichen bitten. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Berichts Antrag in dieser Form so beschlossen worden und der Tagesordnungspunkt ist insoweit erledigt. Wir freuen uns alle auf den Bericht.

(Klaus-Dieter Müller [SPD]: Dann können wir den nächsten auch gleich überweisen!)

- Zwischenrufe, Herr Kollege Müller, werden normalerweise durch Handzeichen angemeldet.

Wir haben nun zunächst neue Gäste auf der Tribüne zu begrüßen, und zwar die Damen und Herren des Hausfrauenbundes aus Malente. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich habe jetzt den Tagesordnungspunkt 15 aufzurufen:

Abschaffung der Mindestparkgebühr im Straßenverkehr

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2566

Ich darf fragen: Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich zunächst die Aussprache. Das Wort für die antragstellende Fraktion der FDP erteile ich der Frau Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir können gleich abstimmen!)

Sie haben das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich finde es außerordentlich bedauerlich, dass die Kollegen von SPD, CDU, SSW und Grüne nicht gesprochen haben. Sonst hätte ich eine kleine Pause gehabt. Ich will an dieser Stelle aber auch gleich sagen: Sollten Sie alle unserem Antrag ohne weitere Aussprache zustimmen wollen, würde ich auf diesen Redebeitrag verzichten. Das wurde mir bisher allerdings nicht signalisiert.

(Beifall bei FDP und CDU sowie des Abgeordneten Klaus-Dieter Müller [SPD])

- Das ist der Fall. Dann stelle ich also unseren weitreichenden Antrag und hoffe, dass wir damit einen weiteren Schritt in Richtung Deregulierung tun.

(Zurufe)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Wir haben zwar noch nicht die Möglichkeit, Reden zu Protokoll zu geben, aber das Präsidium kann durch einen Blick ins Plenum feststellen, dass alle Fraktionen mit dem Vorschlag einverstanden sind, ohne weitere Aussprache in das Abstimmungsverfahren einzutreten, also dem Grunde nach bereits diesem Antrag in der Sache Folge zu leisten.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wenn das so ist, dann darf ich die Aussprache schließen. Wir treten in die Abstimmung ein. - Herr Kubicki, wir sind in der Abstimmung. Wer dem Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 15/2566, in der Sache seine Zustimmung geben möchte, den darf ich um ein deutliches Handzeichen bitten. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag vom hohen Haus in der Sache einstimmig angenommen.

(Zuruf)

- Ich bin von Herrn Beisitzer Wagner darauf hingewiesen worden, dass sich Herr Dr. Wadehul der Stimme enthalten hat.

(Klaus-Dieter Müller [SPD]: Ach, ja, Wichtig!)

Damit rufe ich den Tagesordnungspunkt 23 auf:

Liberalisierung des Ladeschlusses

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2575 (neu)

Ich darf fragen, ob das Wort zur Begründung gewünscht wird. - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

ich die Aussprache. Das Wort für die antragstellende Fraktion der CDU erteile ich der Frau Abgeordneten Roswitha Strauß.

Roswitha Strauß [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn der Reformstau in Deutschland einen Namen hat, dann heißt er Ladenschluss. Erinnern wir uns: Bereits in der Landtagsdebatte vom November 1998 bestand, wenn ich von den Einlassungen des Kollegen Hentschel einmal absehe, Einigkeit darüber, dass das **Ladenschlussgesetz** weder den Verbrauchergewohnheiten noch den Wettbewerbsinteressen der heutigen Zeit entspricht, dass es für die Arbeitszeit der Beschäftigten inzwischen zahlreiche flexible Regelungen und Betriebsvereinbarungen sowie Arbeitsschutzgesetze gibt und dass dieses freiheitswidrige und bürokratische Ungetüm endlich zu den Akten gelegt werden muss, dass die Entscheidung über Öffnungszeiten dem Unternehmer überlassen wird, damit er für sich das Optimale wählen und entscheiden kann.

2003 geht die unendliche Geschichte um die Flexibilisierung des Ladenschlussgesetzes in eine weitere Runde - mit diesmal hoffentlich positivem Ausgang.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie können heute als Volksvertreter im Parlament untermauern, was Sie als Fraktion außerhalb des Parlaments bereits in einer Pressemitteilung als Ihren Willen dokumentiert haben. Unter der Schlagzeile „SPD-Fraktion für Freigabe der Ladenöffnungszeiten“ vom 29. Januar sprechen Sie sich für die **Freigabe der Ladenöffnungszeiten** von Montag bis Samstag, die Beibehaltung des Sonn- und Feiertagschutzes sowie die Bäderregelung aus und fügen zur Begründung unter anderem hinzu - ich zitiere -:

„Es hat keinen Sinn, weiterhin an einem Gesetz festzuhalten, das durch Veränderungen der Arbeitswelt und der Lebensgewohnheiten der Bevölkerung überflüssig geworden ist.“

(Vereinzelter Beifall)

„Darüber hinaus soll der Einzelhandel gestärkt und in die Lage versetzt werden, flexibel auf die Bedürfnisse seines jeweiligen Kundenkreises einzugehen.“

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Dafür haben die lange gebraucht!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, herzlichen Glückwunsch zu dieser Erkenntnis!

Diese späte Erkenntnis entspricht exakt dem Inhalt des CDU-Antrages, der seit zweieinhalb Jahren im

Wirtschaftsausschuss von Ihnen durch Beratungsverweigerung einer Beschlussfassung entzogen wird - zuletzt im Januar dieses Jahres.

Wir sind als CDU nicht nachtragend. Uns geht es vor allem darum, die nunmehr gemeinsame Sache endlich voranzubringen. Die CDU teilt Ihre Auffassung, dass die aktuelle Entscheidung des Bundeskabinetts zu diesem Thema der Notwendigkeit einer umfassenden **Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten** in keiner Weise gerecht wird. Hier wird nicht flexibilisiert, sondern nur marginal modifiziert.

Die Mehrheit der Länder im Bundesrat hat dem **Gesetzentwurf der Bundesregierung** seine Zustimmung verweigert; die Sache ist inzwischen an den Vermittlungsausschuss überwiesen worden.

Meine Damen und Herren, nach aller Erfahrung ist nicht davon auszugehen, dass der Vermittlungsausschuss eine grundlegende Veränderung in Richtung Flexibilisierung erreicht. Wahrscheinlich ist eine weitere marginale Modifizierung das Ergebnis. Damit wird unser gemeinsames Ziel nicht erreicht.

Ich stelle fest, bei der SPD ist zu diesem Thema offensichtlich schon Ladenschluss angesagt.

(Widerspruch des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD])

Neben der Beratung des aktuellen Gesetzentwurfs der Bundesregierung gibt es eine **Bundesratsinitiative**.

Die Ländermehrheit erklärt das Erfordernis einer Bundesgesetzgebung zum Ladenschluss für nicht gegeben, sie fordert daher die Aufhebung der geltenden Bestimmungen des Ladenschlussgesetzes mit Wirkung zum 1. Januar 2004. Nach der Aufhebung fiel es in die Zuständigkeit der Länder, eigene Regelungen zu erlassen.

(Bernd Schröder [SPD]: Bei der CDU ist auch schon Ladenschluss!)

- Ach, lieber Kollege Bernd Schröder.

(Erneuter Zuruf des Abg. Bernd Schröder [SPD])

- Gut, das ist in Ordnung.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Da ist auch schon Ladenschluss!)

- Da ist auch schon teilweise Ladenschluss. Wenn das ins Protokoll soll, bitte schön, können wir machen. Wenn wir uns am Ende einig sind, bringen wir die Sache voran! Darum geht es.

Um das Ziel einer echten Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten zu erreichen, möchte die CDU mit

(Roswitha Strauß)

ihrem Antrag diese **Länderinitiative** durch ein **Votum des Landtages** unterstützen. Dies wäre auch eine konkrete Handlung und Untermauerung der Länderbestrebungen nach mehr Selbstbestimmung und Eigenverantwortung, wie es auf dem Föderalismuskonvent in Lübeck vehement gefordert wurde.

Hamburg befasst sich bereits vorausschauend mit der Ausgestaltung eigener Regelungen für den Fall, dass die Länderinitiative Erfolg hat. Es ist aus unserer Sicht daher wichtig, schon jetzt die enge Abstimmung mit Hamburg zu suchen, damit einheitliche Regelungen in der Metropolregion Hamburg erhalten bleiben.

Meine Damen und Herren, wir diskutieren die Flexibilisierung des Ladenschutzgesetzes in diesem hohen Hause seit 1998. Im Jahre 2000 erklärte Ministerin Moser in der Presse die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten für unumgänglich. 2003 erneuert die SPD-Fraktion diese alte Forderung ihrer Ministerin als Aufforderung an die Bundesregierung. Es ist an der Zeit, den gemeinsamen Positionen von CDU, SPD und FDP gemeinsame Beschlüsse folgen zu lassen. Nicht Presseerklärungen, sondern nur Beschlüsse sind für politische Umsetzungen wirksam, Glaubwürdigkeit erreicht die Politik nur durch Taten. In diesem Sinne beantrage ich Abstimmung in der Sache.

(Beifall bei der FDP)

Im Übrigen können wir dann auch die seit zweieinhalb Jahren im Wirtschaftsausschuss schmorenden Anträge in dieser Sache für erledigt erklären.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der SPD erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Eichstädt.

Peter Eichstädt [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat sich in dieser Wahlperiode und auch davor schon mehrfach mit der Liberalisierung der Ladenschlussgesetzgebung befasst. Im Sozialausschuss und auch im Wirtschaftsausschuss - völlig richtig, Frau Strauß - liegen Anträge von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und nun kommt noch ein weiterer Antrag der CDU dazu. Ich habe nicht den Eindruck, dass wir so heute in der Sache weiterkommen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vielmehr hätte ein Blick auf die Beratungsprotokolle im Bundesrat und im Bundestag geholfen, um zu erkennen, dass wir im Moment **keinen aktuellen Handlungsbedarf** haben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie drücken sich vor einer Entscheidung!)

Vielleicht geht es der Antragstellerin aber vor allem darum, hier im Landtag noch einmal die unterschiedlichen Positionen der Fraktionen deutlich zu machen. Diese gibt es in der Tat, es gibt hier auch Unterschiede zwischen den regierungstragenden Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD, das will ich durchaus zugestehen.

Lassen sie mich deshalb in aller Kürze die **Position meiner Fraktion** zum Ladenschlussgesetz aufzeigen. Sie selbst haben sie ja schon gelobt, Frau Strauß. Die SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass das Ladenschlussgesetz in seiner jetzigen Form nicht mehr den Bedürfnissen und Wünschen der Menschen in unserem Lande entspricht.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmo-
neit-Lücke [FDP])

Es ist lange durch diverse Ausnahmeregelungen schrittweise immer mehr ausgehöhlt worden und sollte nach unserer Auffassung weitestgehend abgeschafft werden.

Im Vergleich mit den Ladenschlussregelungen anderer Länder insbesondere in Europa zeigt sich, dass liberalere Regelungen möglich und erfolgreich sind.

Wir haben als SPD-Fraktion deshalb gesagt: Die Ladenöffnungszeiten von Montag bis Samstag sollten freigegeben werden. Der grundgesetzlich verbrieft Sonn- und Feiertagsschutz bleibt sichergestellt. Die für unser Land wichtige Bäderregelung wird beibehalten.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Und - das ist ein Punkt, den wir als Fraktion etwas häufiger betonen als Sie, Frau Strauß - die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen bei all diesen Änderungen gewahrt bleiben.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist möglich, weil es für die Steuerung der **Arbeitszeit** der Beschäftigten inzwischen zahlreiche flexible Regelungen im Rahmen von Betriebsvereinbarungen sowie Arbeitsschutzgesetzen gibt.

(Roswitha Strauß [CDU]: Das habe ich doch gesagt!)

(Peter Eichstädt)

- Frau Strauß, das haben Sie gesagt, aber Sie haben diese Auffassung nicht exklusiv. Sie haben uns gebeten, unsere Auffassung dazu zu sagen.

(Zurufe von der CDU)

Uns ist klar: Insbesondere durch den hohen Frauenanteil - auch das ist etwas, was man von Ihnen seltener hört -

(Zurufe von der CDU)

im Einzelhandel entstehen einerseits Rückwirkungen auf das Familienleben. Andererseits ergeben sich bei einer entsprechenden Aufgabenverteilung neue Arbeitschancen auch für Frauen, die bisher nicht in der Lage waren, zu den alten Öffnungszeiten zu arbeiten. Darüber hinaus soll der örtliche Einzelhandel gestärkt und in die Lage versetzt werden, flexibel auf die Bedürfnisse seines jeweiligen Kundenkreises einzugehen.

Meine Damen und Herren, die seit fünf Jahren bereits realisierte Verlängerung der Ladenöffnungszeiten ist von der Bevölkerung angenommen worden. Im Februar dieses Jahres ist durch die Bundesregierung eine weitere Änderung des Ladenschlussgesetzes auf den Weg gebracht worden: Der Bundestag hat beschlossen, die Ladenöffnungszeiten an Samstagen bis 20 Uhr auszuweiten, und gleichzeitig weitere Sonderregelungen abgeschafft, auf die ich jetzt aus Zeitgründen nicht weiter eingehe.

Dieses Gesetz bleibt zwar - das will ich deutlich sagen - hinter dem zurück, was sich meine Fraktion gewünscht hätte, es ist aber ein Schritt in die richtige Richtung. Die Öffnungsmöglichkeiten am Samstag sind der Kern dessen, was im Rahmen einer Anpassung der Ladenöffnungszeiten an die veränderten Lebens- und Einkaufsgewohnheiten der Menschen erforderlich war.

Das **Gesetz der Bundesregierung** hat aber den Bundesrat nicht passiert. Sie haben das eben richtig berichtet. Dieser strebt in einem eigenen Gesetzentwurf an, das Ladenschlussgesetz aufzuheben - das wäre aus unserer Sicht in Ordnung - und den Ländern die Möglichkeit zu öffnen, selbst über die Ladenöffnungszeiten zu bestimmen - das ist aus unserer Sicht nicht in Ordnung. Frau Strauß, Sie fordern in Ihrem Antrag die Landesregierung auf, diese Initiative zu unterstützen. Meine Fraktion lehnt dieses Gesetz aber wegen der **Regelungsmöglichkeit auf Länderebene** ab.

Frau Strauß, Ihr Antrag, von Herrn Eichelberg unterschrieben, zeigt doch auch, dass Sie diese Regelung in der CDU-Fraktion eigentlich selbst nicht wollen. Denn sonst brauchten sie doch nicht einerseits die Regelungsmöglichkeit auf Länderebene zu fordern,

gleichzeitig aber im selben Antrag die Landesregierung schon einmal vorab aufzufordern, in und um Schleswig-Holstein herum für einheitliche Verhältnisse zu sorgen.

Die Landesregierung hat im Bundesrat die letztlich unterlegene Initiative Hamburgs im Kern unterstützt, die vorsah, die Ladenschlusszeiten an den Werktagen generell aufzuheben und es hinsichtlich der Sonn- und Feiertage bei den bisherigen Regelungen zu belassen. Dies entspricht den Vorstellungen der SPD-Fraktion, auch wenn wir - nachdem sich die Bundesregierung festgelegt hat - nicht mehr davon ausgehen, dass es zu einer anderen als der im Gesetzentwurf der Bundesregierung festgelegten Regelung kommen wird. Die Ladenöffnungszeiten werden somit am Samstag bis 20 Uhr ausgeweitet. Wir sind der Auffassung, dass dies ein Schritt in die richtige Richtung ist, auch wenn wir uns einen größeren Schritt gewünscht hätten.

Ich beantrage im Gegensatz zu Ihnen für meine Fraktion die Überweisung des Antrages in den dafür zuständigen Sozialausschuss, mitberatend in den Wirtschaftsausschuss. Auch das ist - nebenbei bemerkt - ein Unterschied, dass dieses Thema bei uns mehr im Sozialausschuss behandelt wird.

Ich wage zum Schluss einmal die Vorhersage, dass sich die Angelegenheit dort durch die Bundesgesetzgebung schon im Mai erledigt haben wird.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der FDP erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Eichstädt, ich finde es ganz toll, dass Sie so optimistisch sind. Wir hätten uns trotzdem gewünscht, dass Sie heute hier auch einmal Mut zeigt und eine Entscheidung in diesem Parlament getroffen hätten.

(Beifall der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU] und Lars Harms [SSW])

Wenn Sie nun beantragen, auch diesen Antrag der CDU wieder an die Ausschüsse zu überweisen, dann müsste man sich vielleicht einmal überlegen, ob es sinnvoll ist, drei Anträge seit Jahren in allen Ausschüssen rauf und runter zu beraten, interfraktionelle Arbeitsgruppen einzurichten, in denen ebenfalls besprochen und getagt wird, wo sogar vonseiten der

(Christel Aschmoneit-Lücke)

SPD-Fraktion Vorschläge unterbreitet werden, denen wir - obgleich es nicht unseren Gesamtvorstellungen entspricht - zustimmen können. Nun einen weiteren Antrag dahin zu überweisen - ich weiß nicht, ob man das unter Umsetzen und schnellem Handeln von Politik verstehen kann.

(Beifall bei FDP und CDU sowie des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Meine Damen und Herren, wenn vor allem auch die ausländische Presse Deutschland immer wieder als überreguliert beschreibt, dann ist das Ladenschlussgesetz eines, wo immer wieder mit dem Finger draufgezeigt und gesagt wird: Die Deutschen sind nicht einmal in der Lage, zum Einkaufen zu gehen, wann sie wollen. Das ist doch etwas, was man in Europa selten versteht.

Wie schwer wir uns in Deutschland und in Schleswig-Holstein mit dem allseits geforderten und angekündigten Abbau von Regulierungen, Bürokratie und so weiter im Detail tun, haben wir in diesem Landtag angesichts der drei Anträge, die seit September 2000 hier beraten werden, gezeigt. Jetzt liegt der vierte Antrag vor, und ich meine, die CDU hat ihren Antrag den neuesten Entwicklungen angepasst. Der Bundesminister, der auch immer sehr gerne Deregulierungen ankündigt, Herr Clement - ich habe hier ein Wort aufgeschrieben, das ich selbst kaum aussprechen kann: der Bundessuperderegulierungsankündigungsminister Clement -, hat es immerhin geschafft, die Ladenöffnungszeiten samstags um vier Stunden auszuweiten. Es bewegt sich offensichtlich etwas in unserem Lande. Der Bundesrat hat den Vermittlungsausschuss angerufen, um das Ladenschlussgesetz im Bundestag aufheben und die Kompetenz zur Festlegung der zulässigen Ladenöffnungszeiten in die Hände der Bundesländer zu legen. Ich glaube, das ist gar kein so schlechter Vorschlag, wenngleich wir als FDP immer gefordert haben, und wir bleiben auch bei dieser Forderung, dass eigentlich dieses **Ladenschlussgesetz aufzuheben** ist. Dann kann tatsächlich jeder Betroffene, jeder Kaufmann, jeder Laden, jedes größere Unternehmen, wer auch immer, das so machen, wie es ihm oder ihr entgegenkommt.

(Beifall bei der FDP)

Dann brauchen wir übrigens auch nicht mehr die Sonderausführungen zur Bäderregelung, die in Schleswig-Holstein selbstverständlich von ganz großer Bedeutung sind. Wenn wir das Ladenschlussgesetz insgesamt abschaffen, brauchen wir auch die Bäderregelung nicht mehr.

Meine Damen und Herren, die Frage, ob es sinnvoll ist, das Ladenschlussgesetz insgesamt aufzuheben

oder nicht, und die Frage, ob es noch arbeitsschutzrechtliche Bedeutung hat, sind hier so häufig diskutiert worden, dass ich das nicht mehr alles ausführen muss. Ich möchte nur dafür plädieren, dass wir heute diese Entscheidung treffen, dem CDU-Antrag endlich zustimmen, alleine schon deswegen - Frau Kollegin Strauß hat es angesprochen -, dass wir alle anderen Anträge zu diesem Thema endlich für erledigt erklären können und dann auch einen ganz wesentlichen Schritt in die richtige Richtung weiterkommen.

(Beifall bei der FDP - Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt dem Herrn Fraktionsvorsitzenden Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben folgendes Problem. Wir wissen nicht, was auf Bundesebene entschieden wird. Es gibt zurzeit eine Situation auf Bundesebene, dass der Bundesratsantrag, der dem entspricht, was hier am meisten diskutiert wurde - das war der aus Hamburg, dem auch das schleswig-holsteinische Kabinett zustimmen wollte -, keine Mehrheit hatte. Stattdessen hat ein Antrag des Freistaates Sachsen eine Mehrheit gefunden, der das Ladenschlussgesetz ersatzlos aufheben will. Das wirft wiederum das Problem auf, dass einige Regelungen, die wir wollen, insbesondere die Bäderregelung und ähnliche Dinge, damit auch kippen würden. Das heißt, das entspräche nicht der Position, die hier mehrheitlich geäußert worden ist. Von daher glaube ich, dass es keinen Sinn hat, jetzt zu entscheiden, sondern es ist notwendig, abzuwarten, was auf Bundesebene entschieden wird. Wenn es die **Entscheidung auf Bundesebene** gibt, können wir sagen, welche Konsequenzen wir für Schleswig-Holstein daraus ziehen, ob wir überhaupt Konsequenzen auf Landesebene ziehen müssen oder ob wir keine Konsequenzen ziehen, weil das auf Bundesebene so geregelt ist, wie wir das haben wollen. Das ist zurzeit der Diskussionsstand.

Jetzt noch einmal zu der Position der Grünen. Die **Position der Grünen** basiert auf der Feststellung, dass die Länder, die einen völlig liberalisierten Ladenschluss haben, zwar in den Großstädten gut bedient sind. In den Großstädten - nehmen wir Hamburg oder Berlin - wird das dazu führen, dass es in den Innenstädten ein lebhaftes Einkaufsleben rund um die Uhr gibt und die kleinen Läden gestärkt werden.

(Karl-Martin Hentschel)

Das ist positiv. Aber in der Fläche – und Schleswig-Holstein ist nun einmal ein **Flächenland** – führt eine völlige Aufhebung des Ladenschlusses dazu, dass es im ländlichen Raum zentrale Einkaufszentren gibt mit sehr ausgedehnten Einkaufszeiten und dass alle kleinen Läden flächendeckend verschwinden. Das können Sie feststellen, wenn Sie sich das in den entsprechenden Ländern ansehen. Der Grund ist ganz einfach. Ein großer Teil dieser Läden ist nicht in der Lage, ausgedehnte Ladenschlusszeiten zu bedienen. Die kleinen Läden haben in der Regel nur die Inhaber oder wenige Angestellte. In der Regel ist nach 18 Uhr nichts mehr los und nach 19 Uhr sowieso nicht. Selbst in Kiel ist es so, dass mittlerweile alle Läden von Montag bis Freitag um 19 Uhr Schluss machen. Das heißt, es wird nicht einmal die Ladenschlusszeit bis 20 Uhr ausgenutzt. Die Konsequenz ist, dass wir noch einen großen Laden in Raisdorf haben, der rund um die Uhr geöffnet ist. Diese strukturpolitische Entscheidung muss bedacht werden, wenn wir Änderungen beschließen wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wäre völlig unsinnig, eine Liberalisierung einzuführen, die nirgends in Schleswig-Holstein irgendeine Bedeutung hat, sondern nur in Hamburg und Berlin. Von daher glaube ich, dass die Argumentation, die wir vorgetragen haben, eine sehr vernünftige Argumentation ist. Wir treten immer dafür ein, die Einkaufszentren in der Stadt und die kleinen Läden in den Wohnbezirken zu stärken und ihnen Privilegien zu verschaffen. Ich würde mich freuen, wenn diese Angelegenheit auch in den größeren Fraktionen und in der FDP einmal überdacht würde.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Lars Harms.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Garg, da kann man besser einkaufen als hier bei uns, da gebe ich Ihnen Recht, und da gibt es solche Regelungen nicht. Deswegen komme ich jetzt auch zum Thema.

Immer wieder wird in der öffentlichen Debatte über die wirtschaftliche Situation des Standortes Deutschland festgestellt, dass vor allem die lahrende Binnenkonjunktur gravierende Auswirkungen auf die

Zukunft der Unternehmen und Arbeitsplätze hat. Das heißt, dass wir auf der einen Seite dafür sorgen müssen, dass die privaten Haushalte und hier vor allem die ärmeren Schichten, deren Konsumquote sehr hoch ist, über ein entsprechendes Einkommen verfügen und auf der anderen Seite **Anregungen zum Konsum** gegeben werden. Was diese Anregungen angeht, kann der Gesetzgeber eigentlich nicht viel machen. Schließlich kann man den Unternehmen nicht vorschreiben, was sie produzieren sollen und wie sie es anbieten. Was der Gesetzgeber aber kann, ist, die gesetzlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Konsum leichter möglich wird. Die **Liberalisierung des Ladenschlusses** ist genau eine solche Möglichkeit, die der Gesetzgeber nutzen kann und muss. Wenn die Läden länger offen sind, entstehen mehr Möglichkeiten zum Konsum. Durch dieses Mehr an Möglichkeiten schaffen wir die Basis, Arbeitsplätze zu erhalten oder gar auszubauen. Mit einer einfachen Deregulierung können wir es schaffen, neben den bestehenden Arbeitsplätzen weitere zu schaffen. Ich stelle ausdrücklich fest, dass auch neue Teilzeitarbeitsplätze möglich werden, die wir auch immer einfordern. Die Menschen verstehen es nicht, wenn man an den alten engen Ladenöffnungszeiten weiter festhält. Auch Argumente wie das der erweiterten **Arbeitszeiten** und möglicher Schichtdienst, die sich nicht mit dem Familienleben vereinbaren lassen, ziehen nicht. Millionen von Menschen haben andere Arbeitszeiten als zwischen 8 Uhr und 16 Uhr. Alle diese Menschen werden dadurch nicht rechtlos. Natürlich besteht weiterhin eine Rahmengesetzgebung und oft auch eine Tarifbindung, die unverhältnismäßige Arbeitszeiten ausschließen. Alle diese Menschen sind gut damit klargekommen.

Wir haben uns aber auch überlegt, ob eine Liberalisierung des Ladenschlusses nicht gerade die kleinen Unternehmen besonders hart trifft. Aber bisher haben wir nur positive Rückmeldungen gehabt, wenn es um die Freigabe der Ladenöffnungszeiten ging. Gerade die kleineren Geschäfte sehen auch Chancen in der Flexibilisierung ihrer Öffnungszeiten,

(Beifall bei der FDP)

kann man sich doch so eher den Bedürfnissen seiner speziellen Kundschaft anpassen. Unsere Nachfragen bei Wirtschaftsorganisationen haben ergeben, dass die Freigabe des Ladenschlusses durchaus mit breiter Mehrheit begrüßt wird.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht vom Bundesverband des Deutschen Einzelhandels!)

(Lars Harms)

Wenn es also um die Aufhebung der Ladenöffnungszeiten an Werktagen geht, dann geht es vor allem um die Ausnahmeregelungen.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Widerspruch bei der FDP)

Herr Kollege Hentschel, das sind eben Einzelstimmen., die mögen ja auch die Grünen stützen, aber die breite Masse sieht es eben anders.

Wenn es also um die **Aufhebung** der Ladenöffnungszeiten **an Werktagen** geht, geht es vor allem um **Ausnahmeregelungen**. Unter Punkt drei wird die wichtigste Ausnahmeregelung genannt: Die **Bäderregelung** hat sich in den touristischen Hochburgen und manchmal auch darüber hinaus zu einem wichtigen Standbein der regionalen Wirtschaft entwickelt.

(Beifall bei der FDP)

Diese Regelung würde bei einer völligen Aufhebung des Ladenschlussgesetzes gleich mit aufgehoben werden, es könnte also nicht mehr am Sonntag verkauft werden. Daher muss auf jeden Fall sichergestellt sein, egal wie die Regelung aussieht, dass die Bäderregelung als gesetzliche Regelung weiter bestehen bleibt.

In diesem Zusammenhang bitte ich auch daran zu denken – das ist die gleiche rechtliche Grundlage -, dass in Grenznähe zu Dänemark der **Grenzhandel** ebenfalls geöffnet ist, dessen Bestand nicht unmaßgeblich von der Sonntagsöffnung abhängig ist. Für diese Betriebe muss ebenfalls die Sonderregelung beibehalten werden.

Bei Punkt 2 des Antrages bin ich unsicher, was hiermit gemeint ist. Wenn gemeint ist, dass beide Länder, Hamburg und Schleswig-Holstein, einheitlich die völlige Freigabe des Ladenschlusses - wie in Punkt 1 gefordert - umsetzen sollen, glaube ich nicht, dass das ein großes Problem sein wird. Die schwarz-gelbe Regierung in Hamburg wird sicher ebenfalls für die völlige Liberalisierung sein. Wenn gemeint sein sollte, dass die konkreten Öffnungszeiten in der Metropolregion Hamburg gleich sein sollten und die Landesregierung hier regelnd eingreifen sollte, so meine ich, dass dies der Markt - sprich die Unternehmen - selber entscheiden können und müssen.

Als vierter Punkt wird gefordert, die bisherigen Regelungen für **Sonn- und Feiertage** beizubehalten. Dieser Forderung können wir uns anschließen. Trotzdem möchte ich nochmals darauf hinweisen, das möglicherweise dann nicht die Aufhebung des Ladenschlussgesetzes, sondern eine Novellierung ein besserer Weg wäre, die bisherigen Ausnahmeregelungen

abzusichern. In jedem Fall werden die Regelungen zum Ladenschluss modifiziert werden. Daher muss die Landesregierung - wie im Antrag gefordert - die notwendigen Vorbereitungen schnellstmöglich treffen.

Wir hätten auch heute schon gern über den Antrag abgestimmt und ihm dann auch zugestimmt, zumal wir - wie vorhin schon zitiert - 1998 schon einmal darüber abgestimmt haben und zu einem Beschluss gekommen sind. Wenn wir **heute beschlossen** hätten, hätten wir uns zu einem laufenden Verfahren auf Bundesebene geäußert. So hätten wir uns zumindest mittelbar mit unserem Einfluss bemerkbar gemacht. Wir hätten eine **politische Aussage** getroffen. Ich finde, das ist eigentlich die vornehmste Aufgabe eines Parlamentes.

(Beifall bei SSW, FDP und der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Schon allein für unsere eigene parlamentarische Reputation - darauf stehen wir ja unheimlich - finde ich, hätten wir heute einen Beschluss herbeiführen sollen.

(Beifall bei SSW und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Landesregierung erteile ich jetzt Frau Sozialministerin Moser.

Heide Moser, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine völlige Freigabe der Ladenschlusszeiten an Werktagen, ein prinzipieller Sonn- und Feiertagschutz mit klar geregelten Ausnahmen - in welchem Gesetz auch immer - und den entsprechenden Anknüpfungspunkten für eine großzügige Bäderregelung, das entspricht der wiederholt und schon seit Jahren - wirklich seit Jahren! - erklärten Linie der Landesregierung.

(Beifall bei der FDP)

Ich weiß nicht, ob das jemand toppen kann, aber ich vertrete diese Forderung - dezidiert in der Zeitung „Die Zeit“ nachzulesen - seit 1995,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das stimmt!)

und zwar aus ordnungspolitischen und verbraucherpolitischen Gründen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Da waren Sie aber noch ganz allein!)

(Ministerin Heide Moser)

- Das stimmt. Aber es bewegt sich ja doch etwas!

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich glaube, das Thema hat im Rahmen der Deregulierungs- und Reformdebatte ideologisch einen etwas überhöhten Stellenwert.

(Beifall der Abgeordneten Bernd Schröder [SPD], Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es wird fälschlicherweise an Arbeitnehmerschutzrechten festgemacht, die anderweitig geregelt sind und auch geregelt sein müssen. Ich glaube, darüber sind wir uns einig.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich glaube, diese **ideologische Überhöhung** erklärt die Widerstände und die doch sehr kleinschrittige politische Willensbildung in diesem Feld.

Es ist momentan zu erwarten, dass der auf der Grundlage des Entwurfs der Bundesregierung erfolgte **Gesetzesbeschluss des Bundestages** ohne Änderung bestätigt wird. Das muss man realistisch hier auch einmal sagen. Denn im Einspruchverfahren wird die Kanzlermehrheit reichen, den Einspruch zurückzuweisen. Wir haben mit der Ausweitung der Sonnabendöffnung sicherlich nicht den großen Wurf, aber wir haben einen Schritt, und zwar in die richtige Richtung, getan. Das soll man dann auch nicht verkennen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Sollte sich im anstehenden Vermittlungsverfahren doch noch eine realistische Chance für eine wirkliche **bundesrechtliche Liberalisierung** ergeben, dann werden wir uns selbstverständlich für sie einsetzen. Wir wissen uns da auf derselben Linie wie Hamburg. Sie wissen es, wir haben den hamburgischen Gesetzentwurf im Verfahren mitgetragen. Leider - ich bitte Sie, das auch einmal zu bedenken, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU - haben sich die CDU-geführten Länder eben nicht auf diesen hamburgischen Entwurf verständigen können. Wie man weiß, gibt es in Ihren Reihen auch Menschen, die sich scheuen, das Ladenschlussgesetz abzuschaffen beziehungsweise es wirklich zu liberalisieren. Deshalb hat man zur Krücke der Regionalisierung gegriffen, nach dem Motto: Dann darf es jeder so machen, wie er möchte, auch Bayern, das nicht für eine vollständige Liberalisierung ist, und andere CDU-Länder mehr. Sie werden dann Landesladenschlussgesetze mit dem

Effekt schaffen, dass wir einen bundesweiten Flickenteppich haben und in Grenzbereichen eine noch unklarere Rechtssituation als heute mit den vielen Ausnahmen. Davon halten wir wenig. Wir möchten eine **bundesrechtliche Regelung**. Sollte sich aber wider Erwarten dieser halbherzige Bundesratsbeschluss halten, sollte er wider Erwarten nicht vom Bundestag zurückgewiesen werden, dann werden wir natürlich hier in Schleswig-Holstein - und zwar in Abstimmung mit Hamburg - eine landesrechtliche Liberalisierung durchführen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber ich bleibe dabei: Wir brauchen eine bundesrechtliche Deregulierung. Dazu sollten eigentlich auch alle CDU-regierten Länder den Mut haben.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich jetzt Frau Abgeordneter Roswitha Strauß.

Roswitha Strauß [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin Moser! Ich teile auf der einen Seite Ihre Auffassung, auch uns wäre eine Bundesregelung selbstverständlich lieber.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auf der anderen Seite denke ich, wenn es eine Option gibt - das ist die Intention unseres Antrages -, zu einer Länderregelung zu kommen, müssen wir diese Chance auch nutzen. Sie haben das angekündigt, darüber habe ich mich gefreut.

Herr Eichstädt hat gesagt, dass die SPD das nicht will. Sie haben das nicht begründet, ich verstehe das nicht ganz. Denn eines müssen wir doch sehen: In diesem Zusammenhang wird immer angeführt, dass man überall einheitliche Öffnungszeiten haben müsse. Meine Damen und Herren, das haben wir schon heute nicht.

Es geht auch nicht darum, generell längere Öffnungszeiten zu schaffen. Es geht darum, den Unternehmern, den Marktteilnehmern, die Möglichkeit zu geben, das für sie **optimale Zeitfenster** ihrer Öffnungszeiten wählen zu können.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoheit-Lücke [FDP])

(Roswitha Strauß)

Das ist der entscheidende Punkt. Es geht um die **Freiheit für die eigene Gestaltung der Öffnungszeiten.**

(Zuruf von der SPD)

Ich möchte darauf hinweisen, dass ich für den Einzelhandel hierin auch gewaltige Chancen sehe, gerade im ländlichen Bereich. Wenn wir uns die demographische Entwicklung in unserem Land anschauen, müssen wir sehen, da gibt es Möglichkeiten für den Einzelhandel, den die Großkonzerne mit ihren großen Apparaten gar nicht haben. Das ist alles schon angesprochen worden.

Ich glaube, wir sollten uns insofern nicht davor fürchten, auch länder eigene Regelungen zu schaffen. Ich glaube auch, dass die normative Kraft des Faktischen dann etwas in Bewegung setzt. Deshalb haben wir den Antrag so verfasst, dass wir beide Optionen genannt haben. Aber eine bundesrechtliche Regelung wäre erstens schneller und zweitens einfacher zu handhaben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen dem Präsidium nicht vor. Ich schließe die Beratungen.

Wir treten in die Abstimmung ein. Es ist Abstimmung in der Sache beantragt worden. Ich darf deshalb fragen, wer dem Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2575 - -

(Wolfgang Baasch [SPD]: Wir haben Überweisung in den Ausschuss beantragt! - Zuruf von der CDU: Wir haben Abstimmung in der Sache beantragt! - Wolfgang Baasch [SPD]: Ja, aber darüber müssen wir abstimmen! - Weitere Zurufe)

- Wo Sie Recht haben, haben Sie Recht, Herr Kollege Baasch. Ich habe deshalb extra gefragt, ob auch Ausschussüberweisung beantragt worden ist.

(Zurufe)

- Aha, das hatte ich nicht gehört. Das ist ja in Ordnung.

Dann haben wir jetzt zwei Abstimmungsbegehren, das eine ist die Ausschussüberweisung und das andere ist die Abstimmung in der Sache. Nach den bisherigen Gepflogenheiten ist es so, dass die Abstimmung über die Ausschussüberweisung vorgeht.

Ich lasse also zunächst darüber abstimmen, ob der Antrag 15/2575 (neu) der Fraktion der CDU in den

zuständigen Wirtschaftsausschuss überwiesen werden soll.

(Wolfgang Baasch [SPD]: In den Sozialausschuss! Tut uns Leid, aber das ist da angesiedelt! - Weitere Zurufe)

- Das ist kein Problem, also in den Sozialausschuss, mitberatend in den Wirtschaftsausschuss.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Es ist kein Sozialgesetz! - Weitere Zurufe)

- Ich frage deshalb nach!

(Zurufe)

Sehen Sie, klare Antragsvorlagen der Fraktionen erleichtern die Tagungsführung!

Herr Abgeordneter Astrup!

Holger Astrup [SPD]:

Herr Präsident, ich weise darauf hin, dass das Thema, das wir gerade diskutieren, nach wie vor bei der Sozialministerin angesiedelt ist. Von daher hat es irgendwie Sinn, den Antrag in den Sozialausschuss und mitberatend in den Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Dann ist die Abstimmungslage jetzt geklärt. Es geht also zunächst darum, sich Gedanken darüber zu machen, ob man den Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 15/2575 (neu) zur weiteren Beratung federführend in den Sozialausschuss und mitberatend in den Wirtschaftsausschuss überweisen möchte.

Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU, die Abstimmung in der Sache beantragt hatte, mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur weiteren Beratung federführend in den Sozialausschuss und mitberatend in den Wirtschaftsausschuss überwiesen worden. Damit ist der Tagesordnungspunkt 23 beendet.

(Wortmeldung der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW])

Frau Kollegin!

Silke Hinrichsen [SSW]:

Ich möchte darauf hinweisen, dass ein Teil der SSW-Landtagsgruppe für den Überweisungsantrag gestimmt hat.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Welcher Teil?

(Heiterkeit)

Können Sie die Teile benennen? Wenn ich es richtig sehe, sind es die Sprecherin des SSW, Frau Anke Spoorendonk, und die Abgeordnete Silke Hinrichsen, die für Ausschussüberweisung gestimmt haben. Herr Abgeordneter Lars Harms hat gegen Ausschussüberweisung gestimmt.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Dann werden wir dieses Abstimmungsverhalten, ohne dass es an der Mehrheit, was die Beschlussfassung angeht, etwas ändert, gleichwohl zu Protokoll nehmen. Ich bedanke mich für diese wichtige Klarstellung.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 16 auf:

Rücknahme des Erlassentwurfs zu individuellen „Lernplänen“ für alle Schülerinnen und Schüler

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2568

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das sehe ich nicht. Dann darf ich die Aussprache eröffnen. Das Wort für die antragstellende Fraktion der FDP erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die **Erlasse**, die das Bildungsministerium hervorbringt, sind zuweilen kinoreif; soweit ein Lob. Beispielhaft zeigt das der Erlassentwurf mit der Überschrift „Lernpläne an allgemein bildenden Schulen“. Wahlweise könnte man ihn entweder für die Sparte „Horrorfilm“ oder vielleicht doch besser für die Sparte „Satire“ als abschreckendes Muster anmelden. Das wäre dann allerdings Realsatire.

Wie um alles in der Welt kann man bloß auf eine derart abstruse Idee kommen, für jeden einzelnen Schüler, für jede einzelne Schülerin von der 3. bis mindestens zur 6. Klassenstufe einen umfänglichen **Lernplan** zu Papier bringen zu wollen? Dazu sind im Hause der Ministerin Erdsiek-Rave seitenlange Entwürfe, Formulare und Erläuterungen zu Papier gebracht worden. Der Gedanke, dass Schüler einer individuellen Förderung bedürfen - das ist ja ein richtiger Gedanke -, wird meiner Ansicht nach mit einem solchen Erlassentwurf auf geradezu groteske Weise in eine superbürokratische Form gegossen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Ausgangspunkt ist dabei wohl die Überlegung gewesen, dass man nach finnischem Vorbild **individuelles Lernen** fördern wollte. In Finnland erhält jeder sechste Schüler, jede sechste Schülerin im Laufe eines Schuljahres **Kleingruppen- und Einzelunterricht**. Das ist in der Tat individuelles Lernen. In Deutschland, Unterabteilung Schleswig-Holstein, bekommt jeder Schüler nach dem Willen der Erlassfabrik mit dem Namen „Bildungsministerium“ einen persönlichen Lernplan, erstellt vom Klassenlehrer und versehen mit der Unterschrift von Eltern und Kind, und damit basta.

Zum Teil werden - dies zeigt ein Blick in die Papiere, die das Bildungsministerium im Zusammenhang mit dem Erlassentwurf produziert hat - dabei Selbstverständlichkeiten aktenkundig. So wird zum Beispiel bei einem unkonzentrierten, oft abgelenkten Kind folgende Zielvorgabe empfohlen - diese soll dann auch in dem jeweiligen Lernplan notiert werden; ich zitiere -:

„Konzentrationsfähigkeit und Ausdauer erhöhen“

Meine Damen und Herren, was denn sonst, wenn das Kind unkonzentriert und oft abgelenkt ist?

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Es ist wirklich Realsatire, was man darin liest.

Andere Vorgaben könnten in ihrer schematischen Einspurigkeit vielleicht sogar kontraproduktiv sein. So soll zum Beispiel ein Schüler, der sich durch ein überdurchschnittliches Lesevermögen auszeichnet - auch in solchen Fällen wird eine Empfehlung gegeben -, standardmäßig mit folgender Überprüfung malträtiert werden - ich zitiere aus den Erläuterungen zum Lernplannerlassentwurf -:

„N.N.“

- dieser Schüler also -

„soll im szenischen Spiel die Märchentante darstellen und dabei aus einem Märchenbuch vorlesen.“

Falls diese pädagogische Maßnahme dann auch noch fortlaufend wiederholt werden sollte, was vielfach empfohlen wird, würde das manchen Schülern vielleicht noch die Freude am Lesen verderben.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

(Dr. Ekkehard Klug)

Solche Dinge sollen, wie gesagt, für alle Schüler allgemein bildender Schulen mit deutscher Gründlichkeit, Kollege Nabel, mit deutscher sozialdemokratischer Gründlichkeit zu Papier gebracht werden.

Vor den Aktenbergen, die dabei aufgetürmt würden, wollen wir jedenfalls die Schüler, die Eltern und die Lehrer doch lieber bewahren. Ein derartiger Monstererlass sollte den Schulen erspart bleiben.

(Beifall bei der FDP)

Da trifft es sich dann sehr gut, dass Schleswig-Holsteins hohe Obrigkeit, vulgo Landesregierung, am Tage der Einbringung unseres vorliegenden Antrages, nämlich am 25. März im Jahre der Herrin der Ringe 2003, höchstselbst und hienieden zu Chiloniae Holsatorum Folgendes beschlossen und verkündet hat - ich zitiere aus der Pressemitteilung zur hochwohlwolllichen Cabinetts-Ordre von Seite 9 unten -:

„Die Landesregierung baut in der Verwaltung, auch in den Schulen, umfangreich Vorschriften ab.“

(Klaus Schlie [CDU]: Ach was!)

Wir, die Unterzeichnenden, geben hiermit in einem recht eindrucksvollen Beispiel unser Ansinnen zu Gehör, besonders bescheuerte Vorschriften vielleicht gar nicht erst aufzubauen.

(Beifall bei der FDP)

Das ist vielleicht auch deshalb ratsam, weil es in der gleichen Pressemitteilung der Landesregierung zur Kabinettsklausur vom 25. März auf Seite 10 heißt:

„Alle Richtlinien und Erlasse für die schleswig-holsteinischen Schulen treten mit Wirkung vom 1. August 2004 außer Kraft.“

Vielleicht sollte man besonders unsinnige Erlasse jetzt gar nicht erst in Kraft setzen. Das bekräftigt noch einmal unsere Empfehlung das, was da angedacht wurde, in der Tat bleiben zu lassen.

Ich habe gestern sicherheitshalber noch einmal auf dem Bildungsserver „lernnetz-sh.de“ nachgeschaut. Da werden immer noch ein Hinweis auf den Lernplannerlassentwurf und eine Erläuterung gegeben. Man scheint bisher noch nicht endgültig die Konsequenz im Bildungsministerium gezogen zu haben, dieses Ding vielleicht doch gleich einzustampfen. Ich würde Ihnen das, Frau Erdsiek-Rave, wirklich dringend raten. Beschäftigen Sie die Schulen, die Schüler, die Lehrkräfte und die Eltern mit vernünftigeren Dingen als mit solch einem unsinnigen bürokratischen Erlass.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der SPD erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Dr. Henning Höppner.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Klug, ich weiß nicht, vielleicht sollten Sie sich einmal ein bisschen mit der Pädagogik aus den Grundschulen beschäftigen,

(Beifall bei der SPD)

damit, wie man kleine Kinder motiviert, wie man erreicht, dass ihnen das Lernen in der Schule Spaß macht und wie man sie ein wenig zur Kreativität hin ausbildet. Ich muss ganz ehrlich sagen: Ich habe bei Ihnen immer so ein bisschen das Gefühl, dass Sie wirklich der bestandskonservativste Bildungspolitiker hier im Hause sind nach dem Motto: Es darf sich nichts verändern. Das Einzige, was sich verändern darf, ist die Anzahl der Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen. Das würden Sie noch akzeptieren. Aber ansonsten sind Sie wirklich so bestandskonservativ wie die GEW, die das ähnlich sieht, oder die Lehrerverbände.

(Beifall bei SPD und SSW)

Ich denke, Sie sind so ein bisschen die geistige Schiene der Lehrerverbände in dieses Haus hinein. Ich denke aber, diese Rolle wollen Sie auch bewusst spielen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Am 19. März, also vor 14 Tagen, wurden uns die zentralen Befunde aus der **PISA-Studie** für Schleswig-Holstein vorgestellt. Wiederum mit Befunden, die uns in diesem Land erschrecken müssen. Uns war schon bekannt, dass wir unter den Bundesländern mit 47,2 % Wiederholern unter den 15-Jährigen und einem 10-prozentigen Abstand zum nächsten Bundesland Niedersachsen einsamer **Spitzenreiter bei den Sitzenbleibern** sind. Umso dramatischer müssen wir die Ergebnisse der eben genannten Studie für die einzelnen Schularten unseres Landes bewerten. Wir müssen deutlich festhalten, dass wir Förderungsmaßnahmen für die Schülerinnen und Schüler einleiten müssen. Es darf nicht - wie in der Vergangenheit - dazu kommen, dass die erste Fördermaßnahme von leistungsschwachen Schülern das Sitzenbleiben ist.

(Sylvia Eisenberg [CDU]: Das war es nie!)

Es scheint in den Haupt- und Realschulen unseres

(Dr. Henning Höppner)

Landes eine ganz besondere Tradition zu sein, mit dem Thema Sitzenbleiben umzugehen.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Mit welchem Thema beschäftigen Sie sich eigentlich?)

- Herr Kollege, ich beschäftige mich mit dem Thema Lernpläne. Herr Dr. Klug, ich war nach den ersten Äußerungen unserer Ministerin zu den **Lernplänen** auch skeptisch, ob ein solches Instrument unbedingt für alle Schüler anzuwenden ist. Angesichts der Befunde der PISA-Studie sehe ich die Notwendigkeit für die Erstellung von Lernplänen für alle Schülerinnen und Schüler mehr denn je.

Fast 80 % der Gymnasiasten in unserem Land haben eine glatte Schullaufbahn ohne Klassenwiederholungen. Das sieht bei den Realschulen schon anders aus. Nur 44,6 % der 15-jährigen Realschülerinnen und Realschüler sind nicht zurückgestellt, nicht aus einer anderen Schulart abgestiegen oder haben eine Klasse wiederholt.

Auch ist sehr bedenklich: Nur 14,4 % der 15-jährigen Hauptschüler haben eine glatte Schullaufbahn. Das heißt, dass 85 % unserer Hauptschüler eine Zurückstellung, einen Abstieg aus einer höheren Schulart oder eine Klassenwiederholung hinter sich haben. Da muss es uns nicht wundern, dass auch die allgemeinen Kompetenzwerte für unsere Hauptschüler so unterdurchschnittlich sind. Wir müssen in Schleswig-Holstein mit der Erkenntnis leben, dass die erste individuelle Fördermaßnahme das Sitzen bleiben ist. Hieran müssen wir arbeiten.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Kollege Klug, Sie sprechen von einem enormen Aufwand, der mit der Erstellung von Lernplänen für die Schule, beziehungsweise für die Lehrerinnen und Lehrer verbunden ist. Wenn aber fast jeder Hauptschüler und fast jeder zweite Realschüler eine verzögerte Schullaufbahn hat, dann ist das unter den von Ihnen in Ihrem eigenen Antrag unter Punkt drei formulierten besonderen Bedürfnissen eigentlich schon der Regelfall.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Sie konnten heute Morgen in dem Ihnen vorliegenden Pressespiegel einen Bericht über die Ergebnisse der internationalen **Grundschullesestudie IGLU** lesen. Danach kommen unsere Grundschülerinnen und Grundschüler auf Platz elf der Weltrangliste, die 35 Nationen umfasst. Das Ergebnis ist nicht ganz so schlecht wie das der PISA-Studie. Aber auch diese Studie zeigt wieder, dass die Schwachen in unseren

Schulen nicht genügend gefördert werden. Auch die starken Schüler werden zu wenig gefördert.

Meine Damen und Herren von der Opposition, lieber Kollege Klug, die hessische CDU-Kultusministerin Wolf will bis zum Ende des Jahres 2006 mit allen Eltern der Schulpflichtigen eine schriftliche Erziehungsvereinbarung schließen. **Erziehungsvereinbarungen** werden auch in anderen Bundesländern diskutiert. Es sind schriftliche Kontrakte zwischen Eltern und Schülern. Solche Kontrakte sind durchaus mit individuellen Lernplänen vergleichbar. Geben Sie Ihre Widerstände gegen individuelle Lernpläne auf. Die dramatischen Erkenntnisse über die verzögerten Schullaufbahnen unserer Kinder außerhalb der Gymnasien machen die Einführung von individuellen Lernplänen als Grundlage der Förderung unserer Schülerinnen und Schüler dringend notwendig.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion der CDU erteile ich Frau Abgeordneter Sylvia Eisenberg das Wort.

Sylvia Eisenberg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU stimmt dem Antrag der FDP uneingeschränkt zu.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir sind der Auffassung, dass die geplante Erstellung von **Lernplänen** in der vorgesehenen Form eine **zusätzliche bürokratische Maßnahme** ist, die aufgrund der fehlenden Bindewirkung für Eltern und Kinder einen untauglichen Versuch darstellt, Konsequenzen aus PISA zu ziehen. Frau Erdsiek-Rave, diese fehlende Bindewirkung stellen die Verfasser des überarbeiteten Erlasses selbst fest. Anstatt die richtigen Konsequenzen aus dieser Erkenntnis zu ziehen, wird nun - laut Neufassung - der pädagogische Charakter der Lernpläne betont. Pädagogische Maßnahmen für lernschwache Kinder sind schon immer angewendet worden. Dazu bedarf es eines zusätzlichen Erlasses sicher nicht.

Ein Förderbedarf bei lernschwachen Kindern konnte bisher auch ohne die zeitaufwendige Aufstellung von Lernplänen durch die Lehrkräfte festgestellt werden. Dieser wurde den Eltern in der Regel auch mitgeteilt. Einer zeitaufwendigen schriftlichen Fixierung mit Konferenzen und Elterngesprächen einschließlich der Dokumentation durch die Unterschrift von Kindern,

(Sylvia Eisenberg)

Eltern und Lehrkräften bedufte es bisher nicht. Ich sage auch, das war nicht wünschenswert.

(Beifall bei der FDP)

Diese Unterschriften, auch von den betroffenen Kindern geleistet, sollen den Anschein erwecken, es handele sich um einen **Vertrag auf Gegenseitigkeit**. Ein Vertrag kann aber nur dann Sinn haben, wenn die Grundlagen, also in diesem Fall die Lernziele und Bildungsstandards für die Klassenstufen, verbindlich definiert sind. Das hat diese Landesregierung bisher nicht geleistet. Ein Vertrag hat auch nur dann Sinn, wenn bei Nichteinhaltung auf allen Seiten, vor allem bei den Eltern und den Kindern, mit Folgen zu rechnen ist. Das ist auch in der Neufassung des Erlasses weiterhin nicht vorgesehen.

Haben Sie schon einmal überlegt, was geschieht, wenn die Eltern und die Kinder die vorgeschriebenen Vereinbarungen nicht einhalten? Dann war die auf 60 - 80 Stunden zu beziffernde halbjährliche zusätzliche Arbeit der Lehrkräfte für die Erstellung der Lernpläne umsonst. So etwas trägt mit Sicherheit nicht zur Motivation der Lehrkräfte bei. Im Gegenteil, es frustriert.

(Beifall bei CDU und FDP)

Was bleibt, ist eine aufgeblähte Bürokratie als schleswig-holsteinische Antwort auf PISA. Das ist peinlich. Es ist genauso peinlich und unüberlegt wie die überhastete Einführung der verlässlichen Grundschule und die halbherzige Änderung der Orientierungsstufe.

(Beifall bei CDU und FDP)

Daran hat auch die überarbeitete Fassung des Erlasses für die Lernpläne nichts geändert. Sie zeigt nur, dass das Bildungsministerium jetzt versucht, das Gesicht zu wahren.

Eine **individuelle Förderung** der Kinder ist notwendig, darin sind wir uns einig. Das Festlegen von Grund- und Regelanforderungen durch Mindeststandards ist aber der erste Schritt, den die Landesregierung in Absprache mit den Praktikern leisten muss, um darauf aufbauend den Förderbedarf festzustellen und aufzubauen. Der Schulleiterverband ist hier mit guten Vorschlägen vorangegangen. Wenn diese Grund- und Regelanforderungen definiert sind, kann der Förderbedarf auch ohne Lernpläne in Verbindung mit Leistungskontrollen und Notenzeugnissen mit ergänzendem Berichtsteil festgestellt werden. Das ist unsere Meinung. Auch hier ist der Schulleiterverband mit sinnvollen Vorschlägen vorangegangen. Letztlich - und das ist unsere Auffassung - ist für eine individuelle Förderung **Förderzeit** notwendig.

(Beifall bei CDU und FDP)

Diese Zeit muss die Landesregierung zusätzlich zu dem planmäßigen Unterricht bereitstellen. Nur so können wir den Anforderungen aus den Ergebnissen von PISA begegnen und die Benachteiligungen der Kinder aus sozial schwachen Schichten, die diese Förderung nicht von zu Hause erhalten, beheben.

Sie, Frau Erdsiek-Rave, zäumen das Pferd von hinten auf. Das ist falsch. Erlassen Sie uns diesen Erlass!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lernpläne sollen ein Instrument sein, das Lernen zu lernen. In Deutschland orientiert sich die Leistungsüberprüfung in der Schule an Zeugnissen, die die Ergebnisse der Schülerinnen und Schüler im Vergleich zu ihrer Lerngruppe oder zu ihrem Klassenverband messen. **Lernpläne** hingegen zielen auf den individuellen Lernprozess und sind eine Verabredung zwischen Lehrkraft, Schülern und Eltern über konkrete Lernziele. In Skandinavien ist das schon lange üblich. In Deutschland kennen wir dieses Instrument nur für Schülerinnen und Schüler, die Probleme haben. Wir wollen Lernpläne aber nicht als Stigma, sondern als neues Instrument, mit dem die Lernenden das Lernen lernen.

Ich will es einmal anschaulich machen. Eine Schülerin oder ein Schüler mit Lernproblemen in einem bestimmten Bereich - die können ein bestimmtes Fach betreffen, aber auch beispielsweise eine allgemeine Konzentrationsproblematik sein - wird, wenn trotz großer Anstrengung nur eine ausreichende Note erzielt wird, nicht angemessen honoriert. Die Anstrengung, durch die man über sich selbst hinauswächst, muss an dem gemessen werden, was an dem Kind vorher getan worden ist. Bei einem Lernplan soll das aber das Leitmotiv sein. Das ist genauso, wie wenn jemand mit überdurchschnittlichen Fertigkeiten und Fähigkeiten sich weiteren Herausforderungen stellt.

Herr Dr. Klug, was Sie als Beispiel vorgetragen haben, findet sich zumindest im Erlass nicht. Im Ausschuss soll uns beschäftigen, ob die Ausführungsbestimmungen und einzelne Erlassregelungen uns als Bildungspolitikern vielleicht nicht doch bedenkenswert erscheinen. Aber der **Paradigmenwechsel** in der

(Angelika Birk)

pädagogischen Haltung und der Unterrichtspraxis, nämlich die Förderung des Einzelnen, ist das Ziel, an dem wir festhalten sollten. Es gilt, das hier nicht lächerlich zu machen.

Lernpläne nützen etwas, weil die Verabredung zwischen Eltern, Kind und Lehrer etwas anderes ist als ein Gespräch über eine schlechte Note im Halbjahres- oder Ganzjahreszeugnis. Man verabredet sich vorher zu etwas und stellt nicht hinterher den Schaden fest, wie es häufig passiert, wenn plötzlich das Sitzenbleiben vor der Tür steht oder schon erfolgt ist.

Allerdings plädieren wir, um Doppelarbeit zu vermeiden, dafür, Zeugnisse, zum Beispiel die Schulhalbjahreszeugnisse, zu reduzieren, um Zeit für das neue Instrument Lernplan zu gewinnen. Natürlich ist dabei **Förderunterricht** einzubeziehen. Ohne Förderunterrichtskapazitäten - da gebe ich Ihnen, Frau Eisenberg, Recht - haben Lernpläne keinen Sinn.

Es ist auch wichtig, uns auf **Standards** zu verständigen. Hierzu hat die Ministerin Ausführungen gemacht. Schleswig-Holstein ist federführend und zusammen mit anderen Bundesländern dabei, Standards zu erarbeiten. Es soll zu Lernstandards und zu einer outputorientierten Überprüfung kommen; ich benutze in dem Zusammenhang bewusst dieses neudeutsche Wort. Dabei geht es nicht nur darum, die einzelnen Schülerinnen und Schüler zu kontrollieren, sondern auch um die Qualität der Schule. Wenn man die **Schule** als eine **Produktionsstätte** ansieht, dann passt es dazu, von Output zu sprechen. Allerdings wünschte ich mir, dass wir hier freundlichere Begriffe finden. Aber die bisher verwendeten Begriffe befinden sich leider noch in der Fachliteratur.

Wenn wir, Frau Eisenberg, den Gedanken an Lernpläne fallen ließen, gäben wir ein falsches Signal. Diejenigen, die nur die Bürokratie dabei kritisieren, wollen in Wirklichkeit etwas ganz anderes. Sie wollen an den alten Zeugnissen festhalten und sehen keinen Bedarf, ihre Verhaltensweisen zu überprüfen.

(Sylvia Eisenberg [CDU]: Gucken Sie sich das in den Schulen doch einmal an!)

- Ich habe mit Lehrerinnen und Lehrern der verschiedensten Verbände gesprochen. Es gab eine sehr differenzierte Reaktion. Die einen wollen alles so lassen und haben nach PISA immer noch nicht begriffen, worum wir uns hier streiten. Den anderen gehen die Lernpläne nicht weit genug. Sie wollen eine umfassende **Schulstrukturreform** und mindestens die **sechsjährige Grundschule**. Für Letzteres haben wir eine große Sympathie, aber, wie Sie wissen, keine parlamentarische Mehrheit.

Unabhängig von einer solchen äußeren Schulstrukturreform mit dem Ziel, die Kinder längere Zeit zusammenzulassen, brauchen wir aber auch eine **innere Schulstrukturreform**. Dazu tragen die **Lernpläne** bei. Deshalb begrüßen wir dieses Instrument.

Wir möchten all diejenigen, die hier blockieren, zuzurufen: Wenn ihr nicht das Lernen lernt, wie sollen es denn dann die Kinder von euch erfahren!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich der Sprecherin, Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe die ganze Zeit überlegt, wie wohl das Bild der Schule aussieht, das hinter den Aussagen des Kollegen Klug und auch hinter den Aussagen der Kollegin Eisenberg steckt. Die Schule scheint ja, wie es neulich von einer Bildungswissenschaftlerin gesagt worden ist, wie eine Zahnarztpraxis zu sein: Die Schule muss wehtun. Die Schule muss also so sein, dass man von Notengebung, Klassenunterricht, verbindlichen Studententafeln, steifen Bestimmungen ausgehen muss. Man schlägt irgendwo auf Seite 78 auf, dann sieht man, was man im zweiten Halbjahr der dritten Klasse von A bis Z durchführen muss. Das scheint die Schule zu sein.

Dazu muss ich sagen, dass man damit der Wirklichkeit hinterherhinkt.

(Beifall beim SSW)

Die Schule ist heute etwas ganz anderes. Die Schule ist Leistung, ist Fördern und Fordern. Man kann nicht einfach sagen, es gehe um ein formalisiertes Denken und eine formalisierte Handhabung aller Dinge.

Der SSW unterstützt - das sage ich ganz deutlich - das Prinzip, dass sich Eltern und Lehrer zusammensetzen und gemeinsam versuchen, auszuloten, welche Entwicklungsmöglichkeiten das einzelne Kind in der Schule hat. Ohne Förderunterrichtskapazitäten - da gebe ich Ihnen, Frau Eisenberg, Recht - haben Lernpläne keinen Sinn.

Ich erzähle Ihnen etwas von meiner Tochter. Sie ist neu ausgebildete Lehrerin in Odense. Sie sagt: Natürlich ist es selbstverständlich, dass ich mit meinen Schülern in der vierten Klasse „Verträge“ abschließen und diese Verträge alles Mögliche beinhalten können.

(Anke Spoorendonk)

Diese Verträge fördern die Entwicklung meiner Kinder in der Klasse. - Das leuchtet ein.

Das heißt, der **Erlass** solcher **individueller Lernpläne** sichert eine gemeinsame Überlegung zum Wohle der Schülerinnen und Schüler. Deshalb gibt es aus unserer Sicht keinen Grund für das Ministerium, den Erlass zurückzuziehen. Allerdings erwarten wir vom Ministerium, dass das eine Handreichung ist, die unbürokratisch und flexibel umgesetzt wird. Wir gehen davon aus, dass das so geschieht.

Dennoch muss ich eines loswerden. Der Ansatz ist nur ein kleiner Baustein in dem großen Bauwerk, das erstellt werden muss, um die PISA-Krise zu überwinden. Der Kollege Höppner sprach auch dies vorhin schon an. Dabei erscheinen auch mir die Informationen, die aus der so genannten **IGLU-Studie** an die Öffentlichkeit gedrungen sind - jetzt sind wir also bei den Eskimos -, wirklich interessant. Denn wenn es sich als richtig erweist, dass Deutschland bei der IGLU-Studie, wo es um die Lesekompetenz von Viertklässlern geht, international gesehen gar nicht so schlecht wegkommt, dann gibt das schon zu denken.

Der Essener Erziehungswissenschaftler Klaus Klemm kommentierte die IGLU-Studie laut Presseberichten wie folgt - ich zitiere -:

„Bis zur vierten Klasse läuft es im internationalen Vergleich im Großen und Ganzen normal. Die Schwierigkeiten beginnen offenbar mit Klasse fünf.“

Das heißt doch, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Probleme in der Orientierungsstufe anfangen. Sie fangen aber auch in der Sekundarstufe I an. Das müsste einige Politikerinnen und Politiker zum Umdenken bewegen. Für mich ist es jedenfalls unfassbar, dass man wie in Niedersachsen glauben kann, eine Konsequenz aus der PISA-Studie könne es sein, die Orientierungsstufe abzuschaffen.

Der SSW hat immer für eine **Verlängerung der Grundschulzeit** plädiert. Wir plädieren weiter für das, was wir eine **ungeteilte Schule** - man könnte auch sagen: eine Schule für alle - nennen, also Klassen, in denen Kinder bis zur 9. Klasse gemeinsam unterrichtet werden. Je länger unsere Kinder gemeinsam in der Grundschule zusammen unterrichtet werden, desto besser scheinen die Ergebnisse zu sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das zeigt - auch ich sage das noch einmal - Finnland. Ich könnte auch andere Beispiele nennen. Auch die Gesamtschulen hierzulande haben bei den bisherigen Schulstudien gute Noten bekommen. Auch das muss man einmal wiederholen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Aber schlechte Leistungen! Das ist das Problem!)

Es könnte sein, dass das an der besseren sozialen Integration der Kinder und der flexibleren Unterrichtsform in der Grundschule oder der Gesamtschule liegt.

Natürlich kann man nicht gleich das ganze System umstellen. Das ist auch uns bewusst. Darum plädiere ich immer wieder und jetzt erst recht dafür, dass wir es im Schulgesetz zumindest hinbekommen sollten, eine **regionale Öffnungsklausel für eine sechsjährige Grundschule** einzubauen. Das wäre wirklich ein Fortschritt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Doch nicht schon wieder!)

- Lieber Kollege Kayenburg, natürlich wäre das sinnvoll. Unterhalten Sie sich doch bitte einmal mit den Grundschulen im Land. Die würden das begrüßen. Dann hätten sie mehr Zeit für die Kinder.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU - Zuruf von der CDU: Das ist Blödsinn!)

Diese Diskussion können wir später weiterführen. Die Redezeit läuft mir davon. Ich möchte unbedingt noch ein Zitat des Erziehungswissenschaftlers Peter Struck loswerden. Er sagt nämlich:

„Wenn Schulen eher Lernwerkstätten als Belehrungsanstalten sind, wenn die Bedeutung der Noten heruntergefahren wird, wenn Schüler eher von anderen Schülern als vom Lehrer lernen dürfen, wenn Lehrer gelassen bleiben wenn beim Lernen mehr gehandelt und gesprochen als zugehört werden darf, dann ist Schule deutlich zeitgemäßer und effizienter.“

Ich finde, das ist ein guter Spruch.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Landesregierung erteile ich jetzt Frau Ministerin Ute Erdsiek-Rave das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kein Kind ist wie ein anderes und kein Kind lernt wie ein anderes. Bildung und Bildungsfortschritte sind sehr indi-

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

viduelle Prozesse. Jeder weiß das. Trotzdem - das muss ich nun sagen, Frau Eisenberg -: Unsere Schulen - diesen Spiegel haben wir doch gerade vorgehalten bekommen - tragen diesem Umstand zu wenig Rechnung. Das können Sie hier doch nicht einfach bestreiten, indem Sie sich hier hinstellen und sagen: Das ist alles immer schon gemacht worden, es wird schon immer gefördert, das ist doch alles ganz prima.

(Zuruf der Abgeordneten Sylvia Eisenberg [CDU])

Haben Sie denn schon vergessen, was uns PISA ins Stammbuch geschrieben hat?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf der Abgeordneten Sylvia Eisenberg [CDU])

Ich finde, es ist die Aufgabe verantwortlicher Schulpolitik, Instrumente dafür zu entwickeln, wie der individuellen Situation der Schülerinnen und Schüler Rechnung getragen werden kann, und Instrumente zu entwickeln, die eben nicht alles über einen Kamm scheren, sondern jedes Kinder in den Blick nehmen und nach seinen Bedürfnissen fordern und fördern, und Leistungen der Schüler an Standards zu messen und zu überprüfen.

Wir haben uns deshalb für die Einführung von **individuellen Lernplänen** entschieden. Sie sollen allen an der Schule Beteiligten - das ist das neue Element daran -, Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern und Eltern, mehr Klarheit verschaffen und sie auch mit in die Verantwortung nehmen. Natürlich muss ich einschränkend sagen: Soweit das überhaupt möglich ist. Der Beitrag der Eltern dazu ist natürlich nicht sanktionierbar - das sage ich, wenn Sie fragen, was dann passiert -, natürlich nicht. Aber es geschieht zum ersten Mal, dass es konkrete Verabredungen mit Einzelmaßnahmen gibt, die festgelegt werden, an die sich alle halten sollen, und dies mit ihrer Unterschrift bestätigen. Das ist ein neues Instrument.

Lassen Sie uns doch erst einmal probieren, wie das läuft, und machen Sie nicht so einen Popanz darum, indem Sie das als ein Monstrum oder Ähnliches darstellen. Das ist wirklich lächerlich.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben einen intensiven Anhörungsprozess hinter uns. Wir haben auch, wie es richtig ist, eine Reihe von Änderungsvorschlägen berücksichtigt. Wir wollen, dass dieses pädagogische Mittel erfolgreich eingesetzt wird. Das Ziel, **individuelle** Förderung so viel wie möglich, ist doch wohl unstrittig. Wenn Sie dagegen etwas haben, wundere ich mich wirklich. Es

überrascht mich schon, dass Sie diesen Weg so grundsätzlich nicht mitgehen wollen.

Herr Dr. Klug, Sie sprechen hier von bürokratischen Monstren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Stimmt ja auch! - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Ist doch wahr!)

Das ist eines Ihrer Lieblingstopoi in jeder bildungspolitischen Diskussion. Dann müssten Sie auch gegen Entwicklungsberichte sein. Dann müssten Sie auch gegen Berichtszeugnisse sein. Dann müssten Sie auch gegen Förderpläne in den Förderschulen sein.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Ist er auch!)

Wahrscheinlich sind Sie das auch. Zurück, zack, zu den Notenzeugnissen: Eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, das reicht aus,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

etwas anderes ist in der Bildungspolitik nicht notwendig. - Dann unterscheiden wir uns in manchen Dingen doch grundsätzlicher, als ich das gedacht habe.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist auch gut so!)

- Wissen Sie, warum das eigentlich so schmerzhaft ist? - In der Nach-PISA-Diskussion bestand zum ersten Mal in Deutschland und auch hier im Landtag eine sehr viel größere bildungspolitische Übereinstimmung in manchen Grundfragen, als das jemals der Fall war.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das finde ich für unsere Schulen positiv. Wenn Sie jetzt aus populistischen Gründen meinen, Sie müssten davon abgehen, müssen Sie das tun und selbst verantworten.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Der revidierte Entwurf, der in der nächsten Woche im Landesschulbeirat beraten wird, trägt jedenfalls den Wünschen aus der Schulpraxis weitgehend Rechnung. Ich will Ihnen das ganz kurz erläutern.

Der **Lernplan** ist eben etwas anderes als ein rückwärts gewandtes Zeugnis, in dem die Schüler etwas bestätigt bekommen. Es ist eine auf die Zukunft und das jeweilige Halbjahr gerichtete Vereinbarung zwischen Eltern, Schülern und Lehrern. Es ist auch kein abstraktes, starres Instrument, sondern ein **pädagogisches Mittel** mit unterschiedlichen Merkmalen, die

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

ergänzt werden können. Wir geben dafür kein starres Konzept vor. Er ist offen und flexibel. Nur so kann langfristig die Lernsituation entstehen, die das einzelne Kind braucht.

Als ein Element ist die Erstellung von Lernplänen in der ersten Phase, in der wir sie erproben wollen, für Schüler mit besonderer Begabung, also für Höchstbegabte - für die in der Vergangenheit hier immer wieder festgestellt wurde, dass die Lehrerinnen und Lehrer zu wenig auf sie eingehen und ihnen entsprechende Fördermaßnahmen eröffnen - verbindlich. Das andere ist die **Verbindlichkeit** für die Schülerinnen und Schüler, die besonders schwach sind, also mindestens die, bei denen eine Nichtversetzung droht. Wir haben uns - was von vielen Schulen erwartet und gefordert wurde - zunächst auf diese beiden Gruppen der Schülerinnen und Schüler beschränkt.

Schon heute führen die Lehrerinnen und Lehrer intensive Beratungsgespräche mit den Eltern und Schülern. Das will ich überhaupt nicht in Abrede stellen. Das ist keine sozusagen Generalkritik an den Lehrern und der Art, in der sie pädagogisch arbeiten. Die neue Qualität ist eine, die sich mit diesem speziellen Instrument entwickeln wird. Davon bin ich überzeugt. Wir werden umfangreiche Beratungsangebote und Fortbildungsangebote machen.

Hier ist eben schon von **IGLU** die Rede gewesen. Ich will wegen der mangelnden Zeit nichts dazu sagen. Das kommt beim nächsten Tagesordnungspunkt noch einmal. Ich will Ihnen nur die Lektüre eines Artikels in der „Zeit“ von heute ans Herz legen, in dem dargestellt wird, wie der Spitzenreiter von IGLU - das ist neben England Holland - arbeitet, auch individuell fördert. Da findet sich ein schöner Absatz. Unter der Überschrift „Früher Start zur Weltspitze“ steht da:

„Wir versuchen, jedes Kind so individuell wie möglich zu fördern‘... Zum Beleg, dass die Rede Ihres Chefs von der ‚individuellen Förderung‘ nicht nur Schulleiterprosa ist, holt... Lehrerin... den Ordner ihrer Klasse hervor. Für jedes Kind ist auf einem Blatt notiert, welches Lernziel es im nächsten Halbjahr erreichen kann und ob es besondere Unterstützung benötigt.“

Sie tun so, als habe die Ministerialbürokratie in Schleswig-Holstein ein ganz besonderes Instrument selbst erfunden. Das ist mitnichten so. Wir haben uns an den erfolgreichen Ländern orientiert. Genau diese Instrumente werden dort seit langem angewandt. Sie sind dort erfolgreich. Sie sind hier neu. Jedes Neue ruft natürlich Diskussionen hervor. Aber ich bin davon überzeugt, dass dieser Weg richtig ist.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Ich frage, welche Antragslage gewünscht ist, Abstimmung in der Sache oder Ausschussüberweisung?

(Zuruf: Abstimmung in der Sache!)

- Abstimmung in der Sache. Wer dem Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 15/2568, Rücknahme des Erlassentwurfs zu individuellen „Lernplänen“ für Schülerinnen und Schüler, in der Sache seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 15/2568, in der Sache mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Es ist jetzt 17:40 Uhr. Als Nächstes haben wir Tagesordnungspunkt 22 aufzurufen. Hierbei geht es um die Unterrichtsversorgung. Ich darf um die Meinungsbildung des hohen Hauses bitten, ob wir ihn jetzt noch beraten wollen, und zwar in einer wegen der Anschlusstermine gebotenen komprimierten Form. Ich möchte darauf hinweisen, dass Kolleginnen und Kollegen darum gebeten haben, die 18:00-Uhr-Grenze nicht allzu deutlich zu überschreiten.

(Zurufe)

- Da Einverständnis hierüber besteht, rufe ich jetzt Punkt 22 der Tagesordnung auf:

Unterrichtsversorgung und Unterrichtsgarantie an Grundschulen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2574

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2594

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Dem ist nicht so.

Dann eröffne ich die Aussprache. Für die antragstellende Fraktion der CDU erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Sylvia Eisenberg das Wort.

Sylvia Eisenberg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Plötzlich ist alles möglich, um den Unterrichtsausfall zu beheben. Sogar Geld soll nach Ankündigung der Minister-

(Sylvia Eisenberg)

präsidentin zur Verfügung gestellt werden. Damit - das freut uns natürlich - wird zum ersten Mal nach außen hin anerkannt, dass es in Schleswig-Holstein tatsächlich **Unterrichtsausfall** in einem erheblichen Maße gibt. Das ist eine Einsicht, auf die die Opposition immerhin drei Jahre gewartet hat.

Die Frage ist allerdings, ob dieses groß angekündigte Programm den hochgesteckten Erwartungen entsprechen kann und wird. Spitz gerechnet - aber das ist immerhin eine Leistung - stehen ab 2005, also bei Beendigung des vollen Programms, pro Woche und pro Schule - nicht pro Klasse - im Durchschnitt drei Stunden für einen Vertretungspool zur Verfügung. Ob das ausreichen wird, wird sich zeigen. Aber, meine Damen und Herren, Einsicht ist der erste Weg zur Besserung. Hinsichtlich der Behebung des Unterrichtsausfalls haben Sie und die Landesregierung Einsicht gezeigt. Das erkennen wir an und freuen uns, dass Sie - Frau Simonis ist leider nicht da; Sie, Frau Erdsiek-Rave, können es an Frau Simonis weitergeben - so schnell auf die Ankündigung unseres Antrages vom 4. März reagiert haben. Vielen Dank.

Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zu unserem Antrag, der keinesfalls erledigt ist, sondern sowohl den Unterrichtsausfall als auch das Problem der schlechten Unterrichtsversorgung beheben will.

Ab und zu ist es gut, in die Vergangenheit zu schauen und wieder einmal die Statistiken zu lesen. Der Landesrechnungshof hatte bereits 1999 festgestellt, dass die **Unterrichtsversorgung** in Schleswig-Holstein weit unter dem Durchschnitt der Bundesländer liegt und dass diese schon miserable Unterrichtsversorgung nur gehalten werden kann, wenn bis zum Schuljahr 2004/05 1.500 Vollzeitlehrereinheiten den Bedarf decken, bei gleichzeitiger Wiederbesetzung aller Pensionierungsstellen. Wollte Schleswig-Holstein tatsächlich besser werden und ungefähr den Durchschnitt der Bundesländer erreichen, hätten wir bis zum Jahre 2005 2.250 zusätzliche Stellen benötigt. Die erhöhte Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte einschließlich der Vorgriffsstunde wurde bei diesen Berechnungen des Landesrechnungshofs bereits berücksichtigt.

Meine Damen und Herren, die Lehrerbedarfsprognose des Landesrechnungshofs von 2001 bestätigt diese Berechnungen im Wesentlichen. Das kann nur heißen, dass Schleswig-Holstein im Vergleich zu 1999 noch weiter abgefallen ist. Uns fehlen - vielleicht sollten Sie auch in dieser Hinsicht einmal Einsicht zeigen - bis zum Jahre 2005 eigentlich noch einmal 500 zusätzliche Stellen, um die jetzige schlechte Unterrichtsversorgung von durchschnittlich 93 % aufrecht zu erhalten, und zwar selbst dann, wenn die

Landesregierung für die nächsten beiden Haushaltsjahre jeweils 200 Stellen einstellt, was ja jetzt bekräftigt wurde. Damit, meine Damen und Herren, sind wir noch nicht bei einer 100-prozentigen Unterrichtsversorgung angelangt und erst recht erreichen wir nicht den Durchschnitt der Länder. Erkenntnis und Einsicht sind der erste Weg zur Besserung. Aber davon ist, was die Unterrichtsversorgung betrifft, bei dieser Landesregierung noch nichts zu spüren.

Noch ein Wort zu den **Grundschulen**. Faktum ist, dass der von den Lehrkräften pro Schüler erteilte Unterricht laut Bericht der Landesregierung zur Unterrichtsversorgung von 2001 im Zeitraum von 1991 bis 2001 zwar um 0,01 Stunden pro Schüler gestiegen ist - Leistung! -, aber 1991 lagen wir noch mit 0,02 Stunden über dem Durchschnitt der Bundesländer. Jetzt haben uns die anderen überholt und liegen mit durchschnittlich 1,2 Stunden pro Schüler vor uns. Auch das ist kein Ruhmesblatt für diese Landesregierung.

Der tatsächlich im Rahmen der Stundentafeln durch Lehrkräfte erteilte Unterricht beläuft sich bei den Grundschulen auf 90,7 % bei den Hauptschulen auf 87,9 %. Der Rest des für alle notwendigen Unterrichts wird auf Fördermaßnahmen verteilt, die nicht allen zugute kommen. Darüber, dass Fördermaßnahmen notwendig sind, besteht Einigkeit. Die Diskussion über den letzten Tagesordnungspunkt hat dies gezeigt. Die Anzahl der **planmäßig zu gebenden Stunden** für alle Schüler darf aber unter den Fördermaßnahmen für wenige nicht leiden. Deshalb fordere ich Sie auf, den planmäßigen Unterricht zunächst für die Grundschulen - ich bin ja vorsichtig - zu 100 % abzudecken und die notwendigen Fördermaßnahmen weiterhin bestehen zu lassen.

Meine Damen und Herren, die Kinder in Schleswig-Holstein dürfen nicht länger hinter den Kindern anderer Bundesländer herhinken und müssen die Chancen auf Unterricht bekommen, die ihre kleinen Kolleginnen und Kollegen im Bundesdurchschnitt haben. - Dabei rede ich gar nicht von Bayern, sondern vom Bundesdurchschnitt. - Sonst werden wir ewig hinterherhinken und noch schlechter werden.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Das können wir uns und das können Sie sich nicht mehr leisten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich bitte um den Schlusssatz.

Sylvia Eisenberg [CDU]:

Die CDU wird dieses leidige Thema so lange behandeln, bis sich auch in dieser Hinsicht bei Ihnen die Erkenntnis durchsetzt, dass wir hier nachbessern müssen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion der SPD erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Henning Höppner das Wort.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann die Nöte der Opposition durchaus nachvollziehen. Da wird etwas gemacht, was sogar sie als positiv beurteilt, aber dann kommt natürlich das Argument: Das ist alles schön und gut, aber. Und dann, Frau Kollegin; kommt die ganze Gebetsmühle, die wir in zig Diskussionsveranstaltungen immer wieder hören, wie wir sie auch jetzt wieder gehört haben.

(Zuruf der Abgeordneten Sylvia Eisenberg [CDU])

Ich weiß, dass es problematisch ist, wenn die Regierung oder die Regierungsfraktion einen Vorstoß gewagt hat, der wirklich nach vorn geht.

Meine Damen und Herren, eigentlich waren sich alle Fraktionen im hohen Hause einig: Der **Grundschule** muss unsere besondere Fürsorge und Vorsorge gelten. Sie darf nicht mehr wie in der Vergangenheit diejenige Schulart sein, die wir durch das Land, aber auch durch die kommunalen Schulträger mit der geringsten Finanzausstattung von allen Schularten versehen. - Das ist zu CDU-Zeiten nie anders gewesen. - Eine über viele Jahrzehnte gepflegte Tradition der Vorrangigkeit der gymnasialen Schulbildung, insbesondere die hohe finanzielle und personelle Ausstattung der Sekundarstufe II, müssen wir, denke ich, kritisch überdenken.

Meine Damen und Herren, die Regierungskoalition hat mit Beginn der 15. Wahlperiode die Zusage gemacht, die Unterrichtssituation an den Schulen unseres Landes bis zum Schuljahr 2005/06 um 1.000 Lehrerstellen zu verbessern. Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, trotz der Unkenrufe, die wir immer wieder hören, werden Sie zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir diese Zielsetzung zuverlässig umsetzen werden.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt daher die Vorschläge der Landesregierung zum Programm „Gegen den Unterrichtsausfall an den Grundschulen“. Genau so begrüßen wir die von der Bildungsministerin vorgelegte neue Regelung zur Umsetzung der verlässlichen Grundschule.

Es hat im Rahmen der Anhörung zum Erlassentwurf aufgeregte Diskussionen im betroffenen Hamburger Rand gegeben oder in den künftig betroffenen Grundschulen in Lübeck und an anderer Stelle. Ich denke, dass alle offenen Fragen der **flexiblen Einbindung der bisherigen Betreuungsangebote** zufrieden stellend gelöst worden sind. Insbesondere begrüßen wir die Tatsache, dass das Angebot „Geld statt Stellen“ für alle Schulen gilt, die Betreuung und Verlässlichkeit verbinden wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir alle wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass dies zu finanzieren ist und zu Einsparungen in anderen Haushaltsbereichen führen muss. Ich darf Sie, lieber Kollege Dr. Klug, daran erinnern, dass Sie an vielen Orten, an denen wir gemeinsam diskutiert haben,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

aber auch hier an dieser Stelle sinngemäß ausgeführt haben: Der Landeshaushalt ist so groß, da sind Möglichkeiten des Umschichtens auf den Bildungsbereich an vielen Stellen gegeben. - Das haben Sie mehrfach gesagt.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unglaublich!)

Ich hoffe, Sie stehen dann auch im Rahmen der Haushaltsberatungen, wenn wir über Einsparungen an anderen Stellen diskutieren müssen, zu dieser Aussage.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, unserem Änderungsantrag Drucksache 15/2594 zuzustimmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der FDP erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug.

(Zuruf von der SPD: Kurz und klug!)

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben ja schon im letzten Jahr im August einen Antrag gestellt, in dem es unter anderem hieß:

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, bei der Umsetzung ihres Zieles, verlässliche Grundschulzeiten zu garantieren, für die Grundschulen in Schleswig-Holstein wieder verbindliche Stundentafeln einzuführen.“

In der Debatte über diesen Antrag habe ich dann auf folgende Begründungen verwiesen: Erstens. Bei Festlegung verbindlicher Standards und Bildungsziele - darauf haben sich ja nach PISA alle geeinigt; darauf wird ja auch kräftig hingewirkt - muss auch eine dementsprechende Unterrichtsgarantie eingeführt werden.

Zweitens. Unser Land gewährleistet bislang nur ein Unterrichtspensum am unteren Rand des bundesweiten Vergleichsmaßstabes.

Drittens. Gerade auch bei der Einführung der verlässlichen Grundschule ist darauf zu achten, dass an den Schulen keine schleichende Verdrängung des Unterrichts durch eine bloße Betreuung stattfindet. - Das ist auch ein ganz wichtiger Punkt.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

Abgesehen davon, dass alle drei Begründungen heute so zutreffen wie damals, hat ja gerade die Diskussion der letzten Wochen über das Konzept der Landesregierung in Sachen **verlässliche Grundschule** gezeigt, wie richtig unsere Forderungen gewesen sind. Insofern ist natürlich auch klar, dass die FDP-Fraktion dem Antrag der Union in vollem Umfang zustimmt; denn er entspricht dem, was auch wir in den hier genannten Punkten immer gesagt haben.

(Beifall bei der FDP)

SPD und Grüne haben dagegen unseren Antrag zu den **verbindlichen Stundentafeln** erst Ende vergangenen Jahres abgelehnt. Nun heißt es allerdings kurz nach der Kommunalwahl in dem Pressezeitung, der nach der Kabinettsklausur der Landesregierung am 25. März veröffentlicht wurde, auf Seite 2 oben: „Projekt Unterrichtsgarantie in der Grundschule.“

Siehe da, die Regierung Simonis sagt: Wir haben gelernt. - Sie tut jedenfalls so. Ich freue mich, dass sie - dazu verweise ich auf die vorausgegangene Debatte zu den Lernplänen - gleichwohl weiterhin wie bisher ihre politischen Fehler in der Bildungspolitik mit aller Pracht und Schönheit fortsetzt. Deshalb bin ich auch ganz sicher, dass sich an der schwindenden

Zustimmung zu Ihrer Politik gerade im Bildungsbereich auch in nächster Zeit, Frau Erdsiek-Rave, nichts ändern wird.

(Beifall bei der FDP und vereinzelter Beifall bei der CDU)

Es ist nur schade, dass die Schülerinnen und Schüler in diesem Land auch unter dieser verfehlten Bildungspolitik zu leiden haben. Aber es wäre ja schon ein gewisser Fortschritt, Herr Kollege Höppner, wenn es denn tatsächlich dazu käme, dass Sie die Mittel für Stundengeber, die Mittel für Aushilfs- und Vertretungskräfte, die zur Verminderung des Unterrichtsausfalls bereitgestellt werden, sukzessive - wie Sie es angekündigt haben - erkennbar erhöhen würden. Das sind übrigens Anträge, die wir in den vorausgegangenen Jahren auch schon mehrfach als FDP-Fraktion - Stichwort Verdoppelung der Stundengebermittel - gestellt haben. Ich kann Ihnen die Anträge aus den zurückliegenden Haushaltsberatungen gern noch einmal nachliefern.

Es ist damals vonseiten der Sozialdemokraten und der Grünen immer gesagt worden, es sei leider nicht möglich, **mehr Geld** bereitzustellen. So sensationell ändert sich jetzt die Situation nach dem 2. März! Warum ist es jetzt möglich? - Das haben Sie uns nicht erklärt.

(Zurufe)

- Na ja, die Diätenerhöhung führt natürlich dazu, dass dann vielleicht auch ein bisschen mehr Geld für anderes übrig ist. Vielleicht kann der Kollege Neugebauer das ja noch irgendwie so zusammenrechnen.

Sie merken, dass meine Stimmbänder schon dabei sind zu zerspringen, wenn ich mir anschau, was Sie hier zustande bringen. Aber wenn die Schulen davon dann tatsächlich vom nächsten Schuljahr an profitieren werden, wäre das sicherlich auch die Sache wert und dann wäre es ja immerhin gut. Gleichwohl, ich bin gespannt auf Ihre konkreten Initiativen und Anträge zu diesem Thema.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhält Frau Abgeordnete Angelika Birk.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir halten also einmal fest: Wir sind uns einig, wir finden es Klasse, dass endlich **mehr Geld** da ist, um die Unterrichtsversorgung auch im langfristigen Krank-

(Angelika Birk)

heitsfall oder bei anderen Gründen, weswegen sonst Unterricht ausgefallen ist, sicherzustellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wollen wir doch einmal festhalten, bevor wir dieses positive Ergebnis zerreden.

(Widerspruch bei der CDU - Wolfgang Kubicki [FDP]: Bisher sind das nur Ankündigungen!)

Wir haben seitens der Grünen Ihren Forderungen nicht widersprochen, was die Notwendigkeit der Vermeidung von Unterrichtsausfall angeht.

(Sylvia Eisenberg [CDU]: Woher kommt das plötzlich?)

- Ja, das ist aufregend, Frau Eisenberg; das verstehe ich ja, dass Sie das alles aufregt. Aber ich kann Ihnen nur in aller Ruhe sagen: In einem Punkt unterscheiden wir uns. Sie haben Ihre Anträge immer wieder mit dem Hinweis auf die Stundentafel versehen.

(Sylvia Eisenberg [CDU]: Nein!)

Ich stelle mir so richtig vor, wie wir dann wieder gucken, zwei Stunden Mathe, eine Stunde Deutsch, während Sie ja gerade in der **Grundschule** zu einem integrierten Unterrichtsmodell kommen wollen.

In dem Punkt, in dem wir uns nicht unterscheiden, lassen Sie uns doch zusammen voranschreiten, nämlich in dem Punkt, dass wir genug Unterricht brauchen, damit das, was laut **Stundentafel** an Unterricht vorgesehen ist, auch wirklich an den Schulen ankommt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu brauchen wir aber nicht die starre Stundentafel, dazu brauchen wir den Willen, tatsächlich auch das, was an **Personalkapazität** für die Schulen vorgesehen ist, auszufüllen, und wir brauchen Transparenz. Frau Erdsiek-Rave, ich freue mich sehr darüber, dass wir uns einig sind, dass das Prinzip „Geld statt Stellen“ schneller als ursprünglich gedacht Einzug hält. Ich freue mich darüber, dass auch die SPD-Fraktion mit uns übereinstimmt, dass die Grundschule Priorität haben muss

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Wolfgang Kubicki [FDP])

und dass wir uns im Bereich der Oberstufe über Kooperationen zwischen den Schulen mehr Gedanken machen müssen, um hier gegebenenfalls auch umzuschichten.

Weiterhin brauchen wir - daran halten wir fest, wie im Koalitionsvertrag vereinbart - jährlich **200 Lehrerstellen mehr**, und zwar tatsächlich auch Leute, die neu da sind. Sie wissen, dass wir Wert darauf legen, dass auch das transparent vor Ort sichtbar wird.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Gott sei Dank!)

Wir haben uns in dem Bereich der Verteilung dieser Mittel häufiger gestritten. Die **Verteilung der Mittel** muss bei den kleinen Schulen sicherlich über die Schulpfarrinnen und Schulpfarrer erfolgen, aber bei den größeren Schulen gehen wir schon davon aus, dass die Schulen auch selber über den Mitteleinsatz entscheiden.

Hier kommen wir zu etwas, was die Schulen ganz zentral betrifft. Man kann mit dem Thema so oder so umgehen. Man kann jedes Mal, wenn jemand krank wird, beim Ministerium anrufen und sagen: Helft uns. Man kann aber auch vor Ort gucken, wie man zu Lösungen kommt, wie man zu **Kooperationen** kommt. Wir wissen von Schulen, die dies befolgen, dass es ihnen gelingt, weitgehend den Unterrichtsausfall zu vermeiden, und dass die Stunden, die wir nun zur Verfügung stellen, dann tatsächlich für den Unterrichtsausfall gedacht sind, der langfristig ist, der zum Teil ja auch vorausgewusst werden kann - beispielsweise bei Mutterschaftsvertretungen und Ähnlichem.

Wir können nicht die Garantie geben, dass jede Stunde, die irgendwo überraschend ausfällt, mit dem gleichen Fach und mit der gleichen Intensität ersetzt wird. Aber ich glaube, mit der **verlässlichen Grundschule** kommen wir zu einem Modell, dass die Kinder endlich nicht unvorhergesehen vor der Tür stehen, sondern dass es in einem integrierten Konzept von Betreuung, Erziehung und Bildung gelingt, **Unterrichtsausfall** zu vermeiden und - das ist ja das Wichtigste - für die Kinder einen spannenden Vormittag zu gestalten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, wenn wir in zwei, drei Jahren sehen, wie man mit den Mitteln der Erzieherinnen, derjenigen Lehrkräfte, die von außen an die Schule kommen, die nicht beamtete Lehrkräfte sind, und der Lehrer selbst einen spannenden Vormittag gestaltet, werden wir uns hoffentlich mit diesen kleinlichen Streitereien wie in der Vergangenheit nicht mehr befassen müssen, sondern uns endlich pädagogischen Fragen zuwenden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich jetzt seiner Sprecherin, der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Diskussion ist nicht neu, wir führen sie in fast jeder Landtagstagung, manchmal ganz leidenschaftlich, manchmal eher nicht. Man kann der Landesregierung und der Bildungsministerin vieles vorwerfen, aber man kann dem Ministerium nicht vorwerfen, dass sich nach den ernüchternden Ergebnissen aus der PISA-Studie nichts bewegt hat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das wäre ja noch schöner!)

- Man kann der Ministerin nicht vorwerfen, dass sie nichts unternommen hat. Das habe ich ja gerade gesagt.

Das heißt, wir müssen redlicherweise auch zur Kenntnis nehmen, dass die Landesregierung nach ihrer Klausurtagung am 25. März bekannt gegeben hat, dass **ein spezieller Fonds** für die gezielte Bekämpfung von **Unterrichtsausfall** in Höhe von rund 19 Millionen € eingerichtet werden soll. Das ist ein wichtiger Schritt nach vorn zur Sicherung der Unterrichtsversorgung. Mit dem Nachtragshaushalt wird dieser Fonds beschlossen werden.

Nun sagt die CDU: Das reicht uns immer noch nicht. Darum führen wir solche Debatten über ähnliche Anträge immer wieder.

Ich schlage vor, dass wir uns im Bildungsausschuss einmal darauf einigen und sagen: Wenn eine Maßnahme angekündigt worden ist, dann beschließen wir, dass sie nach einem Jahr, nach einem halben Jahr oder einem bestimmten Zeitraum evaluiert wird. Das wäre endlich einmal ein konstruktiver Ansatz, anstatt immer wieder die gleichen Anträge im Plenum zu diskutieren.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Landesregierung erteile ich jetzt der Frau Bildungsministerin Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bis 18 Uhr schaffe ich es nicht, aber ich bemühe mich, nur wenige Minuten in Anspruch zu nehmen.

Der Überschrift von Montag im „Focus“ „IGLU-Freude nach PISA-Schock“ - schöner Titel - und ähnlichen Vorabmeldungen war zu entnehmen, dass die **Grundschulen** in Deutschland, international betrachtet, vermutlich besser dastehen, als wir bisher vermutet haben. Es ist auch anzunehmen, dass an den Grundschulen offenbar pädagogisch innovative, gute Arbeit geleistet

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und dort der Grundstein für ein eigentlich erfolgreiches Weiterlernen in der Sekundarstufe I gelegt wird.

Die Probleme scheinen danach zu beginnen. - Ich sage das mit allem Vorbehalt. Eine gründliche Diskussion darüber ist auch unter den Fachleuten noch zu führen.

Klar ist aber: Auch in der Grundschule wird das Lernpotenzial der Kinder nicht genügend ausgeschöpft, auch da haben wir so etwas wie eine Risikogruppe, auch da haben wir zum Beispiel unzureichend geförderte Migrantenkinder. Deswegen sind verlässliche Unterrichts- und Schulzeiten besonders wichtig.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Über die Notwendigkeit, die Grundschulen weiter zu stärken, und auch allmählich umzusteuern von anderen Schulstufen in die Grundschule hinein, ist hier schon oft etwas gesagt worden; ich muss das nicht wiederholen.

Ich will zu den aktuellen Dingen etwas sagen. Das Kabinett hat am 25. März einen **Stufenplan gegen den Unterrichtsausfall** beschlossen. Frau Eisenberg, ich habe nie bestritten - auch nicht von dieser Stelle aus beziehungsweise ein Stockwerk höher -, dass der **Unterrichtsausfall** ein Ärgernis ist und dass wir natürlich insbesondere in dem Bereich, wo es sich um einen nicht planbaren, also durch längerfristige Krankheit verursachten Unterrichtsausfall handelt, Probleme hatten, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln die Lücken immer auszugleichen. Das habe ich nie bestritten.

Der Unterrichtsausfall ist zwar laut letztem Rechnungshofbericht zurückgegangen - das ist erfreulich -, aber er ist natürlich immer noch unvermeidbar hoch. Das bestreite ich überhaupt nicht. Ich wäre ja die

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Letzte, die sich nicht darüber freut, dass nun endlich ausreichend Mittel in die Hand genommen werden, die wir bisher nicht in die Hand nehmen konnten, um Vertretungspools einzurichten, Springer zu organisieren, jedenfalls da, wo es möglich ist, in den kreisfreien Städten und dort, wo die Schuldichte groß ist, um dem Unterrichtsausfall wirklich so abzuwehren, dass in der Grundschule nur noch dann, wenn es sich überhaupt nicht vermeiden lässt, eine Stunde ausfällt. Das muss das ehrgeizige Ziel sein; daran werden wir arbeiten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zu der Zusage der Landesregierung für die **zusätzlichen Stellen** in den nächsten beiden Jahren ist hier etwas gesagt worden, und zwar aus dem Parlament. Daraus schließe ich, dass sich alle einig sind, nicht nur die Regierung, sondern auch die regierungstragenden Fraktionen, dass dieses Versprechen von Regierung und Koalitionsfraktionen in den nächsten beiden Jahren auch eingehalten wird.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Übrigens erinnere ich mich noch gut an die Forderung der CDU für diese Wahlperiode. Wenn ich mich richtig erinnere - korrigieren Sie mich bitte -, haben Sie mit Herrn Rühle damals 800 neue Stellen für diese Wahlperiode gefordert.

(Zuruf von der CDU: 1000!)

- Gut, wenn wir gemeinsam 1000 Stellen gefordert haben, sollten wir uns jetzt in unseren Forderungen nicht gegenseitig überbieten.

(Zurufe von der CDU)

Ich finde, darüber sollten wir nicht streiten. Wir sollten auch nicht ständig davon reden, dass es immer und überall noch mehr sein könnten, Frau Eisenberg. Das ist immer wieder dieselbe Forderung, das ist populistisch und kommt vielleicht bei den Menschen gut an. Aber diese Gleichung stimmt bildungspolitisch einfach nicht mehr. Man kann aus PISA und IGLU wirklich lernen, dass es einfach nicht wahr ist, mehr Ressourcen mit mehr Unterrichtserfolg gleichzusetzen. Das werden auch die IGLU-Ergebnisse noch einmal zeigen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es muss in erster Linie inhaltliche Verbesserungen auf der Unterrichtsebene in jeder einzelnen Klasse geben, es muss mehr Freiräume geben, vernünftigen Unterricht, mehr fächerübergreifendes und mehr indi-

viduelles Lernen geben, mehr jahrgangsübergreifendes Lernen, es muss einen besseren Schulstart geben, es muss eine bessere Verzahnung von Kindergarten und Grundschule geben. Ich bin überzeugt davon, es muss eine bessere Nutzung des frühkindlichen Lernpotenzials geben. Wir verschenken zu viel wertvolle Zeit vor der Schule im Kindergarten.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich rede hier nicht einer Verschulung des Kindergartens das Wort, aber die Kinder wollen und können in diesem Alter lernen und ich glaube, wir sollten es ihnen auch ermöglichen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Sylvia Eisenberg [CDU])

Dann wäre auch die Grundschule erfolgreicher, als sie es ist, da sie bisher nicht genügend an das anknüpft, womit die Kinder heutzutage in die Schule kommen.

Lassen Sie uns an diesen Veränderungen und Verbesserungen in diesem Sinne gemeinsam weiter arbeiten. Ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass das möglich ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen dem Präsidium nicht vor. Wir haben zwei Anträge, den der Fraktion der CDU und den der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder werden beide Anträge an den Ausschuss überwiesen oder wir stimmen alternativ in der Sache ab.

(Zuruf von der CDU: Ausschussüberweisung!)

- Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Wer die Anträge Drucksachen 15/2574 und 15/2594 an den zuständigen Bildungsausschuss überweisen will, den bitte ich um das Handzeichen? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag auf Ausschussüberweisung hinsichtlich der Drucksachen 15/2574 und 15/2594 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Damit kommen wir jetzt zur alternativen Abstimmung in der Sache. Wer dem Antrag Drucksache 15/2574, dem Antrag der Fraktion der CDU, seine Zustimmung geben möchte, den darf ich um sein Handzeichen bitten. - Wer Drucksache 15/2594, dem

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, seine Zustimmung geben möchte, darf ich um sein Handzeichen bitten. - Ich stelle fest, dass der Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/2594, mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW die Mehrheit in diesem hohen Hause gefunden hat. Dem Antrag der CDU, Drucksache 15/2574, haben CDU und FDP zugestimmt.

Damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Ich gebe bekannt, dass morgen um 9:30 Uhr

eine Sondersitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses stattfindet.

Wir werden morgen früh um 10 Uhr wieder in die Tagesordnung eintreten, und zwar mit dem Tagesordnungspunkt 6, Verwaltungsstrukturreform.

Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Abend. Wir sehen uns morgen um 10 Uhr wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:01 Uhr